Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 30 Jahrgang 4 März '87 3.00 DM

Alternative Energiekonzepte

Red. Berlin Auf der Tagung „Ökologische Haus- und Stadtsanierung" im letzten November in Berlin wurden an zwei Tagen Erfahrungen von acht Arbeitsgruppen zum Thema „Alternative Energiekonzepte" ausgetauscht. Zu den Fragekomplexen: Trägerformen, Wirtschaftlichkeit/Finanzierung und Integration mit anderen Maßnahmen ökologischer Art berichteten die Projekte Wassertorplatz und Oeko-Tec, beide Berlin, und das Tübinger Ingenieurbüro über ihre Arbeit.

An der Dokumentation zu der Tagung wird zur Zeit gearbeitet, das Erscheinen ist für Mai geplant (Informationen über STATTwerke, Mehringdamm 50, 1000 Berlin 61).

In diesem CONTRASTE-Schwerpunkt haben wir zum einen eine Selbstdarstellung eines der ältesten Projekte mit einer Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlage, den Gebäudekomplex Wassertorplatz in Berlin-Kreuzberg, herausgegriffen und dokumentieren ein Papier der Energiewerkstatt Hannover zur Rolle der Energieversorgung bzw. ihrer Monopolstellung und die sich daraus ergebenden Auswirkungen für dezentrale Energiekonzepte. Schließlich werden noch einige strategische Überlegungen zu einer Energiepolitik von unten bzw. zum Verhältnis von sanften Energien und selbstverwalteten Betrieben formuliert.

Fortsetzung auf den Seiten 5, 6 und 7

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Betriebs- und Arbeitsstättenzählung

Red. Heidelberg Spätestens im Laufe des April '87 soll er kommen: der Bogen zur Betriebs- und Arbeitsstättenzählung, die im Rahmen der Volkszählung '87 durchgeführt werden soll. Für alle, die die Volkszählung boykottieren wollen, heißt dies nicht nur Boykott der Individualzählung, sondern auch Verweigerung der Betriebsstättenzählung.

Ausgerüstet mit einer Adressenliste des Wirtschafts- und Ordnungsamtes sollen die Zähler Arbeitsstätten aufspüren und dort einige Fragen stellen.

Informationen, aufbereitet von der Hamburger Boykottinitiative, über die Fragen darüber, in welche Statistiken die abgefragten Daten fliessen, über die Gefahren und über die der Redaktion bekannten Termine der Boykott-Initiativen in Hamburg, Berlin und Stuttgart **auf Seite 8**

GRÜNE Stiftung

Red. Heidelberg In der Januarausgabe haben wir sie eröffnet, die inhaltliche Diskussion um die Grüne Stiftung.

Spätestens seit dem dritten Arbeitstreffen der Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung Ende Februar in Köln, über das wir auf Seite 13 berichten, ist klar, daß die Promis der Stiftung sich gegen Delegierte aus den Initiativen als Entscheidungsträger entschieden haben und das „Persönlichkeitsmodell" favorisieren.

Doch es brodelt... denn es geht um Geld und Macht. Heinz Schulze, der auf den Seiten 10 und 11 über das bayerische Modell einer Grün-Nahen Stiftung (GNS) berichtet, behauptet, daß z.B. ein Großteil der „Promis" garnicht „durchblickt" auf was sie sich mit ihrem Modell „zentralistisch gesteuert und gegen die sozialen Bewegungen gerichtet" einlassen.

Safer Computer
Gesundheitsrisiken durch die Bildschirmarbeit? Im Berliner Netzwerk wurde anläßlich der Erweiterung der EDV eine Studie erstellt, die zeigt: Schwangere und Augenkranke gehören nicht an den Bildschirm.
Selbstverwaltung ohne Datenbanken fordert Joachim Schmidt in seiner Antwort auf einen Beitrag der Zukunftswerkstatt Saarbrücken in der Februarausgabe von CONTRASTE.
Seite 2

April, April?
Der 1. April 1987 als Termin der Ökobankgründung ist endgültig geplatzt, obwohl mittlerweile das Eigenkapital, das Personal und die Geschäftsräume zu Verfügung stehen. Warum das so ist und wie es weitergehen kann
auf Seite 9

Die Kellerkinder bei der Talkshow: Ratlos
Nachdem Kurt Regenauer in CONTRASTE Nr. 28/87 über das Bonner Desaster im Dialog der GRÜNEN mit der Selbstverwaltungswirtschaft berichtete, nun ein Beitrag aus grüner Sicht von Michael Raetsch
auf Seite 12

Sind die GRÜNEN ein Selbstverwaltetes Projekt?
Diese und weitere Fragen zum Selbstverständnis der Grünen Partei stellte Kurt Regenauer an Eberhard Walde, dem grünen Bundesgeschäftsführer.
Interview auf Seite 12

Staatsknete
Ein Thema, daß sich zum Leidwesen unseres Setzers durch (fast) alle CONTRASTE-Ausgaben zieht. Diesesmal Streiflichter aus dems Saarland (Verhandlungen gescheitert), aus Hamburg (zunächst gescheitert, jetzt wurde ein Kompromiß ausgehandelt) und neu in der Länderliga, noch rechtzeitig vor den Landtagswahlen im September, Schleswig-Holstein.
Seite 13 und 14

Vorankündigung April '87
Schwerpunktthema: Gesundheitstag Kassel '87 und als Beilage: BUNTE SEITEN, Adressverzeichnis der Betriebe und Projekte, Zusammenschlüsse und Arbeitsgemeinschaften in der BRD und Westberlin

Safer Computer

Netzwerk-Studie zeigt: Schwangere und Augenkranke gehören nicht an den Bildschirm

Red. Berlin Die Februar-CONTRASTE hat's nochmal bestätigt: die EDV breitet sich auch in Selbstverwaltungsprojekten scheinbar unaufhaltsam aus. Deshalb reichen Grundsatzkritik und Datenschutz nicht mehr aus. Angesagt sind jetzt vor allem auch die Kenntnisnahme konkreter Gesundheitsrisiken am Bildschirm bzw. die volle Ausschöpfung bekannter Arbeitsschutzregeln. Die folgende Zusammenstellung nach dem neusten Stand der Forschung wurde bei der Erweiterung der Netzwerk-EDV gemacht. Durch ihre Veröffentlichung hoffen wir auch in anderen betroffenen Projekten Diskussionen und Verbesserungen zum **verantwortlichen Umgang mit Computern** auszulösen.

Die wichtigsten Ergebnisse

Gesundheitsbelastungen durch Bildschirm-Arbeit (BSA) können in 2 Gruppen geteilt werden.

Die erste, zu der Muskel/Skelettprobleme, Kopfschmerzen, Hautausschläge und Überanstrengung der Augen zählen, kann durch Rahmenbedingungen wie Beschränkung der Arbeitszeit am Bildschirm (Pausen, Schaffung von Mischtätigkeiten) und Schaffung eines gesunden Arbeitsumfeldes (guter Bildschirm, ergonomische Arbeitsplatzgestaltung) weitgehend vermieden werden.

Die zweite umfaßt Risiken, die durch Arbeitsschutzvorkehrungen auf kein vertretbares Maß reduzierbar sind. Sie resultieren aus der Belastung durch elektromagnetische Felder und Strahlung und betreffen insbesondere Schwangere oder Leute mit spezifischen Augenkrankheiten (grauer Star, Amyopie [bestimmte Formen des Schielens], bestimmte Formen des Astigmatismus [Hornhautverkrümmung] und fotosensitive Epilepsie). Keine dieser Gruppen darf am Bildschirm beschäftigt werden.

Nicht bestätigt hat sich die ursprüngliche Befürchtung, daß die Bildung von Krebstumoren begünstigt werde.

Wirklich sicher werden Bildschirme erst sein, wenn sie nicht mehr nach dem vergleichsweise primitiven Kathodenröhrenprinzip gebaut werden. Alternativen (Flüßigkristall-Anzeiger, Bildübertragungssysteme) gibt es in akzeptabler Form noch nicht. Entweder sind die Bildschirme zu klein oder die Preise zu hoch (zwischen 30.000,– und 50.000,– DM). Erst in 1 bis 2 Jahren werden gesündere Bildschirme erschwinglich sein.

Die Gesundheitsbelastungen im einzelnen

Gefährdungen von Schwangerschaften und Keimzellen:
Untersuchungen in Kanada und USA weisen auf einen **statistischen Zusammenhang zwischen Bildschirmarbeit und Miß- oder Fehlgeburten** hin. Als mögliche Ursache müssen die von der Kathodenröhre erzeugten elektromagnetischen, pulsierenden Felder gesehen werden. **Das Risiko ist in den ersten 3 Monaten am höchsten**, da die Zellentwicklung sehr schnell abläuft und Störungen besonders verhängnisvoll sind.

„Wissenschaftlich" ist noch nichts bewiesen, aber solange es auch nicht ausgeschlossen werden kann, verlangen die Internationalen Gewerkschaftsrichtlinien und inzwischen auch das Verwaltungsgericht Frankfurt (Akt.-Z. I/V-K 744/82):

- keine BSA für Frauen, die schwanger sind oder eine Schwangerschaft planen
- „äquivalente" oder anderweitige Beschäftigung der Betroffenen nach Gehalt, Position und Arbeitsinhalt.

Belastung der Augen und des Wahrnehmungsvermögens
Die Strapazierung des Sehvermögens am BS mit Folgen wie Übermüdung (Astenopie), Kopfscherzen bis hin zu funktionellen und organischen Störungen am Auge sind zuletzt durch eine WHO-Studie aus Japan nachgewiesen worden. Besonders betroffen sind ältere Menschen und Leute mit unkorrigierten oder schlecht korrigierten Sehfehlern. Der **graue Star** wird durch BSA zwar nicht ausgelöst, aber rapide beschleunigt. **Amyopie, bestimmte Formen des Astigmatismus und fotosensitive Epilepsie** sind weitere Kontraindikationen für Bildschirmarbeit. Nach den Internationalen Gewerkschaftsrichtlinien sind deshalb **bei erstmaliger Arbeit am BS und jährlich in regelmäßigen Abständen augenärztliche Untersuchungen auf Kosten des Arbeitgebers obligatorisch.**

Hautschäden: Häufig tritt bei BS-Beschäftigten **Dermatitis (Hautausschlag)** auf. Grund ist das elektrostatische Feld, das sich zwischen BS-Kathode (als positivem Pol) und Bedienungspersonal als negativem Pol aufbaut. Negativ aufgeladene Schwebeteilchen, z.B. Kunststoff-Fasern, werden darin zur Haut transportiert und können allergische Reaktionen bis hin zu Hautkrebs auslösen. Die antistatische Behandlung ist in diesem Zusammenhang völlig wertlos. Wirkungsvollste Maßnahme ist der **Einbau eines Reflex-Schutzes.**

Hautkrebs hat in den letzten Jahren so stark zugenommen, daß Untersuchungen des Zusammenhangs mit BSA besonders schwierig sind. UV-Strahlen und elektromagnetische Felder, wie sie auch am BS auftreten, sind mögliche, aber nicht sichere Verursacher.

Muskel-Skelett-Probleme: Insbesondere wenn Daten mit hoher Geschwindigkeit häufig eingetastet werden, kommt es zu Wiederholungs-Belastungsschäden, wie z.B. Sehnenscheidenentzündungen. Ungesunde Haltung führt zu Verspannungen, Haltungsschäden und Kopfschmerzen. Sie kommt oft durch Brillen mit falsch eingestellter Sehentfernung.

All diesen Dingen, die z.B. auch beim Schreibmaschinenschreiben *(oder beim Composern, der Setzer)* auftreten, muß durch entsprechende Arbeitsplatzgestaltung Rechnung getragen werden. Dazu gibt es detaillierte gewerkschaftliche Richtlinien, die beim Berliner Netzwerk angefordert werden können.

Psychische Belastungen: Ziemlich unbemerkt von der Öffentlichkeit läuft bei der Verarbeitung der EDV ein Drama größeren Ausmaßes ab. Viele, insbesondere Leute im mittleren Alter ab 40, die eh mit nachlassender Sehkraft konfrontiert sind (Altersweitsichtigkeit), fühlen sich der Umstellung nicht gewachsen. Die Reaktionen reichen von Angst über unspezifische, somatische Beschwerden, bis hin zu Krisen des Selbstwertgefühls und schweren Depressionen.

Empfehlungen zur EDV-Organisation

Zumindest solange noch keine zuträglicheren Systeme auf dem Markt sind, sollten sich selbstverwaltete Projekte an den Faustregeln orientieren:

1. Begrenzung der BSA auf das gerade noch zu vertretene Maß. Selektiver Einsatz, wo der Nutzen am größten ist statt unkontrolliertes Ausufern. Schaffung von Mischtätigkeiten statt reiner BS-Arbeitsplätze.
2. Äquivalente anderweitige Beschäftigung nach Gehalt, Position und Arbeitsinhalt von Leuten, die Gesundheits- oder Umstellungsprobleme haben. Daher Aufhebung einer Betriebsstruktur, in der nur Aufstiegschancen und Arbeitsplatz sicher hat, wer mit EDV umgehen kann.
3. Einhaltung der gewerkschaftlichen und arbeitsmedizinischen Richtlinien, d.h. insbesondere:
   - **Beschränkung der BSA auf 50% der täglichen Arbeitszeit.** Das sind z.B. 4 Stunden bei einem 8 Std.-Tag, **aber nur 2 Std. bei einem 4-Std.-Tag** usw.
   - Einhaltung regelmäßiger **Ruhepausen: Bei intensiver BSA 15 Minuten alle Stunde, bei zeitweiliger BSA alle 2 Stunden.** Zusätzlich kurze Unterbrechungen mit Atem- und Augenentspannungs-Übungen (Palmieren).
4. Wahl eines guten Bildschirms (siehe Kasten) und gesunde Arbeitsplatzgestaltung.

Einige dieser Regeln könnten auch in Betriebsvereinbarungen festgehalten werden. Selbstverwaltete Projekte sind gefordert, hier sichtbar neue Maßstäbe zu setzen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Faustregeln für die Wahl des Bildschirms

Tastatur: – frei beweglich, möglichst flach

Bildschirm:
- diagonaler Durchmesser mind. 12 Zoll (30 cm)
- Oszillationsfrequenz mind. 50 Herz (flimmerfrei)
- Anzeige positiv polar (dunkle Zeichen auf hellem Hintergrund, nicht umgekehrt)
- der Bildschirm sollte bei den Standardmasken maximal zu 50% beschriftet sein

Die Grenzwerte für Strahlenbelastung nach den Internationalen Gewerkschaftsrichtlinien können beim Berliner Netzwerk angefordert werden.

Ionisierende Röntgenstrahlung: max. 0,05 mR/h (in 5 cm Abst.)

UV-Strahlung:	
UVA (Wellenlänge 320–400 µm)	1 mW/cm²
UVB und UVC (200–320 µm)	
– bei 8 Std./Tag	0,1 mW/cm²
– bei 1 Std./Tag	0,8 mW/cm²
Infrarotstrahlung	10 mW/cm²
Radio- und Mikrowellenstrahlung:	
ELF (3 Hz – 1 KHz) niedrig-	5 v/M
VLF (1 KHz – 30 MHz) frequent	5 v/M
RF (30 MHz – 300 MHz)	1 v/M
Mikrowellen (300 MHz – 300 GHz)	
– impulsartig	1 mW/cm²
– Kontinuierlich	2,5 mW/cm²

Die Geräte müssen regelmäßig überprüft werden, da ältere Geräte allmählich höhere Strahlungen abgeben können.

Selbstverwaltung ohne Datenbanken

Eine Antwort an die Zukunftswerkstatt Saarland

Red. Heidelberg „Die Zeit der Diskussionen ist vorbei – jetzt wird gesachzwangt", scheint nach den vielen Frustrationen der letzten Jahre tatsächlich angesagt zu sein. Trotzdem – oder vielleicht deshalb – möchte ich meine Kritik an 'alternativen' Datenbanken loswerden.
Dabei möchte ich die individuell-sozialen und psychologischen Aspekte – die auch ganz schwerwiegend sind – außen vorlassen und mich auf gesellschaftspolitische, volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte beschränken:

Das Selbstverständnis der Alternativ-Ökonomie

Die Zukunftswerkstatt Saarbrükken geht von einem ganz bestimmten Modell aus – der Dualwirtschaft im Sinn J. Hubers:
Es existiert ein kapitalistischer Kernbereich und ein alternativ-ökonomischer Peripheriebereich. Um den Peripheriebereich auszuweiten, müssen sich die alternativ-ökonomischen Betriebe des Marktmechanismus bedienen und in Konkurrenz zu den traditionellen Betrieben treten. Geläufiges Instrument zur Durchsetzung etwas weniger alternativer Methoden ist das Sachzwangargument.

Die Entwicklung der letzten beiden Jahre zeigt, daß fast überwiegend Betriebe, die sich auf Sachzwänge eingelassen haben, überleben und sogar expandieren. Dies scheint den 'Realo-Kurs' also zu rechtfertigen.

Ich behaupte jedoch, daß die Entwicklung der Dual-Ökonomie dahin gehen wird, daß die traditionellen Betriebe nicht alternativer werden, sondern die alternativen Betriebe traditioneller. Mehr noch: Traditionelle Betriebe versuchen, die 'positiven' Elemente der Alternativ-Ökonomie herauszufiltern und zur Stärkung der eigenen Position zu nutzen. Dies ist insbesondere im Motivationsbereich bereits zu beobachten.

So kann denn Jo Müller (MdB der Grünen) auf einem Hearing seiner Partei zur Alternativ-Ökonomie widerspruchslos behaupten, zwischen alternativ-ökonomischen Betrieben mit Beteiligungs- und Mitbestimmungsmodellen könne keine eindeutige Trennungslinie gezogen werden.

Weitergehende Ansätze z.B. von Proudhon, Bookchin oder E.F. Schumacher spielen in der letzten Zeit überhaupt keine Rolle mehr. Doch liegt gerade in der diesen Ansätzen eigenen Überwindung der Marktlogik die Überlebenschance alternativ-ökonomischer Betriebe.

Selbstverwaltungswirtschaft in diesem Sinne heißt: möglichst kleine – sinnvolle – Wirtschaftseinheiten, Basisdemokratie, Vernetzung, persönlicher Kontakt von Produzenten untereinander und zwischen Produzenten und Abnehmern etc.

Das heißt, die zukünftige Selbstverwaltungswirtschaft benötigt keine Anpassungsmechanismen (u.a. Datenbanken) an die traditionelle Ökonomie, sondern setzt eine Umstrukturierung (nicht Umbau) des jetzigen aufgeblähten und nach ökologischen Gesichtspunkten uneffektiven Wirtschaftssystems voraus.

Basisdemokratie in diesem Sinne heißt, daß alle Betroffenen an der Entscheidung zu beteiligen sind. Und das heißt auch, daß, wenn Betriebe die Einführung von Datenbanken ablehnen, diese auch nicht eingeführt werden dürfen. Doch leider ist es innerhalb der alternativ-ökonomischen Szene momentan so, daß 'fundamentalistische' Kritik relativ unsachlich und teilweise diffamierend von den 'realistischen' professionelleren alternativen Geschäftsführern zurückgewiesen wird.

In der Selbstverwaltungswirtschaft von Bookchin oder Schumacher werden Datenbanken für die meisten Entscheidungen nicht benötigt, da die Entscheidungsebenen so tief wie möglich liegen und 'vor Ort' entschieden werden. Bei Problemen, die sich nicht sachlich oder räumlich trennen lassen, kann dann eine Datenbank sinnvolle Ergänzung sein.

Dies ist zugegeben eine Utopie, die in den nächsten Jahren nicht zu realisieren ist. Dennoch ist es für wichtige Entscheidungen ganz bedeutsam, das Ziel vor lauter Sachzwängen und kurzfristigen Problemen nicht aus den Augen zu verlieren.

Dies ist übrigens in traditionellen Betrieben durch das strategische Management und die Unternehmenspolitik sichergestellt.

Betriebliche Selbstverwaltung

Teilnehmen an den Datenbank-Genüssen können alle „Besitzer eines einfachen Home-Computers, die zugleich über einen Akustikkoppler verfügen". Diejenigen Betriebe und Verbraucher, die ein solches Gerät nicht besitzen, sind bei Funktionieren des Mailbox-Systems entweder gezwungen, einen Computer plus Koppler anzuschaffen oder aber – in der Marktlogik gedacht – Wettbewerbsnachteile in Kauf zu nehmen.

Innerbetrieblich wird dieses System die Hierarchie- und Qualifikationsprobleme nicht lösen können. Im Gegenteil: Es bedarf besonderer Qualifikationen, Daten einzugeben und abzurufen. Voraussetzung für die Möglichkeit, alle erforderlichen Informationen zu erhalten, ist also eine spezielle Vor- bzw. Weiterbildung. Wer nicht bereit ist, diese Zusatzqualifikation zu erwerben, wird zwangsläufig auf einer unteren Hierarchieebene stehen.

Datenbanken und Projektberatung

Viele alternative Unternehmensberater halten es für besonders erstrebenswert, alle existierenden Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten 'auf der Platte' zu haben. Sicher spielen Finanzierungsprobleme in der betrieblichen Praxis eine große Rolle. Doch sollten Zahlen zu denken geben, die besagen, daß die Insolvenzrate alternativ-ökonomischer Projekte unter der der Gesamtwirtschaft liegt, die Quote der Betriebsschließungen jedoch deutlich höher ist. Und dies ist zu einem erheblichen Teil auf die starken Diskrepanzen von Anspruch und Wirklichkeit bezüglich des Hierarchieabbaus zurückzuführen. Solche Probleme lassen sich nicht per Knopfdruck durch Computer (z.B. durch Betriebsvergleiche) lösen. Sie sind individuell und erfordern zum einen Einfühlen in die jeweilige Situation zum andern aber auch persönliche Erfahrungen mit diesen Problemen. Auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen sollten zwar beachtet, aber nicht zum Kern der Projektberatung gemacht werden.

Stattdessen sollten wir auch von traditionellen Betrieben lernen und strategische Überlegungen einbeziehen und versuchen, eine 'konzeptionelle Gesamtsicht' zu erhalten. Dabei helfen Datenbanken nur am Rande.

Datenbanken können also in gewissem Umfang nützlich sein. Doch sollten wir uns davor hüten, sie als Heilmittel für die bisher erlebten und erlittenen Frustrationen anzusehen. Dann hinken wir wieder nur der traditionellen Ökonomie hinterher, ohne sie jemals zu erreichen. Nur durch völlig neue Wege werden wir uns langfristig von ihr lösen können. Wer sich mit der dualen Wirtschaft zufrieden gibt, für den sind Datenbanken sicher eine sinnvolle Sache – ich tu's nicht!

Joachim Schmidt, Projektberater Siegen

Württemberg

Verbandsgründung in Sicht?

Red. Heidelberg Fazit des zweiten Treffens zum Thema Selbstverwaltungsverband Baden-Württemberg: es wird keinen landesweiten Verband geben.
Kein Betrieb und nicht das kleinste Lebenszeichen aus der Region Baden. Also gut – liebe Badenser – hoffentlich stellt ihr dann wenigstens selbst was auf die Füße.

Der Verband Württemberg jedenfalls keimt. Noch sind mehr Dienstleistungs- als Produktionsunternehmen dabei. Aber auch die Handwerks- und Produktionsbetriebe signalisieren: wenn das ganze mal über das etwas mühsame Anfangsstadium raus ist, werden sie auch einsteigen.

Anfangen heißt – es gab und gibt eine Menge Fragen zu beantworten, um so eine Basis für gemeinsames Handeln und Auftreten zu erarbeiten. Bei Fragen wie: „Was ist unser Motor für Selbstverwaltung? Wer/was sind/ wollen wir? Mit welcher Lebenseinstellung gehen wir an unsere Arbeit und wie soll unser Selbstbewußtsein aussehen, wenn die Freiräume, die wir sehen, verwirklicht werden sollen? Welche Einflußmöglichkeiten auf gesellschaftliche Entwicklungen sind möglich?", kommt die Stimmung von „noch mal neu anfangen" auf.

Neben diesen, oft anstrengenden Diskussionen ist es erfreulich, daß auf den Treffen, eher am Rande, ein Informationsaustausch stattfindet, bei dem sichtbar wird, daß ein vermehrtes Maß an Zusammenarbeit vieles erleichtern kann.

Neben den schon genannten Themen standen beim Treffen in der Zwickmühle noch die Themen Ökobank, Netzwerk und ein gemeinsames Marketing auf der Tagesordnung.

Zum Thema Ökobank gibt es vor allem Fragezeichen. Die größten davon: Wie stellt sich die Ökobank die Kreditvergabe in den Regionen vor und – wie definiert in Zukunft die Ökobank, was selbstwaltet ist oder wie weit sind die Betriebe in das Konzept dieser Bank integriert? Wir hoffen, dazu nächstes Mal mit einem Vertreter der Ökobank wesentliche Fragen klären zu können.

Zum Thema Netzwerk war der allgemeine Tenor, daß die Netzwerke lange Jahre einen wesentlichen Beitrag zu unserer Entwicklung geleistet haben. Wir hoffen hier auf eine fruchtbare Zusammenarbeit und ein Wiederaufblühen von Netzwerk und der Vernetzungsidee.

Beim Thema gemeinsames Marketing ist die Situation noch etwas gespannt. Da brauchts noch mehr Vertrauen und mehr Kennenlernen.. Die Angst, geschluckt zu werden oder in Zwänge hineinzugeraten, ist ein Teil unserer gemeinsamen Wirklichkeit.

Das nächste Treffen findet am **4. April 1987 um 10 Uhr** in Göppingen im Forum Teestube statt.
Anmeldung an:
Forum Teestube
Christophstr. 17
7320 Göppingen
Tel. (07161) 7 36 74

Nordbaden

Projektetreffen

Red. Heidelberg Zum Abschluß einer Veranstaltungswoche, verbunden mit einer Ausstellung über Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe, hatten das Netzwerk Nordbaden, die CONTRASTE-Redaktion Heidelberg und das B 45 Jugend- und Kulturzentrum Neckargemünd zu einem Projektetreffen eingeladen.

Vertreten waren Projekte aus dem Heidelberg/Mannheimer, Pforzheimer, Karlsruher Raum und dem Rems-Murr-Kreis.

Die Diskussion konzentrierte sich sehr schnell auf das Projekt „Gewerbehof" in Karlsruhe, wo ca. 10 Initiativen aus dem handwerklichen und sozio-kulturellen Bereich ein altes Fabrikgebäude von der Stadt gepachtet haben (Laufzeit: 30 Jahre), mit der Auflage, daß sie die Kosten für die Renovierung selbst tragen müssen.

Die dabei entstandenen Probleme – Verantwortung gegenüber Stadt und Politikern, Finanzierung, Selbstverwaltung durch die beteiligten Gruppen – ließen sich gut verallgemeinern und nachvollziehen, zumal neben Befürwortern (Druckcooperative Karlsruhe) auch Kritiker/ Aussteiger des Projekts anwesend waren.

Hierzu stellte sich die Frage, ob es sich überhaupt „lohnt", ein Projekt dieser Größenordnung auf die Beine zu stellen. Ist der Aufwand nicht zu groß im Vergleich zu dem, was man bei gleichem Aufwand in dezentralen Projekten erreichen könnte? Ist am Ende Prestigegewinn das einzige Ziel?

Diese Frage wurde entschieden verneint. Gerade, wenn man Beruf und Broterwerb auch als kulturelle Praxis versteht, ist eine Verbindung mit anderen Initiativen dringend geboten, auch wenn ein materieller Vorteil nicht unbedingt im Vordergrund steht.

Abschließend wurde die Übertragbarkeit des Modells auf die Region Heidelberg/ Mannheim diskutiert. Ist eine solche Konzentration überhaupt wünschenswert? Ist weitere Vernetzung notwendig? Auf dem Sektor Baugewerbe/ Transport/ Schreinerei/KFZ sind erste Ansätze zur Vernetzung auf dem Gelände der Handwerkergenossenschaft und der ASH in Mannheim bereits vorhanden. Inwieweit ist sie für andere Projekte/Betriebe auch sinnvoll?

Dies sind nur einige zentrale Punkte, die auf dem Treffen diskutiert wurden. Einigkeit bestand darüber, daß die Projekte, bevor sie konkrete Vernetzungen ins Auge fassen, noch einmal breiter über Selbstverständnis und Perspektiven diskutieren sollten.

„Anders leben – anders arbeiten", – was können die Projekte und Betriebe dafür tun, daß dieses Prinzip im Alltag von Beruf und Freizeit auch verwirklicht wird?

Die Diskussion darüber soll auf jeden Fall fortgesetzt werden, und zwar unter einem grundlegenden Aspekt alternativen Selbstverständnisses:

„Selbstverwaltung in alternativen Betrieben und Projekten – Gratwanderung zwischen Kultur und Knete?" am Samstag, den 21. März 1987, um 14 Uhr, bei der Handwerker Genossenschaft in Mannheim, Linkes Ufer 20 - 24 (Handelshafen), Tel. (0621) 10 33 25.
Eingeladen sind alle Projekte in Nordbaden und in Rheinland-Pfalz.

jo/dp

KUVOG

Red. Kassel Die gute Resonanz auf den CONTRASTE-Artikel über das KUVOG-System (kaufen und Verkaufen ohne Geld) vom Januar hat selbst Nick Wahl überrascht. Mittlerweile liegen etwa 90 Angebote und etwa 30 Gesuche vor. Damit ist die Zahl erreicht, bei der dieses Tauschsystem starten kann. Um die notwendigen Erfahrungen zu sammeln, ist nun an einem Probelauf gedacht, bei dem die Teilnehmer zunächst nur eine kleine Auswahl ihrer Produkte und Dienstleistungen in das System eingeben. Nach dieser Vorlaufphase soll dann das System auch mit aufwendigeren Produkten und Dienstleistungen arbeiten.

Alle CONTRASTE-Leser, die an dem KUVOG-System interessiert sind, können an Nick Wahl (Dorfstr. 14, 3002 Wedemark 9, Tel. 05130/48 65) schreiben und bei ihm die kostenlose KUVOG-Zeitung abrufen. Hier sind alle Angebote und Gesuche ausführlich aufgeführt. Um die Palette der angebotenen und nachgefragten Produkte und Dienstleistungen vor Augen zu haben, sind sie nachfolgend aufgelistet. Aus Platzgründen haben wir nur die Kurzbezeichnung aufführen können.

Suchtwortliste für KUVOG-Angebote und Gesuche
Stand 9.2.1987

Angebote
Abschleppdienst
Anti-Streß-Training
Arbeit
Architekten
Arzneimittel Versand
Autobemalung
Autobeschriftung
Autozubehör
Autogenes Training
Bargeld
Beiladung
Beratung
Bettwaren
Bewachung
Bildhauer
Briefmarken
Briefumschläge
Buchverleih
Bücher
Cassettenkopieren
Chemikalien
CNC-Programmieren
Computer Software
Computer Zubehör
Design
Detektiv
Drogeriebedarf
EDV-Beratung
Entspannungstraining
Ernährung
Fahrradreparatur
Fahrradtouren
Feuerholz
Franchise
Gartenbau
Geologie
Gesellschaftsspiele
Grafik
Heimarbeit
Hilfe
Informationen
IQ-Test-Training
KFZ-Überführungen
Kohlen
Kontaktvermittlungen
Krankenpflegeartikel
Kunst
Lagerraum
Land- und Gartenbau
Leder-Accessoires
Leibwächter
Literatur
Marketing (Beratung)
Möbel
Nähen
Naturheilmittel
Naturkosmetik
Objektschutz
Ökologie
Organisation
Permakultur
Personenschutz
Pilzinformation
Pizza-Party-Service
Plakate
Programmieren
Polluver
Reiki
Rezeptur-Grundstoffe
Schneeketten
Schneeschaufeln
Schreibmaschine
Seminare
Software
Sportbekleidung
Super Learning
Tees
Textilverarbeitung
Trainingsanzüge
Trend-Accessoires
Übersetzungen
Umweltschutz
Unternehmensberatung
Unterricht
Verbandstoffe
Video-Verleih
Vorträge
Wandern
Werbung
Werttransporte
Zeitschriftenservice

Gesuche
Arbeit
Bargeld
Bio-Lebensmittel
Brennholz
Brillen
Collagen
Druckerei
Druckmaschine
Farben
Feuerholz
Futon
Hotelübernachtung
Ladenhüter
Literatur
Mitfahrzentrale
Ordner
Partnerschaft
Prospektverteilung
Sachspenden
Schneiderei
Spenden
Transport
Transportkapazität
Treppen
Übernachtung
Überproduktion
Waren 2. Wahl
Webrahmen
Zeitschriften

Berlin

Holzwege - Auswege?

Red. Berlin AKST e.V. stellt aus und lädt ein vom 27.2. bis 29.3.87. Akst will nicht etwa den Zimmermann wegrationalisieren, sondern ist der Zusammenschluß von 23 selbstverwalteten Tischlereibetrieben in Berlin, die sich im Juli 85 zum Arbeitskreis selbstverwalteter Tischlereien e.V. zusammengeschlossen haben.

Wann/Weshalb/Wieso?
Grundidee für unsere Treffen war eine stärkere Vernetzung der Betriebe untereinander, zum einen, um dem wachsenden Konkurrenzdruck entgegenzuwirken und zum anderen, um den Erfahrungsaustausch zu vertiefen. Dem Konkurrenzdruck sind wir durch eine verstärkte Kooperation entgegengetreten, die sich auf einen gemeinsamen Einkauf von Materialien, Austausch von Werkzeugen und Zusammenarbeit bei größeren Aufträgen erstreckt. Ebenso werden Erfahrungen in der Verarbeitung und Oberflächenbehandlung mit biologischen Werkstoffen ausgetauscht.

Was soll die Ausstellung?
Mit der Ausstellung wollen wir verstärkt an die Öffentlichkeit gehen und zeigen, daß auch selbstverwaltete Betriebe in der Lage sind, qualitativ hochwertige Möbel herzustellen. Ferner wird auf der Ausstellung auf die Situation der Frauen im Tischlerhandwerk eingegangen, auf die Möglichkeiten und/oder Schwierigkeiten der Ausbildung in Kollektiven aufmerksam gemacht und über die Grenzen und Chancen der selbstverwalteten Betriebe in unserer Gesellschaft informiert.

Wo denn,
wann denn, wie denn?
- Im ehemaligen Kato Kaufhaus **unter** dem U-Bahnhof Schlesisches Tor (Linie 1/ Bus 28)
- vom 27.2. bis 29.3.1987
- gutgelaunt von Mo bis Fr 12 bis 19 Uhr, Sa, So 12 bis 18 Uhr

Zusätzlich zum Rahmenprogramm (siehe Seite 16) findet am 28.3.87 eine Abschlußfete statt. Dazu sind alle selbstverwalteten Betriebe herzlich eingeladen! Begrenzte Schlafmöglichkeiten sind vorhanden. Kontakt: Holz-Bau-Kollektiv, Tel. 030/793 13 21

Katalog (15,– DM) + Infos über:
Michael
c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

HO BA KO Tischlerei
Braillestr. 7
1000 Berlin 41

Häuser atmen auf.

Holz
lebt durch
seinen warmen
Ton, seine lebendige
Struktur, seinen vertrauten Duft und seine angenehme
Oberfläche. **Holz atmet** mit AURO
Imprägniermitteln, Lasuren und Balsamen aus
natürlichen Ölen, Harzen und Wachsen. **Wände sind unsere 3. Haut** durch ihre Wirkung auf das Raumklima, die Harmonie ihrer Farben und die Verwendung natürlicher Anstrichstoffe. **Biologische Wandgestaltung** mit AURO Wandfarben, Abtön- und Lasurfarben aus natürlichen Farbstoffen und Bindemitteln – frei von schädlichen Ausdünstungen, für das gesunde Haus. **Der Natur vertrauen.**

Die natürliche Antwort auf alle Fragen von Farbe und Fläche:
- Imprägnierungen, Holzlasuren, Bienenwachsbalsame
- Klar- und Decklacke
- Wandfarben, Abtönfarben, Kleber für Kork, Parkett, Linoleum und Teppich
- Biologische Reinigungs- und Pflegemittel
- Pflanzenfarben zum Malen und Gestalten

AURO
NATURFARBEN

AURO GmbH · Postfach 1220
3300 Braunschweig
Telefon 0531-895086

Aufruf zur

Direktkredit-vermittlung

Chronologie
Gründung einer Holzwerkstatt im Juli 1985 (Zuschnittbetrieb, Möbel An- und Verkauf, Bearbeitung von Holzwerkstoffen)

Umstrukturierung in eine eingetragene Schreinerei am 1.1.1986 (ein Schreinermeister, eine Gesellin, ein Geselle)

Herbst '86 Einstellung eines Umschülers

Vorvertrag mit zwei Lehrlingen im Herbst '86 abgeschlossen, betriebliche Ausbildung ab Herbst '87

Unsere Ausgangssituation war die eigene Arbeitslosigkeit, die Unzufriedenheit über die herkömmlichen hierarchischen Arbeitsstrukturen, die wir selber erfahren haben, sowie der Wille, über unsere Arbeit selbst zu bestimmen.

Dies führte zur Gründung des Holzkollektivs auf der Basis der Selbstverwaltung.

Unsere Arbeitsbereiche sind:
- Möbelbau und Restauration
- Bauschreinerarbeiten im Denkmalschutzbereich
- Innenausbau

Problemstellung
In der jetzigen Situation, zu viert in einer 60 qm-Werkstatt ist es schwierig, wirtschaftlich zu arbeiten, geschweige denn, Lehrlinge auszubilden. Die Räumlichkeiten sind zu klein, um eine Formatkreissäge und weitere Maschinen aufzustellen; daher mußten wir bisher alle Zuschnitte außerhalb erledigen. Größere Aufträge, z.B. Einbauschränke, konnten mangels Produktionsfläche nicht angenommen werden.

Seit einem guten Jahr suchen wir im Stadtgebiet München eine Werkstatt und haben nun im Februar endlich eine Schreinerei in der Maistr. 53 (Rgb.) gefunden.

Um in der neuen Werkstatt gleich unabhängig und wirtschaftlich arbeiten zu können, müssen wir diverse Maschinen anschaffen.

Finanzen
Zur Finanzierung einer Formatkreissäge, einer Bandsäge und einer Bandschleife, sowie für die Maklergebühren und die Kaution benötigen wir DM 36.000,–. Aus eigenen Mitteln können wir DM 6.000,– aufbringen.

Für die fehlenden 30.000 Märker hoffen wir, auf diesem Wege Kredite zu bekommen. Unsere Zinsvorstellungen belaufen sich um ca. 3% mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Die Kredite können natürlich auch in Schreinerarbeiten abgegolten werden.

Sollte der Betrag aufgeteilt werden, wäre es gut, wenn die Teilkredite DM 5.000,– nicht unterschreiten würden. Als Sicherheit stellen wir die bisher vorhandenen (Hobelmaschine und Fräse) und die neu erworbenen Maschinen zur Verfügung.

Wer Interesse hat und mehr über uns wissen möchte, kann natürlich jederzeit bei uns vorbeikommen.

Kontaktaufnahme:
Kreditnetz für Frieden, Ökologie und Selbstverwaltung e.V. (ehem. Bankini...), Kobellstr. 10, 8000 München 2, Tel. 089/53 51 31
oder:
Holzkollektiv, Maistr. 53 (Rgb.), 8000 München 2
Tel. (089) 530 96 26

Rezension

Perspektive der Gesundheitsläden

Infodienst der Gesundheitsläden Nr. 25

Den Infodienst der Gesundheitsläden gibt es nun seit etlichen Jahren. Er ist sozusagen das Zentralorgan der Gesundheitsladenbewegung. Im zweimonatlichen Rhythmus greift er aktuelle gesundheitspolitische Diskussionen auf (z.B. Datenfluß im Krankenhaus, Gesundheit in der 3. Welt).

In der jüngsten Ausgabe des Infodienstes wird eine Perspektivdiskussion um die Zukunft der Gesundheitsbewegung geführt. Wohin bewegt sich die Bewegung und wohin bewegen sich die Gesundheitsläden. Deutlich wird hierbei, daß sich viele Gesundheitsläden in der Organisationsform immer mehr selbstverwalteten Betrieben anpassen. Auf der anderen Seite findet die Spezialisierung auf dem engeren Gesundheitsbereich ein Ende. Öko-, Frauen-, Friedens- und 3. Welt-Themen finden verstärkt Eingang in die Ladenarbeit.

Vor diesem Hintergrund bemühen sich die Autoren um eine Neuausrichtung ihrer Initiativarbeit. Dieses Heft ist meines Erachtens ein geglückter Versuch, sich mit der Zukunft der Gesundheitsbewegung und ihrer organisierten Träger auseinander zu setzen. Auch für andere Bewegungen lassen sich wichtige Anregungen finden.

Dagmar Blau

Perspektive der Gesundheitsläden, Infodienst der Gesundheitsläden, Januar/Februar, Heft Nr. 25, 51 Seiten, DM 3,–, erhältlich in allen Gesundheitsläden.

Anarchistische Pädagogik Traditionen und Modelle

Zusammengestellt von: Ulrich Klemm

AG SPAK – Materialmappe
90 Seiten (DIN A4)

Materialmappe
Anarchistische Pädagogik Traditionen und Modelle

Versteht man Anarchismus als eine Philosophie und Bewegung, der es darum geht, Herrschaft und Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen abzubauen bzw. zu beseitigen, dann impliziert dies notwendigerweise auch die Frage nach Bildung und Erziehung. In diesem Sinne finden wir innerhalb der libertären Bewegung der letzten 200 Jahre auch eine Tradition im Umgang mit Bildung und Erziehung vor, die neben den bekannten pädagogischen Begründungen steht. Ähnlich der Vielfalt anarchistischer Ansätze und Strömungen existiert jedoch auch im Bereich der Pädagogik keine einheitliche Theorie und Praxis.

Die Mappe versucht in diesem Zusammenhang erstmals die verschiedenen Ansätze dieser **vergessenen Pädagogikgeschichte** anhand von Quellentexten bis in die unmittelbare Gegenwart hinein zu verfolgen.

U.a. finden sich Texte von:
W. Godwin, L.N. Tolstoi, P. Kropotkin, O. Rühle, F. Ferrer, E. Mühsam, G. Dennison und P. Goodman.

Der Reader, der als Arbeitssammlung konzipiert wurde, gibt in prägnanter Weise einen ersten Einblick in die traditionsreiche Geschichte dieser Freiheitspädagogik.

Bestellungen über:
AG SPAK, Kistlerstr. 1,
8000 München 90
(Bitte der Bestellung DM 7,50 in Briefmarken beifügen)

CONTRASTE – FORUM

Am 27./28.3.1987 im Nürnberger KOMM

Zukunft von Gemeinwirtschaft, Selbstverwaltung und Genossenschaften

Wege zu einer ökologischen und sozialen Wirtschaft?

Eröffnungsveranstaltung am Freitag, 27.3., um 20 Uhr im KOMM-Festsaal

Gäste: Prof. Novy (Berlin), Thomas Ebermann (MdB, Die GRÜNEN), Heinz Kruse (Verwaltungsfachmann für Wirtschaftsförderung aus Arnsberg), Jürgen Sosna Netzwerk Bremen) und Egon Lutz, (MdB, SPD)

1. Zur begrifflichen Klärung und Geschichte

Eröffnungsfrage: Gemeinwirtschaft, Genossenschaften und auch Selbstverwaltung können geschichtlich als Versuche begriffen werden, eine Antwort auf die kapitalistische Wirtschaftsweise zu geben, die aus solidarischen und kollektiven Zusammenhängen ohne Hierarchien bestehen will. Was ist davon übrig geblieben? Wo deuten sich neue Wege an?

Markiert das Scheitern der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft, aber auch die Ratlosigkeit der Alternativen, ein Ende oder die Wende in genossenschaftlicher Tradition und Geschichte? Gab es schon mal ähnliche Entwicklungen in der Vergangenheit und wie wurde ihnen begegnet?

Hatte/hat der Staat/die Kommune die Funktion, die Entfaltung eines wirtschaftsdemokratischen Bereichs zu garantieren? In welchem ordnungspolitischen Rahmen wäre dieser Sektor dann wirklich Gegenmodell im Sinne des ökologisch/sozialen Wirtschaftens? Wie können Tendenzen vermieden werden, in diesem Bereich lediglich Residuen für „Arbeitsaristokraten", „Alternativbeamten" und „Berufsarbeitslose" zu schaffen, die sich auf ihren neuen Pfründen ausruhen und auf Fragen einer ökologisch-sozialen Entwicklung pfeifen?

Gibt es in neuen Genossenschaften und alternativen Ansätzen dann auch eine neue Arbeit? Wie ertragsfähig ist diese neue Arbeit dann auf dem alten Markt? Werden ökologisch-soziale Ansprüche in der Konkurrenz begraben?

Welche Rolle können (neue) Genossenschaften und selbstverwaltete Projekte dann in der heutigen politischen Landschaft spielen?

- Werden sie Feigenblatt oder Ausweg für weitere Ausgrenzung aus dem Erwerbsbereich? Sind sie neuer (zweiter/dritter) Arbeitsmarkt oder Vorreiter der Flexibilisierung sozialer Standards?
- Wie neu sind die sozialen und ökologischen Dienste in diesem genossenschaftlichen und selbstverwalteten Bereich wirklich? Werden nicht vielleicht eher Tendenzen verstärkt, den Staat aus einer Verantwortung für soziale Versorgung und Schadensabwehr zu entlassen und Lebensrisiken zu privatisieren?
- Sind die „neuen" genossenschaftlichen und selbstverwalteten Ansätze nicht auch solche neuer Adressaten und Akteure der Politik? Wo, wenn nicht mehr in der Klasse, liegt ihr emanzipatorisches Potential: in den Reihen der „Marginalisierten", der arbeitslosen Intellektuellen? Mit welchen Interessen und Bedürfnissen werden sie es zu tun haben?
- Bestimmt die Losung nach „Recht auf Arbeit" dann noch das Handeln dieser Ansätze? Wie paßt sie noch zum Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft? Berühren neue Genossenschaften und Alternativprojekte nicht eher ein „Recht auf ein anderes Leben", welches die Gesellschaft ihren Dauerarbeitslosen einzuräumen hat?
- Wieweit lassen sich genossenschaftliche und selbstverwaltete Ansätze überhaupt auf die Kernbereiche der Wirtschaft beziehen? Betreffen sie überhaupt Massenproduktion oder verbleiben sie in Segmenten der Manufaktur, des Handwerks und der „Nischen"?

2. Bundespolitischer Ansatz

Eröffnungsfrage: Die „Neue Heimat" ist am Ende – derweilen suchen die Parteien nach neuen Instrumenten zur Entwicklung der Gesellschaft. Die Sozialdemokraten sparen für ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt" und die Grünen für regionale Entwicklungsfonds; markiert dies neue Ansätze einer (anderen?) Gemeinwirtschaft? Bevor die neue Heimat überhaupt gefunden wurde, stellten sich neue gesellschaftliche Aufgaben, an denen alte Ansätze scheiterten. Ist eine ökologische und soziale Entwicklung der Wirtschaft überhaupt vorstellbar **ohne** Gemeinwirtschaft in irgendeiner Form? Kann nicht nur ein gemeinwirtschaftlicher Bereich Träger einer ökologischen und sozialen Entwicklung heraus aus Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sein?

Wäre der Staat der Kofinanzier eines solchen gemeinwirtschaftlichen Entwicklungsbereichs? Wären regionale Beteiligungs- und Entwicklungsgesellschaften sowie Haftungsassoziationen geeignete Träger?

Ist der Staat in seiner Verantwortung für die alte Entwicklung nicht in der Aufgabe der Definition einer Neuentwicklung überfordert? Könnte in Partnerschaft, Dialog, aber auch im möglichen Konflikt zu regionalen Entwicklungsagenturen einer Gemein- und Selbstverwaltungswirtschaft nicht erst ein geeignetes Spannungsfeld angelegt sein, neue Aufgaben zu erkennen und zu verfolgen? Wieweit können und sollen hier Verbände und Netzwerke des Selbstverwaltungsbereichs berücksichtigt werden?

Soziale und ökologische Entwicklung wird auf dem Markt oft nicht honoriert – wer finanziert solche Vorhaben und trägt ihr Risiko? Nach einer von Markt und Plan gleichermaßen begünstigten Entwicklung einer Reihe gefährlicher Technologien stellt sich die Frage nach neuen Steuerungssystemen einer angepaßten Entwicklung: wird der Staat, nachdem er als Selbstbedienungsladen für Subventionen der Großindustrie fungierte, dann zur Instanz, die hieraus erfolgenden Schäden und hieraus erwachsenden Aufgaben möglichst „gerecht" unter die Leute zu bringen?

Fortsetzung des Forums am Samstag, 28.03.87 um 11 Uhr im VV-Raum des KOMM:

3. Kommunalpolitischer Ansatz

Die Kommunen stehen vor der schier unlösbaren Aufgabe, die durch Arbeitslosigkeit erhöhten Sozialausgaben zu tragen, aber womöglich eine weitere Abnahme der Arbeitsplätze (schon heute ca. 25.000 Arbeitslose in Nürnberg) erwarten zu müssen.

Verschiedene Modelle und Initiativen versuchen, Wege mit „neuen" Arbeitsformen und -inhalten zu finden. Vor allem auch an staatlichen Förderschienen (AFG, BSHG) orientierte Versuche stellen sich im sozialen und kulturellen Bereich neue Aufgaben. Und auch die Alternativen bedürfen der Zuschüsse, welche vom Arbeitsamt und der Stadt kommen, um weiter wirken zu können.

Einen Diskurs über die Entwürfe, Initiativen und Modelle gab es in Nürnberg bislang noch nicht. Dabei werden eher, in Erwartung steigender Arbeitslosenzahlen, größere Anstrengungen von Nöten.

Diskussionsgegenstand in diesem Teil des Forums sollten die Denkansätze der Zukunft und die schon begonnenen Modelle gleichermaßen sein. Sie sollten gegenübergestellt werden und über ihre Zielrichtungen, Unterschiedlichkeiten und auch Gemeinsamkeiten abgeklopft werden.

Diskutieren werden: Vertreter(innen) der Alternativprojekte (Alternativtopf), vom Netzwerk, Heinz Pfäfflin (IGM, ZATU), Dr. Helmut Beer vom Kulturreferat, Reiner Prößl vom Jugendamt und Prof. Jörg Wollenberg vom Bildungszentrum.

Eine Veranstaltung von Netzwerk und dem Bildungsbereich des KOMM.

Der Traum vom Traum

oder die Unfähigkeit zum Träumen

Ein subjektiver Tagungsbericht

Red. Heidelberg 120 Teilnehmer/innen fanden sich ein, um zu hören und zu bestaunen was Anarchisten/innen so träumen, wenn sie aufgrund der beinahe unerträglichen Tagesereignisse in das Reich der Imagination abtauchen. Hochkarätige Geistesarbeiter wollten zum Teil den Anwesenden einen Anarchismusbegriff verbraten, wie es besser ein Franz-Josef Strauß auch nicht kann.

Das Thema: „Der Traum von der Autonomie" mit dem Untertitel: „Konzeptionen Anarchistischer Praxis" versprach eine Betrachtung und Auseinandersetzung mit den Bemühungen von Anarchisten und Anarchistinnen auch in Projekten hier in der BRD und etwas drumherum. Was dann aber kam, ließ manche/n Betrachter/in zumindest zeitweise an Verschwörung denken. Daß es das aber nicht war, stellte sich für mich erst bei der abschließenden Plenumsveranstaltung am Sonntag heraus, wo die Veranstaltungsleitung aufgrund heftiger Kritik versprach, in Zukunft einen Teilnehmerausschuß an der Vorbereitung von weiteren Anarchismus-Seminaren zu beteiligen.

Eines der intelligentesten Referate hielt m.E. (ich konnte nicht bei allen Referaten zugegen sein) wie auch schon im Vorjahr in diesen heiligen Hallen evangelischer Provenienz der Devianzforscher (erforscht Abweichungen von der Norm) Rolf Schwendter, der auch tatsächlich, wie angekündigt, eine korrekte Bilanz der anarchistischen Bewegung, allerdings nur in einem Teilbereich (der Selbstverwaltung) vorlegte und wie eine Genossin mit Recht anmerkte, der einzige war, der durchgängig bei seinem Vortrag auch die anwesenden Frauen sprachlich mit einbezog. Leider wurde eben nur die anarchistisch beeinflußte SV-Bewegung bilanziert und die ist nun mal nicht deckungsgleich mit der anarchistischen Bewegung. So wurde trotz gelungenem Referat der Anarchismus auf selbstverwaltete Betriebe reduziert und die institutions- und staatssprengenden Ansätze vernachlässigt. Dies kann jedoch nicht dem Referenten angelastet werden, da er sich, wie er selbst sagte, mangels Kenntnis der Anarcho-Szene auf die ihm bekanntere Selbstverwaltungsbewegung beschränkte.

Am Samstag nach der Morgenandacht stritten sich der SB-Linke Micha Brumlik, seines Zeichens Pädagogikprofessor, mit dem Anarchisten Uli Klemm um die bessere Pädagogik, wobei der Herr aus Heidelberg keinen Zweifel an der Notwendigkeit von Staatsschulen aufkommen ließ. Parallel gab es Arbeitsgruppen und Referate zu Projekten im Produktions- und Dienstleistungssektor mit einem sehr guten, sachlich gehaltenen Referat von Marlene Kück und zu einem „autonomen" Frauenprojekt aus Wiesbaden, vorgestellt durch Gerda Guttenberg und Marianne Zepp.

Der Nachmittag war wegen Arbeitsüberlastung, bedingt durch rangeln um die parlamentarische Macht, anarchistischen Referenten vorbehalten. Harald Steiner aus Wien zeigte durch konkrete Beispiele auf, wie durch geschickte Nutzung öffentlicher Medien (z.B. Telefonnetz) eine anarchistische Öffentlichkeit, sehr zum Nutzen der Unterdrückten, hergestellt werden kann.

Horst Stowasser verblüffte wieder mal seine Zuhörer mit der genialen Einfachheit der Vernetzung von Projekten, deren Symbolik mit dem umkreisten A gekennzeichnet ist. Sein Ansatz möchte den Anarchismus so volkstümlich machen, daß ihm endlich der Schrecken des „schwarzen Mannes" genommen ist.

Recht schwer hatte es dagegen Wolfgang Haug (Mitherausgeber der Zeitschrift „Schwarzer Faden") mit seinem Thema „Anarchismus und Arbeiterbewegung", der den Versuch unternahm, die heilige Kuh der organisierten Linken, die Arbeitsethik kritisch zu hinterfragen. Als hätte es eine Diskussion schon zu Lebzeiten des alten Marx und des jungen Peter Paul Zahl zum Recht auf Faulheit nie gegeben, so borniert hielten die meisten Diskussionsteilnehmer am Recht auf Arbeit für alle fest.

Prof. Dr. Gert-Joachim Glaeßner aus Berlin hielt schließlich am späten Nachmittag seinen Vortrag zur „Idee der Gemeinschaft zwischen Utopie und Reaktion" und ließ bei der sonntäglichen Plenumsdiskussion den verblüfften Frager wissen (ehrlich, aber wahr) natürlich gehe es ihm um die Vereinnahmung der Anarchisten/innen in seine ideologische Heimat, die sehr nach S+P+D roch.

Den Gipfel von urdeutschem Forscherfleiß ließ dann am Samstagabend der Jungdoktor Ulrich Wittmann raus. Er brachte es in einer Intensivstunde fertig, die zur Verfügung stehende Tafel in ein Beuys'ches Kunstwerk á la Geist und Materie zu verwandeln. Mit messerscharfer Logik und wahrhaft gekonntem Formelreichtum wies die Specie Ökonomicus nach, daß Alternativökonomie gar nicht alternativ ist. „Es kann nicht sein, was nicht sein darf." Hier und heute, im Bannkreis des Kapitalismus sei letztlich jeder Versuch, eine alternative Ökonomie zu entwickeln von vornherein sinnlos, da die Logik des Systems schließlich funktionierende Alternativbetriebe aufsaugt und letztlich kein Unterschied mehr zu einem kapitalistisch orientierten Unternehmen bestünde. So wahr, so schön! Doch eins hatte der Doktor außer acht gelassen, zwar nur eine Kleinigkeit, aber immerhin: den politischen Anspruch, der sich ja nicht erschöpft in dem Bestreben, so viel Selbstverwirklichung wie nur möglich rauszuschlagen. Dieser Faktor war ihm nicht wichtig, obzwar er das Ergebnis seiner wissenschaftlichen Arbeit durchaus verändern würde. Fazit: Was soll's?

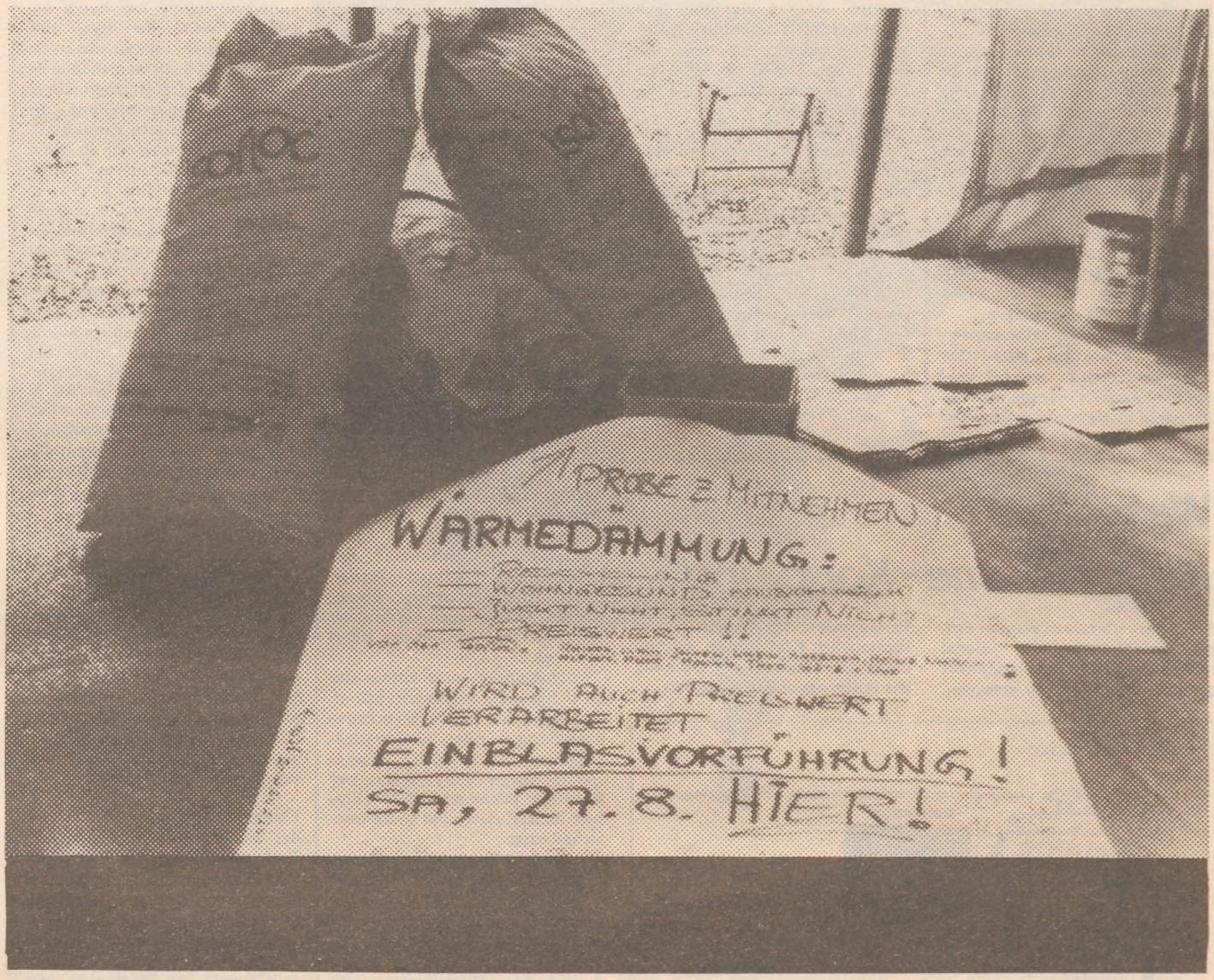
Beinahe krönender Abschluß war dann die Rede des Micha Brumlik, die in ganzer Schärfe den „kleinen Unterschied" deutlich machte zwischen Anarchismus und marxokratischer Staatshörigkeit. Der Vortrag zeichnete sich durch Stringenz aus, wie der Genosse Stowasser fremdwörtlich betonte, bis zwei Minuten vor Schluß. Hier ereilte ihn die „Angst des Tormanns vor dem Tor". „Anarchismus zwischen Kant und Bakunin" wurde von Brumlik durch Kropotkin noch übertroffen und schildert den folgerichtigen aufklärerischen Geist der anarchistischen Denker und Täter. Alles lobenswert, was die Anarchisten so dachten und machten, weg mit den Autoritäten, mit der Religion, mit dem Eigentum, der Ehe usw. Aber dann der Staat. Wie Otto Schily läßt auch Micha Brumlik keinen Zweifel am Machtmonopol des Staates aufkommen. Und hier kommt der Pädagoge mit der verblüffenden Erklärung: da der Mensch, so wie er die Fähigkeit zum Guten habe, auch die zum Bösen hat, braucht es eine übergeordnete Instanz, die schließlich alles regelt. Punkt um. Das Vertrauen der Anarchisten/innen in die Fähigkeit des Menschen zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sei unverantwortlich, lautet denn auch die Strafpredigt des Herrn Brumlik. Ja, möchte ich dann schließen, sie haben Recht, die Päda- und Demagogen, Anarchisten/innen sind nur insofern verantwortlich für die Geschicke dieser Welt, indem sie Widerstand leisten gegen jede Fremdbestimmung und insofern sind sie der immanente Widerspruch zum Staatssozialismus und jedweder Herrschaft.

Doch das heilsame Gift der Kritik soll auch die anwesenden Anarchisten/innen (nicht Referenten) treffen. Wir waren unvorbereitet und konnten teilweise den gut ausgearbeiteten Thesen kein Paroli bieten. Wir hätten ahnen können, schon allein aufgrund der gemachten Erfahrungen ähnlicher Veranstaltungen, daß man versucht, dem Anarchismus die Spitze zu nehmen, zu eliminieren was ihn eigentlich ausmacht, nämlich den Kampf gegen jede Herrschaft.

Gerhard Kern

Einsatz von alternativen Energiesystemen

Modernisierung am Wassertorplatz



Allgemeine Beschreibung
Auf der Grundlage eines Gutachtens über den Einsatz alternativer Energieerzeugungssysteme beschließt der Bauherr (STUK e.V.) für rund 6.500 qm Nutzflächen nach Beratung mit den beteiligten Fachleuten ein kombiniertes Energieversorgungssystem (aktive Systeme) in Verbindung mit weitgehender Wärmeisolierung (passive Systeme).

Die passiven Systeme bestehen aus zusätzlicher Wärmedämmung der Fassaden (Wärmedämmputz), der Kellerdecken, Dachdecken, Dachräume und der Einrichtung einer thermischen Pfufferzone an einer Außenwand (Neubau/Anbau an Haus 4). Eine Fassadenbegrünung an einem Teil der Gebäudegruppe (Südseite) bringt Sonnen-, Wetter und Windschutz, vergrößert die Vegetationsmasse und bietet der Fauna Lebensraum.

Die aktiven Systeme beinhalten den Verbund dreier Wärme-Kraft-Kopplungs-Aggregate (gasbetriebene Motoren) mit zwei indirekt gekoppelten Ablaufpumpen (elektrisch betrieben), einem Mehrbrandkessel zum Verbrennen fester Abfallstoffe (Holz, Pappe, Papier) und einem Spitzenlastkessel zur Deckung des Restwärmebedarfs (ölbefeuert). Zur Pufferung von thermischen Bedarfsschwankungen dient ein 20 m^3 Wärmekompaktspeicher.

Dieses Energieverbundsystem beheizt den Wohn-, Gewerbe- und Gemeinschaftsbereich, erwärmt das Brauchwasser und soll zur Senkung der Stromkosten beitragen durch eigene Stromerzeugung für Beleuchtung, als Antriebskraft und zur Rückspeisung ins öffentliche Netz. Zur Einsparung elektrischer Energie wird mit Gas gekocht und die Wärmekraftkoppelung mit Gas betrieben. Die Vorheizung der Wasch- und Geschirrspülmaschinen erfolgt mit Warmwasser.

Ziel der alternativen Energieverbundanlage ist es, kostengünstige und wirtschaftliche Energieversorgung bei geringst möglichem Strombezug herzustellen.

Bauliche Umsetzung
Bei der baulichen Umsetzung der alternativen Energieversorgungssysteme gilt es nicht, die Anlage abgerückt von den instandzusetzenden und zu modernisierenden Häusern in einem Neubaukomplex zu verwirklichen (weit verzweigte Kanal- und Rohrleitungsanbindungen). Im Gegenteil: das Energiesystem soll in die vorhandene bauliche Struktur eingebracht werden, sie durchdringen, vernetzen, sich anpassen. Damit entsteht die Energie nahe dem Verbraucher, die Verbindungen sind kurz und bestehende Räume des Altbaus werden genutzt.

Die baulichen Raumelemente der Anlage sind der Hausanschlußraum für Gas (HA 1), die Elektroübergabestation (HA 2), die Zentrale (Standort der Wärmekoppelungsaggregate, der Wärmepumpen und der elektrischen Steuerungsanlage), der Heizungsraum (Mehrbrandkessel und Ölspitzenlastkessel), der zweigeschossige Speicherraum und die Wärmetauscherzentrale. Bis auf die Zentrale liegen die Räume im Kellergeschoß des Altbaues um den Innenhof, die Wärmetauscherzentrale im Dachgeschoß. Der Kern der Anlage – die alternative Energiezentrale – ist als Innenhofunterkellerung zentral zur Hauptmasse der Gebäudegruppe neugebaut. Die Grundbruchsicherung der angrenzenden Kellerfundamente, die Nähe des Grundwassers und der Schallschutz sind entsprechend berücksichtigt. Weitere Elemente der Anlage sind die vertikalen Installationsschächte für Erschließung der WC-, Bad- und Küchenzonen, die Heizungsschornsteine und die Abgasrohre. Bis auf die Abgasführung werden vorhandene ehemalige Schornsteine genutzt.

Das Glasoberlicht im Innenhof und ein Sichtfenster von der Gaststätte ermöglichen Einblicke in die Anlage.

Betriebstechnischer Ablauf
Kernstück der Energieanlage sind die Wärmekraftkoppelungsaggregate, die durch den Verbrennungsvorgang (Gas) sowohl Wärme als auch elektrischen Strom erzeugen. Die Wasserkühlung des Verbrennungsmotors betreibt die Heizungs- und Warmwasserversorgung, der Generator im Motor die Stromerzeugung. Die so gewonnene Elektrizität treibt die Wärmepumpen an. Als Wärmelieferant für die Wärmepumpen steht die Abluft der Küchen, Bäder, WCs, des Cafes und der Kneipe zur Verfügung, die bedarfsabhängig unterschiedliche Luftmengen liefern. Zusätzlich ist die Abluftmenge aus der AE-Zentrale, die nach Angabe des Herstellers 4.500 m^3/h mit 15 K beträgt, vorhanden. Zur Ergänzung der Abluft kann je nach benötigter Energiemenge und Außentemperatur eine Außenluftbeimischung den Gesamtvolumenstrom erhöhen. Um die schwankenden Luftmengen mit der Wärmepumpenanlage maximal auszunutzen, werden die Wärmepumpen im Verhältnis 0-33-66-100% geregelt.

Die Wärmekraftkopplung einschließlich der Wärmepumpen bringen zusammen ca. 40% der benötigten Heizleistung. Dies bedeutet, daß bis zu einer Außentemperatur von ca. + 3° C der Heizbetrieb mit den vorstehenden Anlagenkomponenten monovalent erfolgen kann. Ab einer Außentemperatur von < + 3° C wird je nach Brennstoffvorrat für den Mehrbrandkessel dieser oder der ölbefeuerte Spitzenlastkessel den Heizbetrieb bivalent unterstützen – parallel zu den WKK und WP. Hierbei wird je nach Strombedarf der angeschlossenen Verbraucher eine Anpassung an die benötigte Wärmemenge durch zeitweises Abschalten der WKK oder der WP vorgenommen. Als Steuerungsgröße wird in der Heizperiode vorrangig der Bedarf an eigenerzeugtem elektrischen Strom stehen. Außerhalb der Heizperiode stehen die WKK zur Warmwasserbereitung zur Verfügung. Der dabei produzierte Strom wird zur Verminderung des Strombezuges aus dem Bewag-Netz verwandt. Die Berechnung des Warmwasserbedarfes hat gezeigt, daß max. 1 WKK-Aggregat von 30 kW therm./15 kW elektr. für die Warmwasserbereitung angesetzt werden kann. Durch Abspeicherung überschüssiger Wärmemengen in einem Pufferspeicher können durch Einschaltung weiterer WKK-Aggregate benötigte Leistungsspitzen abgefangen werden. Die anfallenden und benötigten Energiemengen können aufgenommen und abgegeben werden durch den 20 m^3 Speicher. Wegen seiner Größe wird er als ein druckloser Stahlbehälter mit beweglichem Wärmetauscher vorgesehen.

Die Heizungsanlage selbst ist als Niedrigtemperaturheizung 70°/50° (2 Rohr) ausgelegt.

Die energiepolitische Bedeutung und zur Frage der Wirtschaftlichkeit
Der Einsatz von vielen Wärmekraftkopplungen im Verbund mit anderen Anlagenkomponenten und diese untereinander vernetzt, bringt unter nachfolgenden Aspekten im Vergleich zu Großkraftwerken Vorteile.

Volkswirtschaftlicher Aspekt:
- Ersatz kapitalintensiver Großeinheiten und Verteilungssysteme durch Dezentralisierung
- Einsparung von teuren Spitzenlastkraftwerken u. damit Senkung von Energiekosten
- Reduzierung der notwendigen Reserveleistungen, d.h. Abbau von Überkapazitäten, weniger Einsatz wertvollen Stromes für Erzeugung von Niedertemperaturwärme durch Senkung des Teillastbetriebes von Großkraftwerken
- Reduzierung des Erzeugungs- und Transportverlustes
- Primärenergieeinsparung durch hohen Wirkungsgrad und direktere Verbraucherbeteiligung (verändertes Energieverhalten)
- Flexible Anpassung der Stromerzeugung an den Bedarf

Ökologischer Aspekt:
- Bei Verwendung von Gas weniger SO_2-Belastung (saurer Regen)
- Durch Verringerung des Primärenergieeinsatzes weniger CO_2-Erzeugung und damit weniger Atmosphärenaufheizung
- Weniger Gewässerbelastung durch Großkraftwerkabwasser

Betriebswirtschaftlicher Aspekt:
- Hoher Ausnutzungsgrad der eingesetzten Primärenergie
- Erzeugung höherwertiger Energie (Strom) mit relativ geringen Kosten, die den Zukauf teuren Stroms reduziert

Von Interesse gleicher Art ist die Betrachtung der Kombination der verschiedenen Energieträger (WKK, WP, Mehrbrandkessel und Ölspitzenlastkessel) in einer Anlage: z.B. ökologisch = Durch erhöhten Wärmeschutz Senkung des Wärmebedarfes, Gasbetrieb, Wärmepumpe, Altstoff- und Abfallverbrennung, Schadstoffverringerung durch Katalysatoreneinbau und Austritt der Abgase hoch über den Dächern, Kondensatkontrolle; z.B. betriebswirtschaftlich = Anpassungsfähig an Preisverschiebungen, Versorgungssicherheit – auch bei politischen Störungen, Möglichkeit von Eigenleistungen.

Die eigentliche energiepolitische Bedeutung für Berlin liegt darin, daß zum ersten Mal auf einer vertraglichen Grundlage mit dem örtlichen EVU, der Bewag, eine Anlage dieser Größenordnung als Probeanlage im Wohnungsbau sowohl zur Eigenbedarfsdekkung als auch zur Abgabe von Überschuß an das öffentliche Netz betrieben wird. Beim Auftreten von Bedarfsdefiziten wird demgegenüber Energie aus dem Netz bezogen (intermittierender Betrieb).

Betriebswirtschaftlich stellt diese Betriebsweise insofern einen Durchbruch dar, als jede selbsterzeugte und selbstverbrauchte Kilowattstunde einem Geldwert in Höhe der jeweiligen Haushaltstarife des EVU entspricht. Demgegenüber vergütet die Bewag für in das Netz gelieferten Strom nur einen Betrag zwischen einem Drittel und der Hälfte des Haushaltstarifs (schwankend zwischen Sommer-Nachts und Winter-Tags). Aufgrund des Neulandcharakters der Anlage ergeben sich relativ hohe Kapitalkosten, die unter betriebswirtschaftlichen Kriterien die Anlage im Vergleich zu anderen Systemen noch unwirtschaftlich erscheinen lassen. Die Erfahrungen mit der Ölpreisentwicklung und der interessengebundenen Kostenkalkulation des Atomstroms haben jedoch gezeigt, daß betriebswirtschaftliche Kalküle allein zu eher falschen Energieentscheidungen führen. Dies mag unter anderem der Grund dafür sein, daß der Senator für Bau- und Wohnungswesen des Landes Berlin den Bau der Anlage subventioniert. Das Bild der „Unwirtschaftlichkeit" verändert sich z.B. sofort, wenn man die Anlage unter dem Gesichtspunkt der Kraftwerksverluste betrachtet. Um über ökonomische und energietechnische Auswirkungen konkrete Aussagen machen zu können, wird das System über fünf Jahre unter Alltagsbedingungen im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung untersucht. Eine wichtige Rolle wird dabei die Frage spielen, inwieweit der exponierte und isolierte Standort Berlins den Einsatz von WKK-Anlagen begünstigt oder erschwert.

Die Bewohner und die alternativen Energiesysteme
Von Anfang an sind die Nutzer gegenüber der Idee, ein weiteres „Projekt im Projekt" durchzuführen, aufgeschlossen. Die Motive sind hierbei durchaus gemischt. Sie reichen vom Anspruch, die Wärmekosten drastisch zu verringern, bis zum gesellschaftlichen Aspekt, endlich einmal ein „alternatives Energiesystem" zu verwirklichen, auch ohne ausgeprägten ökonomischen Eigennutzen.

Der von den Bewohnern gebildete Verein ist in der Gutachterphase (Konzeptfindung), bei der technischen Durcharbeitung (Fachprojektierung), bei der baulichen Verwirklichung und den entsprechenden Auftragsvergaben beteiligt. Über die generellen Zustimmungen zu den Entwürfen hinaus müssen besondere Entscheidungen etwa über Umfang von Schalldämmmaßnahmen, der Gestaltung der AE-Zentrale wegen Grundwasserproblemen usw. getroffen werden.

Ein generelles Problem besteht darin, daß aufgrund der zunehmenden Kompliziertheit des Systems der Kreis der beteiligten Bewohner immer kleiner wird. Hier zeigt sich ein „Spezialistenproblem". Zum Ende des Projekts nimmt die konkrete Beteiligung wieder zu, weil greifbare Aufgaben anstehen. Eine Gruppe übernimmt Bedienungs-, Wartungs- und kleinere Reparaturarbeiten, eine andere will sich mit der Durchführung von Nutzerbefragung beschäftigen. Schließlich wollen mehrere Bewohner Vorschläge zur Außendarstellung des Einsatzes der alternativen Energiesysteme machen. In vereinfachter Form soll über die für die Bewohner wichtigen Daten (Verbrauchsanzeigen) anschaulich informiert werden, um sie zum bewußten Umgang mit der Energie anzuregen und ihnen für ihr Verhalten die Möglichkeit einer Rückkopplung zu geben.

Die Nutzer sind in ihrer Gesamtheit angesprochen bei der wissenschaftlichen Begleitung des Energieprojektes durch die Technische Universität Berlin. Diese Untersuchung soll sicherstellen, daß das Betriebsverhalten des Systems unter Alltagsbedingungen der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Wegen der Abhängigkeit des Betriebsverhaltens eines Systems dieser Art vom Nutzerverhalten und ihrer Akzeptanz wird die oben erwähnte Nutzerbefragung durchgeführt.

STUK e.V.

Wärmekraftkopplung im Mehrfamilienhaus

Modernisierung am Wassertorplatz

Das Monopol
Im Bereich der sogenannten „leitungsgebundenen Energieträger" (also Strom, Gas) setzt sich die bessere Lösung nicht quasi von selbst durch gemäß der Idee der Marktwirtschaft. Hier gilt das Monopol, gesetzlich fixiert noch von den Faschisten 1935, aber nach dem 2. Weltkrieg von den EVU dankbar weiterverwendet. Eine Einschränkung dieser Monopolrechte erzwang erst die Chemieindustrie speziell gegen die RWE, um preiswert Strom in Kraftwärmekopplung zu erzeugen.

Die im Zuge dieser Auseinandersetzung halbherzig geänderten Rechtsgrundlagen, welche auch auf die Energieerzeugung mit regenerativen Energiequellen erweitert wurden, schufen überhaupt erst die Möglichkeit dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung, schufen also den „Markt" z.B. ab 1980 für Blockheizkraftwerke (BHKW), Windmühlen etc.

Eine Rechtsgrundlage im üblichen Sinne ist dies kaum. Hier wurde das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) auf verschiedene Weise eingeschränkt (indem Wettbewerb teilweise möglich gemacht wurde), das einmal ausdrücklich (Präambel EnWG) dazu gedacht war, die „schädlichen Auswirkungen des Wettbewerbs" abzuschaffen. Wichtig ist hier zweierlei:

1. sich nicht einfach mit Aussagen der jeweiligen EVU abzufinden,
2. auch dann nicht„ wenn etwas „schwarz auf weiß" geschrieben steht, denn vieles ist hier widersprüchlich, aber generell: im Zweifelsfall geht Kartellrecht vor Energiewirtschaftsrecht. (Von Bedeutung ist hier die sogenannte 4. Kartellrechtsnovelle.)

Die Praxis ist unterschiedlich. Die Verbände der ursprünglichen Kontrahenten, welche letztlich die Veränderung der Rechtsgrundlage ausgelöst haben (VIK, VDEW), einigten sich mit der sogenannten „Energiepolitischen Einigungserklärung (EpEe). Hier ist sehr vieles im Detail geregelt, was sich nachzulesen lohnt.

In rechtlichem Sinne gilt dieses Papier unmittelbar nur für die beiden Vertragsparteien. Die in diesem Papier genannten Mindestpreise für die programmlose Rückspeisung werden aber auch heute noch oft angeboten (dem heutigen Preisstand angepaßt). Die dort ausdrücklich vorgesehene „programmierte Rücklieferung" mit entsprechend erhöhten Tarifen (vereinfacht: vermiedene Brennstoffkosten zuzüglich vermiedene Kapitalkosten) wird in der Regel verweigert.

Notgedrungen wird seitens der EVU folgendes anerkannt: Stromeigenerzeugung (wenn regenerative Energieträger oder Kraftwärmekopplung) ist möglich, „rückgespeister Strom" wird vergütet. Der Betreiber bekommt die Möglichkeit für a) Zusatz- und b) Reservestrombezug

a) wenn selbst zuwenig Strom erzeugt wird für den gesammten Bedarf,
b) notwendig bei Wartungsarbeiten oder Ausfall der Eigenversorgung.

Ausgefuchste Musterverträge gibt es hierfür von der RWE, doch allgemein gilt auch das nicht, selbst im Bereich der RWE.

In Hannover ist uns ein Fall bekannt, wo seit drei Jahren ein vertragsloser Zustand existiert zwischen einem Betreiber (großes Altenheim) und dem hiesigen EVU, Stadtwerke Hannover.

Druckmittel bzw. Verhalten der EVU

– Schweigen ist Gold, Reden ist Silber – ist die oberste Devise aller EVUs. (So erfolgt praktisch keine Reaktion zu ausführlichen Spiegel-Artikeln zu den Praktiken, vornehmlich des RWE.)

Ihnen geht es sehr um eine „gute Presse" und sie möchten nirgendwo als „Verhinderer" dastehen. Die Einschränkung der absoluten Monopolstellung der EVU wurde von den Kartellämtern und später dem Gesetzgeber im wesentlichen mit den volkswirtschaftlich nicht wünschenswerten Resultaten begründet. Wenn die EVU sich äußern müssen, argumentieren sie in der Öffentlichkeit zunehmend weniger mit der Rechtgrundlage und ihrer Monopolstellung, die man ja rasch ändern kann. Stattdessen versuchen sie sich als Hüter des volkswirtschaftlichen Gesamtinteresses darzustellen. Bei Stromerzeugung mit sogenannten regenerativen Energiequellen sind sie am ehesten kulant (intern: geringe Potentiale), da hier auch der öffentliche Druck (Stichwort: Abfackeln von Klärgas) am größten ist. Rein juristisch kann ein Betreiber natürlich klagen, etwa auf angemessene Preise bei programmierter Rücklieferung, wie sie in der EpEee niedergelegt sind.

Doch wegen der prinzipiellen Bedeutung muß der potentielle Betreiber damit rechnen, daß der Prozeß durch alle Instanzen geht. Realistischer ist es schon, die Kartellbehörde anzurufen, die hier als Aufsichtsbehörde zuständig ist (Aufgabe: Mißbrauch der Monopolstellung unterbinden). Das ist ein ganz weites Thema, wir jedenfalls haben von diesen Möglichkeiten keinen Gebrauch gemacht, lediglich indirekt: möglichst viel schriftliche, wenig mündliche Verhandlungen. So ist im Falle der Ostwender Straße praktisch der gesamte Verhandlungsgang im Briefwechsel dokumentiert.

Charakterisierung des Hauses Ostwender Straße 3
Es handelt sich um ein Haus mit acht Wohnungen, bisher zentralbeheizt mit Gasfeuerung, in einem großen Wohngebiet mit entsprechend dichter Bebauung. Bezüglich Strom ist jede Wohnung einzeln Kunde der Stadtwerke *(das finde ich toll, wie habt Ihr das nur angestellt, daß die „Wohnung" den Vertrag unterschrieben hat?, der Setzer)*, während das Gas für die Wärmeversorgung durch die Hausgemeinschaft insgesamt bezogen wird und der Wärmeverbrauch abgerechnet wird. Eine Wärmekraftkopplung mit Verbrennungsmotor auf Gasbasis läßt sich so technisch problemlos integrieren. Ein Aggregat mit 12 kW_{el}, 30 kW_{th} kann dort etwa 5.000 Stunden die Wärmegrundlast abdecken und entsprechend Strom erzeugen. Die Wärmespitzenlast wird durch den hier ohnehin vorhandenen Gaskessel abgedeckt. Die Daten machen deutlich, daß es sich hier um ein kleines Objekt handelt, größenmäßig an der unteren Grenze dessen, was heute an solchen Anlagen zur Verfügung steht. Auf der anderen Seite gibt es allein in Hannover vieltausendfach solche Objekte: Je kleiner die Anlagen, desto größer das erschließbare Potential von Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung.

Vorgehensweise
Wir haben die Vorteile des Betriebes eines Kleinst-BHKWs dargestellt, insbesondere die Absicht der Bewohner, einen Beitrag zur Verhinderung des Waldsterbens zu leisten. Desweiteren haben wir das hiesige EVU (Stadtwerke Hannover) um ein Tarifangebot für zwei Varianten gebeten:

a) Der gesamte Strom des BHKW wird eingespeist. Alle Bewohner des Hauses bleiben weiter Tarifkunden der Stadtwerke.
   Bedingung: die Stadtwerke zahlen einen realistischen Strompreis.
   Vorteil für die Stadtwerke: sie verkaufen weiterhin den Strom an die Bewohner;
b) Alle Anschlüsse der Bewohner werden zu einem Anschluß zusammengefaßt und nur der Überschußstrom wird eingespeist, sogenannte Gegenrechnungsvariante.

Auf diese beiden Varianten mit entsprechenden Tarifangeboten zu reagieren, haben sich die Stadtwerke stets geweigert und von uns eine Entscheidung verlangt. Der Briefwechsel zog sich über ein Jahr hin und mehrfach erschienen Presseartikel über das Projekt. Es war klar, daß die Stadtwerke das Projekt nicht durch Tricks würden abwimmeln können (z.B. die Bewohner des Hauses sollen ein EVU gründen, da sie selbst Strom erzeugen und verteilen) und ihr Verhalten wurde von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Der schwarze Peter lag also beim EVU.

Um das ganze Verhalten der Stadtwerke noch etwas genauer zu charakterisieren:

Intern: Im Schriftverkehr gegenüber der Hausgemeinschaft Ostwender Straße 6 führten die Stadtwerke lediglich juristische , wirtschaftliche und technische Punkte an. Auf die ökologischen Zusammenhänge gingen sie in keinem Punkt ein und stellten ihre Position auch überhaupt nicht in einen solchen Zusammenhang.

Öffentlich gegenüber der Presse: Sie stellten ihre Maßnahmen durchaus in volkswirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhang. Tenor: Wenn man uns nur machen läßt, wird sich alles zum Besten wenden. Ebenfalls stellten die Stadtwerke heraus, daß sie keinesfalls Blockheizkraftwerke verhindern wollen, aber...

Bewegung kam dann in die Verhandlungen, als ein Hearing im Bezirksrat in Hannover anstand. Sie wollten nicht als Verhinderer dastehen, aber auf der anderen Seite keine den heute üblichen Stromgestehungskosten entsprechenden Preise für die Netzeinspeisung nennen.

Das Angebot der Stadtwerke
Sie legten ein Angebot für die Variante b vor und akzeptierten damit den Gemeinschaftsanschluß der acht Wohnungen. Damit konnten die Stadtwerke gedanklich die Hausgemeinschaft wie einen auch sonst üblichen BHKW-Betreiber behandeln. Doch das dann übliche Verfahren, wie vorher skizziert, ist rein praktisch für eine solche Kleinanlage kaum durchführbar (Zusatz- und Reservestromversorgung aufgeteilt in Arbeit und Leistung, Tag/Nacht, Sommer/Winter usw.). Wohl deshalb machten die Stadtwerke ein Angebot in reinen Arbeitspreisen, d.h. ohne irgendwelche Grundpreise, lediglich unterschieden in Sommer/Winter, Tag/Nacht. Zusätzlich ist noch eine Berechnung eingeführt, d.h. wenn die Hausgemeinschaft mehr für noch bezogenen Strom bezahlen muß, als das nach Haushaltstarif der Fall wäre, tritt der Haushaltstarif in Kraft. Wir haben diesem Angebot im Prinzip zugestimmt – das war noch vor Tschernobyl.

Natürlich wird hier sehr deutlich, wie gut die Stadtwerke sich ihr Monopol bezahlen lassen. Im Kern lohnt sich hier nur die Erzeugung des eigenen Stromverbrauches, der bisher für 28,6 Pf/kWh incl. MwSt. von den Stadtwerken bezogen wurde. Nur hierüber kann sich die Anlage amortisieren.

Bewertung des Ergebnisses
Um von diesem Ergebnis auf die Wirtschaftlichkeit des BHKWs zu kommen, sind erhebliche Rechenarbeit und ziemlich genaue Daten über die Verhältnisse in dem Wohnhaus erforderlich. Das ist ein Nachteil, der potentielle Betreiber nicht zur Nachahmung reizt. Daß die Preise nicht dazu gedacht sind, dezentrale Wärmekraftkopplung auszubauen, ist ebenso deutlich. Mehr politischer Druck ist erforderlich.

Auf der anderen Seite wird durch den Vertrag für ein normales Wohnhaus der Betrieb eines Blockheizkraftwerkes möglich. Wie genaues Nachrechnen ergab, legen die Bewohner bei dem Betrieb auch nicht drauf, die Amortisationszeit liegt auf jeden Fall unter 10 Jahren. Es wird deutlich, daß für dezentrale WKKs keine Förderung nötig ist, sondern angemessene Einspeisetarife. Weiterungen für dezentrale Wärmekraftkopplung nach Tschernobyl?

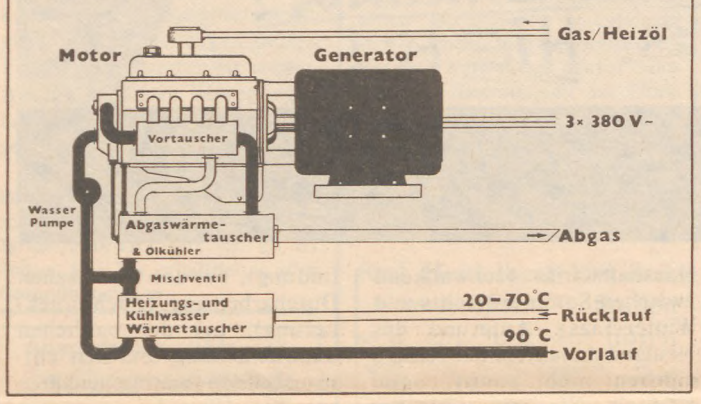
Man wird sehen, es gibt viel zu tun...

Energiewerkstatt Hannover

Was ist Kraft-Wärme-Kopplung?

Bei diesem Verfahren werden Erdgas, Heizöl oder auch Biogas mittels eines Verbrennungsmotors genutzt, um Strom zu erzeugen. Im Gegensatz zu den meisten konventionellen Kraftwerken wird jedoch die Abwärme zur Deckung des Heizenergiebedarfs genutzt.

Funktionsschema:



Warum Kraft-Wärme-Kopplung?
Bei der Stromerzeugung in Großkraftwerken entwichen zwei Drittel der eingesetzten Energie über Kühltürme und Schornsteine ungenutzt in die Umwelt. Da der erhöhte Strombedarf in den kalten Jahreszeiten mit dem Heizenergiebedarf zusammenfällt, ist es sinnvoll, die Strom- und Wärmeproduktion zu koppeln.

Hohe Wirtschaftlichkeit...
Alle Arbeiten vom Grundaufbau, der Fertigung der Wärmetauscher, der Endmontage, der Herstellung und Installation der elektrischen Steuerung bis zum Aufstellen der Anlage vor Ort mit Anschluß an das Strom- und Heizungsnetz, sowie alle erforderlichen Wartungsarbeiten werden von uns ausgeführt.

Dies ermöglicht uns nicht nur, die Anlagen besonders preiswert anzubieten, sondern garantiert auch die Gewährleistung für ihren störungsfreien Betrieb.

...durch Rohstoffeinsparung...
Der Einsatz einer dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung bedeutet nicht nur eine erhebliche Einsparung von Rohstoffen – also ein kostenloser Beitrag zum Umweltschutz –, sondern das Verfahren stellt auch zu Spitzenlastzeiten Kraftwerkskapazitäten wirtschaftlich bereit.

...und niedrige Investitionskosten
Geringe Investitionskosten von etwa DM 600,– bis DM 1.400,– je Kw elektrischer Leistung, im Vergleich zu etwa DM 4.000,– je Kw bei Großkraftwerken, erklären die hohe Wirtschaftlichkeit, auch bei kurzen Betriebszeiten.

Die Kapazität unserer Kraft-Wärme-Kopplungen reichen von 24 bis 50 Kw el. Leistung. Ein höherer Bedarf kann durch eine beliebige Anzahl parallel betriebener Anlagen gedeckt werden.

Energieversorgung nach Maß...
Die Kapazität wird also dem jeweiligen Strom- und Wärmebedarf angepaßt, wobei überschüssige Energie ins öffentliche Netz eingespeist und somit an das örtliche Energieversorgungsunternehmen verkauft werden kann.

Ein einfacher Wärmespeicher ermöglicht es, die während der Betriebszeit der Anlage anfallende Wärme auch zu anderen Tageszeiten zu nutzen. Die Anlage kann also ruhen, wenn kein Strombedarf besteht.

Eine umfangreiche Elektronik bestimmt und überwacht den Betrieb der Kraft-Wärme-Kopplung und stellt eine störungsfreie Verbindung zum öffentlichen Stromnetz sicher.

Es gibt noch eine weitere Möglichkeit der Stromversorgung. Wird die Anlage im netzunabhängigen Inselbetrieb gefahren, produziert sie den Strom für den Eigenbedarf. Zusätzlich kann die netzunabhängige Anlage auch als Notstromaggregat eingesetzt werden, da die verwendeten Synchron-Generatoren zur Stromerzeugung keinen Erregerstrom aus dem öffentlichen Netz benötigen.

Die kompakte Bauweise aller Modell ermöglicht ein Aufstellen der Anlage in nahezu jedem Heizungs- und/oder Betriebsraum.

...leise und sauber
Durch die gekapselte Bauform in Verbindung mit wirksamen Schalldämmaßnahmen reduziert sich der Geräuschpegel der Anlage auf ein Minimum und ist vergleichbar mit der Geräuschentwicklung entsprechender Heizkessel.

Die Verwendung von Abgaskatalysatoren ist ein weiterer Beitrag zum Umweltschutz. Auf diese Weise wird die Energie wesentlich umweltfreundlicher als in Großkraftwerken und Heizkesseln gewonnen.

Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Betrieb einer Kraft-Wärme-Kopplung:

* Ein eigener Strombedarf von 15 kW sollte vorhanden sein.
* Der Strompreis sollte 0,15 DM/kWh nicht unterschreiten.
* Eine ausreichende Wärmeabnahme sollte für mind. 1.000 Stunden im Jahr gewährleistet sein.

Bei nichtausreichender Wärmeabnahme kann die Anlage nur zur Spitzenlastsenkung verwendet werden.

Comuna-Metall

Anzeige

Sie suchen Material über:

Außenpolitik – Bildungspolitik – Deutschlandpolitik – Eurokommunismus – Europa – Extremismus – Familienpolitik – Friedenspolitik – Holocaust – Internationale Beziehungen – Israel – Jugendpolitik – Kommunismus – Kulturpolitik – Medienpolitik – Nationalsozialismus – NATO – Ostpolitik – Parlamentarismus – Parteien – Politische Kultur – Politische Theorie – Rechtspolitik – Sicherheitspolitik – Sozialpolitik – Spannungsgebiete – Umweltprobleme – Vereinte Nationen – Verteidigungspolitik – Wahlen – Warschauer Pakt – Widerstand – Wirtschaftspolitik – Zeitgeschichte

WIR
INFORMIEREN
DISKUTIEREN
ANALYSIEREN
KOOPERIEREN

Unser Angebot:

Annotierte Bibliographie – Aus Politik und Zeitgeschichte
Die Wochenzeitung DAS PARLAMENT – Dozentenfortbildung – Filmangebot – Fort- und Weiterbildungsseminare – Informationen zur politischen Bildung – Lehr- und Lernmaterialien für Schule und Erwachsenenbildung – Lokaljournalisten-Fortbildung – Ostkolleg – Politisches Journal PZ

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Weitere Informationen erhalten Sie von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn, Postfach

Wer die Energie hat ...

Fortsetzung von Seite 1

Was gibt es?

Während jahrelang der Slogan galt: „Du hast keine Chance, also nutze sie", darf inzwischen resigniert festgestellt werden, „wir hatten die große Chance und haben es nichtmal gemerkt. Denn: spätestens seit dem Reaktorunglück in Tschernobyl sind sie wieder im Kommen, die alternativen, sanften, dezentralen Energietechnologien. Und sie sind längst nicht mehr Spielwiese von irgendwelchen Ökofreaks oder obskuren Bastlern. Der Markt der Solarzellen ist unter den Elektrokonzernen bereits aufgeteilt, die dicken Forschungsprojekte zur Nutzung der Sonnenenergie werden im groß-industriellen Komplex abgewickelt. Aber es sollte auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Energieversorgungsunternehmen, die in der gesamten Energieversorgung als Monopolisten „die" Schlüsselstellung innehaben, immer noch ungebrochen auf Atomkraft setzen und, wenn überhaupt, nur in zentralistischen Energiealternativen nachdenken. Dementsprechend stehen bei der Umsetzung dezentraler Energiekonzepte vor allem rechtliche (sich aus der Monopolstellung der Energieversorgungsunternehmen ableitende) und wirtschaftliche Probleme im Vordergrund und weniger technische.

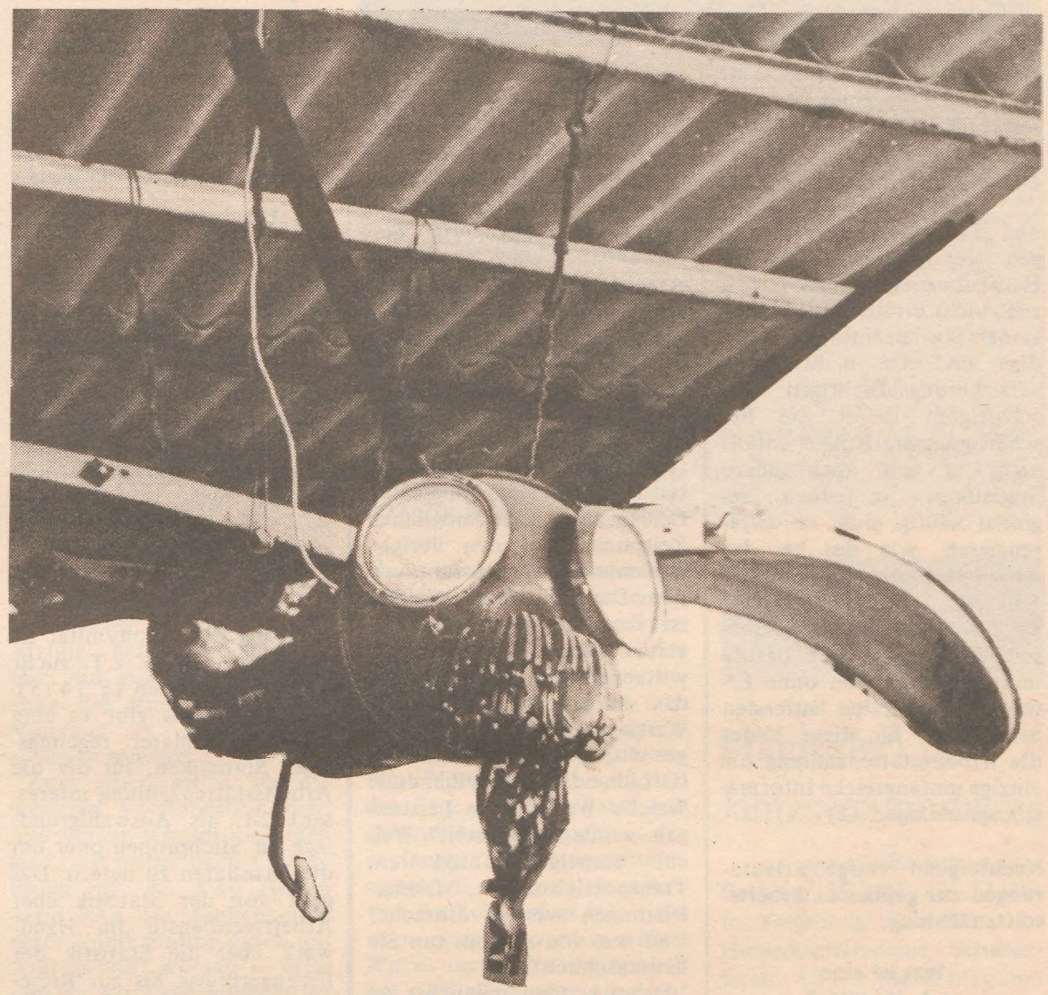
Und trotzdem hat es in den vergangenen Jahren vielversprechende Ansätze alternativer Energietechnologien gegeben. Windkraft, Solarenergie und Wärmekraftkopplung waren und sind die Zauberformeln für eine dezentrale und umweltverträgliche Energieversorgung. Leider konnten diese Einzelansätze nicht zu einer schlagkräftigen Strategie entwickelt werden. Die Organisationsfeindlichkeit der Projekte, die sich in diesem (Energie-)Feld tummeln und die allgemeine Lethargie der Szene hat die Chance auf einen gewaltigen Entwicklungsschub vertan, so die Analyse der (arroganten) Betrachter von außen. Als Insider sind der Selbstverwaltungsstreß, das Untergehen im Alltag, also die allgegenwärtige Überforderung wohl als Hauptursachen zu nennen. Auch erfolgreiche Energie-Projekte haben es nicht geschafft, übergreifende Strategien zu entwickeln und zu initiieren. Auch Tschernobyl konnte in dieser Richtung nicht viel bewegen.

Was fehlt?

Für mich als Privatmensch, der sich für die Dinge, die um ihn herum passieren, interessiert, wäre erstmal eine umfassende, verständliche Information über neue Energieformen notwendig. Mit anderen Worten, es gibt dort Informationsdefizite, die behoben werden müssen. Etwa in Form eines ausführlichen Energie-Katalogs, in dem alle energiesparenden und energieerzeugenden Maßnahmen aufgelistet sind, mit verbraucherfreundlichen Hinweisen zu Installation und Installationsproblemen, Eignung für Altbau usw. Dazu gehören Wirtschaftlichkeitsberechnungen, höhere Investitionskosten auf der einen, niedrigere Verbrauchskosten auf der anderen Seite. Schön wäre es auch, wenn die Herausgeber eines solchen Katalogs die Gewähr für die Zuverlässigkeit der Informationen übernehmen würden, oder gar für eine Qualität der Produkte (eine Art Stiftung Energieanlagen-Test). Darüberhinaus wäre ein seriöses Firmenverzeichnis notwendig – und da wird es dann kompliziert. Eigentlich ist eine Einrichtung notwendig, die solch einen Katalog herausgibt, die darin enthaltenen Informationen laufend sorgfältig überprüft, die Produkte testet, ein Firmenverzeichnis führt und gleichzeitig auch Beschwerdeinstanz für unzufriedene Verbraucher *(und das bei seriösen Firmen???, der Setzer)* ist. Und weil solch eine Einrichtung nicht im leeren Raum schweben kann/darf, muß es eine Organisation dahinter (oder darunter) geben. Diese Organisation wiederum muß alle beteiligten Gruppen entsprechend repräsentieren: Bewohnergruppen, Ingenieurbüros, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, Produkthersteller und -händler und sonstige Interessierte. So gelangt man ganz schnell von einem kleinen, praktischen Katalog zu einem großen und überschaubaren Apparat.

Was ist zu tun?

Bevor gleich damit begonnen wird, einen entsprechenden Rahmen zu organisieren, müssen wohl erstmal alle notwendigen Informationen systematisch gesammelt und aufgearbeitet werden. Diese Informationen umfassen Energiekonzepte, die aus einer globalen Sichtweise Energiebedürfnisse und Energiesysteme gegenüberstellen, sowie Erfahrungsberichte vom Einsatz neuer Energietechnologien. Es zählen dazu eine Auflistung von Einsparpotentialen im Haushalt, Dämm- und Isoliermöglichkeiten, Einsatzmöglichkeiten und -grenzen von Solar- und Windenergie, wie auch Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen. Zu den angesprochenen Energiesystemen gehören Wirtschaftlichkeitsberechnungen und eine Erläuterung der Rechtslage. Schließlich müssen auch Mängel erfaßt werden: technische Mängel, Unwirtschaftlichkeiten und rechtliche Grenzen. Dafür – aber nicht nur – ist ein intensiver Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen in diesem Bereich arbeitenden Projekten und Gruppen zu organisieren. Erste Ansätze gibt es dazu bereits innerhalb der AGÖF (Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute) und im Verbund der selbstverwalteten Energiesparläden. Darüberhinaus tut eine Vernetzung von Ingenieurbüros, Handwerkern, Dienstleistern, Händlern und Produzenten not, um so etwas wie eine energiepolitische Vertriebsstrategie für Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Letztlich wäre auch eine Organisierung der Energieverbraucher wichtig und es wäre zu klären, ob dies innerhalb von Bürger- und Nachbarschaftsinitiativen, Anti-Akw- oder Öko-Gruppen möglich wäre. Um es zusammenzufassen: ein breiter Dialog zwischen Betroffenen, Interessierten und Experten ist angesagt.



Wie geht's weiter?

Zunächst sind weitere, interessierte Kreise anzusprechen und dafür zu sensibilisieren. Und zwar über Publikationen, Tagungen und Seminare. Vielleicht gelingt es auch, in absehbarer Zukunft eine Art Handbuch für diesen Bereich zu erstellen (ohne Gewährleistungsansprüche). Auch läßt sich auf lokaler Ebene schon mal eine Zusammenarbeit der genannten Gruppen anleiern.

Ein konkreter Ansatzpunkt wird ein für den Herbst projektiertes Energieseminar sein, das den überregionalen Dialog einleiten soll. Eine Ankündigung wird u.a. auch in CONTRASTE erscheinen. Interessenten können sich schon jetzt bei STATTwerke (Mehringdamm 50, 1000 Berlin 61) melden.

Michael Makowski

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber:
CONTRASTE, Verein für Selbstverwaltung & Ökologie e.V., Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 2/86) ist über die Heidelberger Redaktion zu erhalten.

Redaktionen.

Berlin
STATTwerke e.V.
Michael Makowski
Mehringdamm 50
1000 Berlin 61
Tel. (030) 785 70 82

Frankfurt
Blättterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Bayern
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21
Kurt Regenauer
c/o Netzwerk Franken
Hochstr. 23, Rgb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Kulturredaktionen:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Riedmühle
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrücck 3
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Michael Makowski, Franz-Josef Bartsch (Berlin), Peter Tejkl (Heidelberg), Arno Huber (Nürnberg), Heinz Schulze (München), Gerhard Kern (Morbach), Dieter Reincke (Ökobank-Verein).

Herstellung
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
CONTRASTE-Vertrieb
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Postgiroamt Frankfurt/M.
Nr. 3836 87 – 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Anzeige

Widerstand gegen die Wehrpflicht

Sonderheft

Graswurzelrevolution

Libertär-sozialistische Zeitung

Die Wehrpflicht ergreift jedes Jahr ca. eine halbe Millionen junger Menschen. Wir sind in der Vorbereitung eines Sonderheftes, das allen Kriegsgegnern Mut und Lust zum Widerstand machen soll.

O Warum wir für die Auflösung der Bundeswehr kämpfen
O Geschichte der Wehrpflicht
O Erfassungs-, Musterungs-, Totalverweigerung
O Antimilitaristische Soldatenarbeit
O Internationale KDV
O Knast und Solidarität
O Kontroversen und vieles mehr.

April 1987, 68 Seiten, Preis 6,- DM

Wer bis zum 15. März mindestens fünf Hefte vorbestellt, bekommt statt der üblichen 30 sogar 40 Prozent Wiederverkaufsrabatt.

Bestellungen mit Scheck oder Briefmarken an:
GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

★

Anzeige

Zeitschrift im Gesundheitswesen
Dr. med. Mabuse

- versteht sich als Diskussionsforum der Linken und Alternativen im Gesundheitswesen;
- berichtet über: politische Aktivitäten im Gesundheitswesen & Alternativmedizin & Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen & Standesideologie & Medizin in der 3. Welt & Antipsychiatrie & vieles andere mehr;
- hat einen umfangreichen Kleinanzeigen- und Stellenmarkt;
- freut sich über Mitarbeit;
- gibt's 6mal pro Jahr für je 4,50 DM in allen besseren Buchläden, im Handverkauf und für nur 25 DM im Jahresabonnement.
- **Kostenloses Probeheft gefällig?**

Dr. med Mabuse Zeitschrift im Gesundheitswesen
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt am Main 1

Auslieferung für den Buchhandel: Prolit, Siemensstr. 18a, 6300 Gießen

Anzeige

»Macht die Bücher billiger« (Tucholsky)

ISBN 3-925499-11-3

Nachtschatten im weißen Land
Grundlagen und Kritik der Naturheilkunde und der alternativen Heilmethoden. Hrsg. von Manfred Brinkmann und Michael Franz mit Beiträgen vom Gesundheitstag 1981. 256 Seiten, **statt bisher 24,— DM nur 8,50 DM**

Medizin und Nationalsozialismus:
Baader, Dörner, Huebschmann, Kudlien, Leibfried, Roth, Schwarberg u.a., 256 S.,
3. Auflage
15 DM
ISBN 3-925499-21-0

Peter O'Neill
Gesundheit 2000 — Krise und Hoffnung
hrsg. vom Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Um eine Krise abzuwenden, fordert die WHO in ihrer Regionalstrategie »Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000« eine grundlegende Umorientierung: 200 S., zahlr. Abb., Tab. u. Schaubilder, **24,80 DM**
ISBN 3-925499-17-2

ISBN 3-925499-15-6

Für mich das Beste!
Therapietips aus drei Generationen. Ernsthaftes und Kurioses aus dem Deutschen Ärzteblatt, Hexengeflüster von der Kräutergruppe des Berliner Gesundheitsladens. Von Hackethal bis Kneipp. 416 Seiten!, Großformat statt 36,— DM nur **10,— DM**

ISBN 3-925499-09-1

Erfassung zur Vernichtung
Von der Sozialhygiene zum »Gesetz über Sterbehilfe«,
hrsg. von Karl Heinz Roth, »Kostendämpfung« und »Sozialabbau« in der Nachfolge faschistischer Sozialhygieniker. 200 S., Abb. u. Dokumente, **statt 26,80 nur 12,— DM**

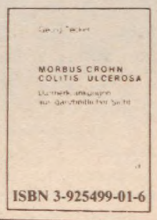
Gesundsein 2000
Ein nationaler Plan
Projektgruppe im Auftrag der GRÜNEN im Bundestag. Die Fraktion der Grünen im Bundestag stellt die Übertragung der Regionalstrategie der WHO auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik vor. 80 S., **7,80 DM**
ISBN 3-925499-18-0

ISBN 3-925499-10-5

Zwischen zwei Kulturen
Was macht Ausländer krank?
Hrsg. von H. Kentenich, P. Reeg und K.H. Wehkamp, 184 Seiten. Eine Bestandaufnahme der Situation von Ausländern in der Medizin in der Bundesrepublik Deutschland. **Statt bisher 19,80 DM nur 9,80 DM**

ISBN 3-925499-20-2

Krankenpflege im Nationalsozialismus
Dieses Buch arbeitet die Geschichte des Pflegeberufes im 3. Reich auf. Mit Dokumenten, Interviews, einer Zeittafel einer umfangreichen Liste der Quellen- und Sekundärliteratur sowie vielen Fotos. **160 Seiten. 15 DM**



ISBN 3-925499-01-6

Morbus Crohn — Colitis Ulcerosa. Darmerkrankungen aus ganzheitlicher Sicht. G. Tecker, Diplom-Psychologe und selbst betroffen, gibt in diesem Buch einen Überblick über den derzeitigen Stand von schulmed. Ursachenforschung und Therapie. Ihnen stellt er weiterführende ganzheitliche Ansätze gegenüber, 160 Seiten, **15,— DM**

Ich bestelle (bitte ankreuzen)

Nachtschatten im weißen Land	8,50 DM	☐
Zwischen zwei Kulturen	9,80 DM	☐
Erfassung zur Vernichtung	12,00 DM	☐
Morbus Crohn — Colitis Ulcerosa	15,00 DM	☐
Krankenpflege im Nationalsozialismus	15,00 DM	☐
Für mich nur das Beste	10,00 DM	☐
Gesundheit 2000 (WHO)	24,80 DM	☐
Gesundsein 2000 (DIE GRÜNEN)	7,80 DM	☐
Medizin und Nationalsozialismus	15,00 DM	☐
Bitte schickt mir ein kostenloses Probeheft	**0,00 DM**	☐

☐ Ich lege einen Verechnungsscheck über ____ DM bei
☐ Schickt mir eine Rechnung!

Absender
Name: _____ Vorname: _____
Straße: _____ PLZ/Ort: _____
Datum und Unterschrift: _____

Preise **zuzüglich 1,50 DM Porto pro Band**, ab 50 DM portofrei. Coupon ausschneiden und einsenden.

Betriebs- und Arbeitsstättenzählung '87

Volkszählung. 10 Minuten, die uns helfen, Sie im Griff zu behalten. (Ihr Statistisches Bundesamt)

Das statistische Bundesamt meint, die vorhandenen Daten und Statistiken reichen nicht aus, „Die Beschäftigungsstatistik erfaßt nur etwa 75 % aller Erwerbstätigen und das auch nur mit einigen wenigen Angaben. Der Haushaltszusammenhang wird z.B. nicht ermittelt. Informationen über Beamte, Selbständige und alle nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liefert die Beschäftigungsstatistik ebenfalls nicht." Es gibt noch andere Statistiken, die jedoch „regional häufig nicht so differenzieren, wie das bei der Arbeitsstättenzählung der Fall ist. Darüberhinaus gibt es für einige Wirtschaftsbereiche, wie die freien Berufe und Organisationen ohne Erwerbszweck, keine laufenden Statistiken; für diese bildet die Arbeitsstättenzählung die einzige umfangreiche Informationsgrundlage." (1)

Nachfolgend einige Erläuterungen zur geplanten Arbeitsstättenzählung.

Was ist eine Arbeitsstätte?

Als Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. Somit ist für jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jeden Filialbetrieb, jede Werkstätte, jede Praxis, jede Geschäftsstelle, jedes Büro, jede Dienststelle einer Behörde usw. ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Auch Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister und Werkvertragspartner gelten als Selbständige und haben deshalb einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Arbeitsstätten von Heimarbeitern werden jedoch nicht erfaßt.

Aber Büros von Vereinen, selbständiger Künstler, Hebammen... werden mitgezählt. (3) Auskunftspflichtig sind die Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten, Unternehmen und Vereine.

Wonach wird gefragt

Wie auch bei der Zählung der Privathaushalte wird nach Name, Adresse der Arbeitsstätte gefragt. Diese sogenannten Hilfsmerkmale sollen laut Gesetz zum frühestmöglichen Zeitpunkt von den übrigen Hilfsmerkmalen getrennt werden. Dann im Hauptteil: Wer ist der Träger der Arbeitsstätte? Nennen Sie genau die wirtschaftliche Tätigkeit oder das Aufgabengebiet! Welche Waren oder Güter werden hergestellt, repariert, gehandelt (Großhandel, Einzelhandel)? Welche Waren oder Leistungen werden vermittelt? Welche sonstigen Tätigkeiten, Transportleistungen, Dienstleistungen werden erbracht? Und was von all dem tun Sie hauptsächlich?

Dabei werden möglichst genaue Angaben verlangt: nicht Fahrzeuge, sondern Krafträder, Kraftwagen; nicht Metallwaren, sondern Metallmöbel, Beschläge; nicht Bekleidung, sondern Herrenoberbekleidung, Wäsche, Kopfbedeckung. Wann wurde der Laden eröffnet? Neueröffnung oder Umzug? Wieviele Inhaber arbeiten mit? Wieviele Familienangehörige arbeiten unbezahlt? Wieviel Beamte, Angestellte, Facharbeiter, sonstige Arbeiter und Auszubildende gibt es? Wieviele Teilzeitbeschäftigte? Wieviele Ausländer! (Und jeweils: männlich? weiblich?) Was ist im letzten Jahr insgesamt an Löhnen ausgezahlt worden? Ist der Inhaber oder Leiter in der Handwerksrolle eingetragen? Welche Rechtsform hat das Unternehmen? (2) Es folgen noch einige Fragen nach Haupt- und Zweigniederlassungen.

Zu welchen Statistiken werden die Daten benutzt?

Die Ergebnisse der Angaben aus der Arbeitsstättenzählung können sich aufs ganze Bundesgebiet beziehen oder auf kleinere Gebiete bis zu Gemeinden oder Gemeindeteilen mit mehr als 50 Arbeitsstätten. In den allgemein zugänglichen Veröffentlichungen dürfen auch Angaben über einzelne Betriebe enthalten sein. Wenn es z.B. in einem Gemeindeteil nur einen Drucker gibt, kann man u. U. schnell nachsehen, wieviel Leute bei ihm arbeiten. Die Wahrung der Anonymität ist hier vom Gesetz z.T. nicht einmal vorgesehen (§ 14 (5).

Darüberhinaus gibt es eine Unmenge anderer regelmässiger Statistiken, für die die Arbeitsstättenzählung interessant ist, als Auswahlgrundlage für Stichproben oder um die Basisdaten zu liefern. Das geht von der Statistik über Arbeitsverdienste im Handwerk über die Statistik der Erzeugerpreise bis zur Reiseverkehrsstatistik.

Dabei ist die Kartei im produzierenden Gewerbe von zentraler Bedeutung. Sie „steuert und organisiert die technischen Abläufe für alle Statistiken des produzierenden Gewerbes und ist somit Kernstück dieses gesamten Systems." (3) Sie dient zur rationellen Arbeitsorganisation in den Statistischen Ämtern. Diese Kartei soll mit der Arbeitsstättenzählung auf den neuesten Stand gebracht werden. (§ 15 (5).

Die offiziellen Verwendungszwecke aller genannten Statistiken u.a.:

Erstellung von Flächennutzungs- und Bauleitplänen, Arbeitsmarktanalyse, Berechnung des Arbeitskräftepotentials, Auswirkungen des strukturellen Wandels, Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen, Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung, Frauenerwerbstätigkeit, Beurteilung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, Grundlagen zukünftiger Ausländerpolitik, Verkehrsplanung ...

Wir können uns nun sagen: „Was soll's? Die Daten haben sie doch sowieso alle!" Das mag zwar oft stimmen, aber sie stehen nicht so hübsch beieinander. Die Sozialversicherung hat natürlich noch viel mehr Daten über die Arbeitnehmer, aber die Verknüpfung mit den Daten aus Handelsregister, Meldebehörden, Berufsgenossenschaften, Finanzämtern usw. ist doch nicht so ganz einfach. Die Daten passen nicht zusammen, sind verschieden alt, außerdem wäre ein solcher Abgleich zur Zeit illegal.

Die einzelnen Daten sind auch nicht das gefährlichste, die Kombination der Angaben macht's. Ein aktueller, einheitlicher, vollständiger Datenbestand hat eine ganz andere Qualität als viele verstreute Einzeldaten.

Diese Erkenntnis lag wohl auch schon bei der Volkszählung 1939 zugrunde, als die Nazis mit aus heutiger Sicht einfachen Mitteln eine zentralisierte Datensammlung anlegten. Die Folgen sind bekannt: sie reichten von Zwangsverpflichtung bestimmter Berufsgruppen zu Kriegsdiensten bis zu KZ-Einweisungen. Der heutige Stand der Technik eröffnet Möglichkeiten in einer Dimension, die wir uns garnicht vorstellen können.

Angeblich soll die Volkszählung eine bessere Planung ermöglichen, die Planungen, die nach Volkszählungen in der Vergangenheit realisiert wurden, zeigen uns, daß es nicht so ist (AKWs, Umwelt, Arbeitsmarkt usw.), außerdem sagen auch Fachleute, daß eine Totalerhebung wie die Volkszählung für die Planung weder notwendig noch geeignet ist.

Wozu ist ein Volkszählung tatsächlich geeignet?

Ein standardisierter Grunddatenbestand über die Gesamtbevölkerung, über Gebäude und Arbeitsstätten ist ein wichtiger Bestandteil eines Sicherheits- und Überwachungssystems. Ein solches Überwachungssystem kann kritische Potentiale erkennen und unterdrücken, kann die Entwicklungen aufgrund von Computer-Modellversuchen vorbeugend in die gewünschte Richtung beeinflussen (z.B. durch Maßnahmen sozialer Kontrolle). So kann die gesellschaftliche Entwicklung manipuliert werden, Grenzen vorgegeben werden, innerhalb welcher „Freiheit" in einer vom Staat gewünschten Form stattfinden kann. Daß eine solche, zentral geplante und überwachte Gesellschaft nicht in unserem Interesse sein kann, ist wohl klar. So müssen wir die Volkszählung, die Sicherheitsgesetze und den neuen, maschinenlesbaren Personalausweis (hoffentlich weiß auch jeder, daß der neue Ausweis ab 1. April eingeführt wird! Während des gesamten Monates März können noch verlorene, gestohlene oder versehentlich in die Waschmaschine geratene Ausweise durch die alten, grauen Lappen ersetzt werden. Das bedeutet Schonfrist bis 1992!) als Maßnahmen der Machtabsicherung und Machtausweitung des Staates begreifen.

Kriegs- und Katastrophenplanung

Für die Kriegs- und Katastrophenplanung ist die Volkszählung und insbesondere die Arbeitsstättenzählung sehr interessant. Man möchte natürlich gerne wissen, wieviel Leute zum Kriegsdienst abgezogen werden können, ohne daß die Versorgung zusammenbricht, auf welche Transport- und Arbeitsleistungen man im Katastrophenfall zurückgreifen kann, welche stillen Reserven es gibt. Die genaue Einteilung der Fragen nach der wirtschaftlichen Tätigkeit entspricht diesem Bedürfnis.

Das Ganze ist im Zusammenhang mit dem Arbeitssicherstellungsgesetz, dem Wirtschaftssicherstellungsgesetz und dem Transportsicherstellungsgesetz zu sehen. Diese Gesetze wurden 1968 im Rahmen der Notstandsgesetze verabschiedet und ermöglichen, daß „im Verteidigungsfall und in Spannungszeiten" sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer auf die nötige Arbeit verpflichtet werden können. Dazu können umfassende Auskunftspflichten, Buchführungs- und Meldepflichten, Vorschriften zur Vorratshaltung, Geheimhaltungspflicht und bei Zuwiderhandlung heftige Strafen kommen.

Bei der Frage, „Was passiert, wenn der Zähler vor der Tür steht?" gilt dasselbe wie bei der Volkszählung. Man sollte sich bemühen, den Zählern und Behörden möglichst viel Arbeit zu machen:
Auskunftpflichtig ist nur die Leiterin oder Inhaberin und die muß ja nicht immer da sein, und überhaupt, wer ist denn hier die Chefin?

Man könnte die Fragebögen entgegennehmen, sie zu einer Sammelstelle bringen und behaupten, sie wären mit der Post losgeschickt worden etc. ....

(1) Stellungnahme des Statistischen Bundesamtes zum Gesetzentwurf
(2) Begründung des Volkszählungsgesetzes
(3) Aus den Erläuterungen zum Arbeitsstättenbogen

Treffen und Informationen

Hamburg

Treffen der Hamburger Initiative „Betriebe gegen die Arbeitsstättenzählung", regelmäßig 14tägig. **Nächster Termin: 13. März 1987, 19.30 h, Werkstatt 3, Seminarraum, Nernstweg 32-34, Hamburg.**

Baden-Württemberg

Auch im Musterländle regt sich der Widerstand gegen die Arbeitsstättenzählung. Das Projektetreffen Rems-Murr lädt für **Mittwoch, den 11. März 1987 um 20 Uhr** alle interessierten Betriebe im Großraum Stuttgart in das Casino Stuttgart, Mörikestr. 69 zu einer Informations- und Koordinationsveranstaltung ein.

Kontaktadressen:
Komet GmbH
Olgastr. 46 - 48
7060 Schorndorf
Tel. (07181) 38 76
oder 6 62 82

Windhueter Kollektiv
Heinkelstr. 27
7060 Schorndorf
Tel. (07181) 6 10 76

Berlin

Mitte Februar haben sich im Berliner Mehringhof eine Reihe selbstverwalteter Betriebe getroffen, um über Sinn, Möglichkeiten und Taktik eines Boykotts zu reden. Die insgesamt etwas chaotische Veranstaltung endete mit der Konstituierung dreier Arbeitsgruppen zu den Themen „Rechtliche Konsequenzen", „Inhaltliche Argumentation", „Öffentlichkeitsarbeit". Ende Februar sollen sich die Arbeitsgruppen zwecks Abstimmung untereinander treffen, Anfang März ist ein neues Plenum geplant, auf dem über die Umsetzung der Arbeitsergebnisse diskutiert werden soll.

Während Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen von den Bedingungen vor Ort abhängig sind, sind die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen „inhaltliche Argumentation" und „rechtliche Konsequenzen möglicherweise auch für Betriebe in anderen Regionen interessant. Sobald hier die ersten Ergebnisse in schriftlicher Form vorliegen (Mitte März), können diese auf Anfrage bezogen werden über:
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Tel. (030) 691 30 72

Weitere Informationen aus den regionalen Initiativen zur Arbeitsstättenzählung und Kontaktadressen wird CONTRASTE in der April-Ausgabe veröffentlichen.
Informationen nimmt gerne entgegen:
CONTRASTE-Redaktion Heidelberg
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

April, April?

Der 1. April als Termin der Ökobankgründung ist endgültig geplatzt. Alles steht bereit: Das Eigenkapital von mittlerweile 7 Mio, das Personal, die Geschäftsräume, aber eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit ist nicht möglich – das BAK verweigert nach wie vor die Anerkennung der beiden geschäftsführenden Vorstände.

Die Prophezeiung, die von einigen erfahrenen Bankern schon vor Monaten über das Projekt Ökobank gemacht wurden, sind eingetreten. Tenor all dieser Voraussagen war: Niemals wird das BAK euch die Hürden des § 33 KWG nehmen lassen. Ein Gespräch am 11.2.87 im BAK (das auch nur durch massive Unterstützung aus dem SPD Bundesvorstand zustande kam), hat hier endlich für die nötige Klarheit gesorgt. Alle Konzeptionen, über die Beschränkung des Geschäftsumfanges zu einer Risikobegrenzung und damit zu einer sachlichen Definition der Qualifikationsvoraussetzungen des verantwortlichen Bankvorstandes zu kommen, stießen in diesem Amt auf Desinteresse. Welches Konzept die Ökobank auch immer vorlegen würde, man bestehe auf zwei Vorstände, die eine langjährige leitende Tätigkeit in **allen Sparten** sowohl des Aktiv- wie auch des Passivgeschäftes nachweisen können. Eine Forderung, die ein langjähriges Vorstandsmitglied einer westdeutschen Großbank wie folgt kommentiert „diese rigide Haltung des BAK reibt sich vollständig mit der sonstigen Genehmigungspraxis und Qualifikation der real existierenden Geschäftsleiter", und er vermutet – wohl nicht zu unrecht – dahinter auch ein ganzes Stück liebgewordener Ideologie. Nach dem Motto: „die Linken können mit Geld eh nicht umgehen und also dürfen sie es auch nicht können". Kommentar eines weiteren Bankers in ehemals leitender Position: „freiwillig ist noch nie eine Hure in ein Nonnenkloster aufgenommen worden." Dieser Mann als langjähriges Mitglied einer ähnlich klösterlichen Gemeinschaft sollte wissen, wovon er spricht.

Der Vereinsvorstand hat sich am 21./22. Februar mit dieser Situation befaßt und das weitere Vorgehen diskutiert. Eingeladen hatte er dazu auch das uns jetzt beratende Anwaltsbüro sowie unsere Werbeagentur. Das Ergebnis dieser zweitägigen Klausurtagung besteht in einer Doppelstrategie, deren Einzelheiten den Delegierten auf ihrer nächsten Sitzung am 8. März zur Abstimmung vorgelegt werden sollen. Um der Diskussion auf dieser Delegiertenratssitzung nicht vorzugreifen, hier nur eine kurze Skizzierung der Richtung, die der Vorstand in Zukunft einschlagen möchte:

Zum einen sollen für die weiteren Vorstandsbewerber, mit denen wir im Gespräch sind, wie bisher nach Abstimmung mit der LZB Hessen beim BAK die Möglichkeiten einer Anerkennung durch das Amt geprüft werden – ohne daß im Vorstand große Hoffnung besteht, mit diesem Amt doch noch zu einer Einigung zu kommen. Es sollen jedoch noch alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, bevor der Rechtsweg beschritten wird, wofür das Anwaltsbüro jetzt alle Vorbereitungen treffen wird. Zum anderen wird eine Konstruktion geschaffen, die es der jetzt bestehenden Ökobankercrew erlaubt, alle die Teile des späteren Bankgeschäftes schon jetzt auszuüben, die nicht genehmigungspflichtig sind. Hiermit soll den später in der Bank arbeitenden Personen die Gelegenheit gegeben werden, mit der praktischen Arbeit zu beginnen und auf einem Gebiet Erfahrungen zu sammeln, das später eh zu ihrem Aufgabenbereich gehören wird. Gleichzeitig setzt diese Konstruktion auch die regionalen Beiräte in die Lage, mit ihrer Arbeit zu beginnen und Strukturen aufzubauen, die für eine erfolgreiche Arbeit der späteren Bank Voraussetzung sind. Daß den Treugeldgebern jetzt umgehend die Verschiebung des geplanten Gründungstermins mitgeteilt wird, ist so selbstverständlich, daß es hier nicht extra erwähnt werden müßte. Wie es auch selbstverständlich ist, daß all denen, die einer Verlängerung ihres Treugeldvertrages nicht zustimmen, die Einlagen ohne Verzögerung zurückgezahlt werden. Erwähnt werden soll aber noch die Vorstellung des Vorstandes, daß in Zukunft allen Treugeldgebern zweimonatlich eine Zeitung der Ökobank i.G. zugestellt wird, in der laufend über die weitere Entwicklung sowie über bereits existierende Dienstleistungen und Anlagemöglichkeiten berichtet wird. Ausführlichere Informationen über dieses Konzept in der nächsten Ausgabe von CONTRASTE, nachdem die Delegierten hierüber eine endgültige Entscheidung getroffen haben.

Dieter Reincke

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Treugeldbestand per 11.2.87	6.999.468,– DM
Treugeldgeber/innen	14.283
Vereinsmitglieder	2.450
Treugeldbestand nach Regionen:	
Baden-Württemberg	1.541.624,–
Nordrhein-Westfalen	1.284.223,–
Bayern:	1.097.617,–
Hessen:	1.080.445,–
Niedersachsen:	670.501,–
Berlin:	380.140,–
Schleswig-Holstein:	315.738,–
Hamburg:	272.086,–
Rheinland-Pfalz:	224.171,–
Saarland:	72.200,–
Ausland:	31.817,–
Diverse:	116.010,–

Treugeldkonto:
Postgiroamt Frankfurt/M. Konto-Nr. 4151 75–609
(Anteil Startkapital Ökobank)

Meldungen

Mitglieder-Jahresversammlung

des LV Bayern

Samstag, 28.3.87, 12–17 Uhr in Augsburg, Gaststätte des Gewerkschaftshaus, Schwaizlerstr. 13 1/2 (ca. 8 Min vom Bahnhof)

Einladung

Im April findet das Regionaltreffen des Ökobankvereins **FRANKFURT & UMLAND** bereits am 13.4.87 statt, und zwar als MV.

Tagungsordnungspunkte: Satzungsfragen, Vertreterwahlen, Wahl des Beiratsausschusses.

Die drei nächsten Treffen sind also am 16.3.; 13.4. und 18.5.87, jeweils um 18.30 Uhr. Treffpunkt: Rotlintstr. 58, Ffm. Näheres: Tel. 069/44 98 34 (Thomas)

Ökobank gründen!

Anzeige

Anzeige

Schenk doch endlich mal was anderes

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich verschenke die taz

für den begrenzten Zeitraum von:

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

EMPFÄNGER/IN:
Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
Ort: .....

SPENDER/IN:
Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

625 Unterschrift: .....

Bayern vorn beim Stiften

Red. Heidelberg Im Moment ist es ja noch relativ ruhig im „grün-nahen Stiftungsgeschehen". Auf die Vorgeschichte (Dezentrale) und bisherige Diskussionen (Promi-Böll-Stiftung usw.) gehe ich hier nicht weiter ein. Da kann ich auch auf die bisherigen Artikel in CONTRASTE verweisen, wie auf die Artikel im ZBB-Rundbrief (Kistlerstr. 1, 8000 München 90), Netzwerk-Rundbrief (12/86), Spak-Forum, Grüne Zeiten (Jan. 87) usw. Aber die vorher angesprochene Ruhe ist natürlich trügerisch.

Es brodelt... denn es geht um Geld und Macht. Ich behaupte, daß z.B. ein Großteil der „Promis" garnicht „durchblickt", auf was sie sich mit ihrem Modell „zentralistisch gesteuert und gegen die sozialen Bewegungen gerichtet" einlassen.

Es brodelt... denn das Gefälle bei den Zuschußmöglichkeiten ist in diesem unseren Lande beachtlich. Mir kommt es wie die alte Fabel von armer Feldmaus und reicher Stadtmaus vor. Es ist für „abgefütterte Erwachsenenbildungswerke" (= Stadtmaus Typ Nordrhein-Westf. Erwachsenenbildungsgesetz) leicht, sich zu überlegen, ob man noch (zusätzlich) Geld will... aber für die „armen Feldmäuse" (z.B. Bayern – darum auch den ZBB) ohne diesbezüglichen Käse sieht das natürlich anders aus.

Es brodelt... denn es wird wohl in absehbarer Zeit Geld (und wie wir wissen, viel Geld) geben. Wie wird das Geld „verteilt"? Die Befürchtung, daß viele Gruppen schon jetzt die Griffel spitzen, bzw. die Computer anwerfen, um ihre Anträge vorzubereiten, ist wohl real – und wie ist es zu schaffen, daß die „Szene" in einer „grün-nahen Stiftung" keine „alternative Melkkuh" sieht?

Es brodelt... denn auf Seiten der Grünen Partei stehen „Gretchenfragen" an die Gruppen an. Wie „grün" seid Ihr? – Und die Gruppen befürchten z.T., daß sie zusehr im grünen Lodenmantel auftreten müssen, und somit ihre parteipolitische (nicht ökologisch-basisdemokratische...) Unabhängigkeit aufgeben.

All diese Fragen und Anfragen stellen sich natürlich auch bei uns in der Vorbereitung einer bayerischen grün-nahen Stiftung, wo ich als Mit-Vertreter des Zusammenschlusses Bayerischer Bildungsinitiativen mitbeteiligt bin.

Wo gehen unsere Fragen und Vorschläge hin?

Bei der Gründung unseres ZBB stand die niedersächs. Stiftung „Leben und Umwelt" Pate.

Schon bald war für uns wichtig, daß nicht **ein** Bildungswerk, ein „ZBB' in einer anzustrebenden Stiftung in Bayern „Monopolcharakter" haben soll. Ab Beginn wurde an folgendem Netz gestrickt:

– Mitglied im ZBB, der e.V. und gemeinnützig (wegen der zu erwartenden öffentlichen Gelder) sein sollte, können ihrerseits nur gemeinnützige Vereine werden. Das kann nicht das überall gültige Modell für eine alternative Bildungslandschaft sein. Also ergab sich aus Diskussionen die Entwicklung eines „Trägervereins Provinzarbeit", um in einem Flächenstaat wie Bayern die Anstrengungen in diesem wichtigen Bereich besser unterstützen zu können.

Pragmatisch offen?

Ich kann mich noch gut an die Entwicklung in der „Dezentrale" erinnern. Bei jedem Treffen kam eine neue „soziale Bewegung" hinzu: Bildung/3.Welt/Frauen/Frieden/Soziales/Kultur/Ausländer... mit dem Vorteil, daß in diesen Unterbereichen intensiver politisch diskutiert werden konnte, daß eine Kooperation in diesen Arbeitsbereichen leichter war, aber mit dem Nachteil, daß wir uns immer mehr abgespaltet hätten, wenn jeder Bereich „volle Autonomie" gehabt hätte und es keine gemeinsamen Diskussionen geben würde.

Meine über 10-jährige Mitarbeit in der AG SPAK ist für mich immer noch ein gutes Modell: Auch in der AG SPAK haben wir viele unterschiedliche Projektbereiche (Psychiatrie und Gesellschaft, selbstverwaltete Jugendzentren, Alternative Ökonomie usw.), wobei die einzelnen Bereiche natürlich selbstverantwortlich und ohne großes Reinreden durch die Geschäftsstelle arbeiten, daß aber durch den „Keilriemen", dem Entscheidungskollektiv – wo wir uns alle 6–8 Wochen aus den unterschiedlichen Bereichen bundesweit treffen – eine gemeinsame Arbeit ermöglicht wird. So ein Modell, das auf Vertrauen aufbaut, natürlich nicht konfliktfrei ist, hat es zumindest ermöglicht, daß es die AG SPAK schon seit 16 Jahren gibt. Eine Mitarbeits- und Entscheidungsstruktur, die dahinter zurückfällt, kann ich nicht befürworten, weil ich ja sonst unehrlich mit meinen bisher gemachten Erfahrungen würde.

In Bayern sind wir dafür, die „Stiftungssäulen" pragmatisch nach den Zuschußtöpfen aufzubauen: „Bildung", „3.-Welt-Solidarität", „Wissenschaft/Stipendien" (wobei der „Provinzbereich" natürlich schon eine nicht-so-pragmatische Lösung wäre). In diesen Bereichen sollte ein Weg gefunden werden, der einmal z.B. Quotierungen für Frauenarbeit sichert, der evtl. die Einrichtung von „Fachbereichen" in diesen „Säulen" vorsieht – aber, es muß ein Weg sein, der uns miteinander **verbindet** und nicht, der uns **trennt**.

Beim Lesen der Ideen von Gisela Vollradt (CONTRASTE Febr. 87), daß Schwerpunkte seitens der Stiftung gesetzt werden sollen ... in den nächsten 10 bzw. 5 Jahren den Schwerpunkt „Frauenarbeit", dann für 5 Jahre „Ökologie/Frieden" usw. ... zu beschwerpunkten, kam mir der schon vor ca. 50 Jahren gemachte Vorschlag vom großen Karl Valentin, wie eine gute Verkehrsplanung aussehen könnte:

Montags die Fuhrwerke
Dienstags die Radfahrer
Mittwochs die Fußgänger
Donnerstag die Feuerwehr...
oder
Januar die Fuhrwerke
Februar die Radfahrer
März die Fußgänger
April die Feuerwehr...
oder
1986 die Fuhrwerke
1987 die Radfahrer
1988 die Fußgänger
1989 die Feuerwehr...

Für die „Nordlichter", Karl Valentin war ein Komiker.

Ich wünsche mir schon eine integrale Sicht und Diskussion von dem, was politische Schwerpunkte sind und in einer grün-nahen Stiftung sein sollen.

3.-Welt Bereich

Innerhalb der 3.-Welt-Internationalismus-Arbeit begannen wir mit ersten Schritten. Personen, die in 3.-Welt-Solidaritätsgruppen engagiert sind, gründeten den „Trägerverein Solidarität mit der 3. Welt". Auch hier war es wichtig, daß Gruppen darin mitmachen können, die als Aktionsgruppen keinen e.V. darstellen – und der „Trägerverein" innerhalb der grün-nahen Stiftung in Bayern die „Interessen" der 3.-Welt-Internationalismus-Arbeit einbringen.

Die Rückmeldungen und Anwesenheit bei einem 3.-Welt-Bayern-Treffen (hinsichtlich der Stiftung) – wozu ca. 300 Gruppen angeschrieben wurden, waren noch gering. Auch hier steht die „grüne Nähe" als Verständnisproblem an. Klar ist, daß z.B. ein „AK 3-Welt der SPD" in diesem Spektrum nichts verloren hat, in anderen Bündnisfragen natürlich. Auch hier ist es wichtig, die Ebenen nicht durcheinanderzubringen. Tendenz auch hier: eher verbinden als trennen.

Deutlich wurde bei diesem Treffen am 31.1.87, daß es unsinnig ist, den „3.-Welt-Bereich" auf die Mittel abzudrängen, die über das BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) für Projekte **in** der „3. Welt" beantragt werden könnten, mit einem geringen Verwaltungskostenanteil.

Klar ist: Wenn überhaupt Gelder über das BMZ beantragt werden sollten, ist es nur gerechtfertigt, zur direkten Projektunterstützung in den „unterentwickelt gehaltenen Ländern" eine entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit bei uns dazu zu machen. Für eine Projektunterstützung müssen klare Kriterien entwickelt werden (einige Vorschläge, s. Kasten).

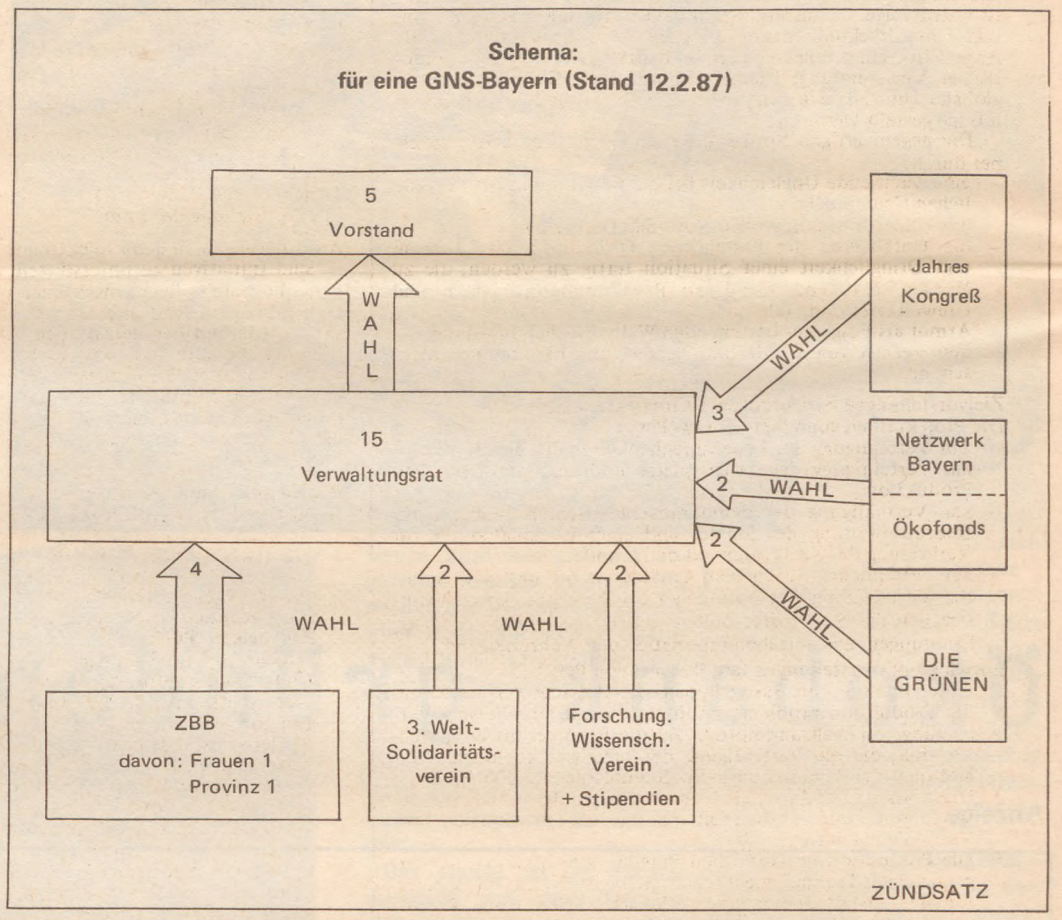
Im „Geld-Text" (Klartext) gesprochen: Für den „3.-Welt-Bereich" muß Geld von den „Globalmitteln' (d.h. für die Arbeit hier) zur Verfügung stehen.

Struktur: Dezentral

Es ist Konsens, daß eine bundesweite grün-nahe Stiftung nur föderativ (ländermäßig) aufgebaut sein darf. Beim „kleinen Parteitag" der Grünen im Februar in Bayern wurde der Entwurf für ein bayerisches Stiftungsmodell, natürlich dezentral aufgebaut, angenommen. Wie alle Schemata, so hinkt auch dieses Modell, es soll die Hauptlinien verdeutlichen:

Oberstes Ziel eines Modells für eine Bayerische Grün-Nahe Stiftung soll sein, arbeitsfähig zu sein, basisdemokratisch und öffentlich...

Schema:
für eine GNS-Bayern (Stand 12.2.87)



Eine solche Stiftung in Bayern soll „eine eigenständige Organisation" grünen Kulturlebens sein. Sie stellt einen weiteren Arm der grünen Bewegung dar... Die Stiftung kann kein Organ des alternativen Wirtschaftslebens sein... Allerdings kann die Stiftung den Ökofond entlasten, so daß er sich mehr auf ökonomische Projekte konzentrieren kann. Auf die Dauer kann das Wirtschaftsleben der grünen Bewegung allerdings nicht darin bestehen, daß es Überschüsse aus dem gutgehenden parlamentarischen Geschäft in die Alternativökonomie hinein umverteilt. Die Ökofonds müssen in Zusammenarbeit mit den Netzwerken Konzepte entwickeln, wie ein eigenständiges Organ alternativen Wirtschaftslebens neben Partei und Stiftung entstehen kann.

Eigenständiges Organ bedeutet faktische – nicht formale und auch nicht scheinbare – (durch von Parteipolitikern beratene Promis) Unabhängigkeit der Stiftung von der Partei. Das bedeutet: Die Stiftung muß eine eigene Basis haben. Diese Basis sind zunächst die vielen grün-nahen Initiativen im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Kultur, aber nicht sie allein. Die „grün-nahe Stiftung" muß versuchen, einerseits diese Initiativen maßgeblich zu beteiligen, andererseits zu verhindern, daß sie Pfründewirtschaft betreiben und neue Initiativen nicht aufkommen lassen...

Eine basisdemokratische Beteiligung der Initiativen ist auf Länderebene viel leichter möglich als auf Bundesebene, wo schon wegen der Fahrtwege nur noch Dachverbandsfunktionäre eine Chance haben. Deshalb wollen wir eine Verlagerung möglichst vieler Kompetenzen an die Länderebene... Speziell... die Verwendung der Globalmittel zerfällt in den Bundesländern auf zwei Bereiche: Den Bereich der laufenden Förderung bestehender Initiativen, den diese weitgehend selbst verwalten sollen, wie den Bereich der auf Antrag vergebenen Förderung, das sind insbesondere Starthilfen für neu entstehende Projekte, die sich später... den Selbstverwaltungszusammenschlüssen der Initiativen anschließen sollen, Großvorhaben (z.B. Hauskauf).

Zu diesem Bereich der Mittelvergabe muß auch gerechnet werden, wenn die grün-nahe Stiftung" selbst von sich aus einen Forschungsbedarf ausweist und Mittel per Ausschreibung vergibt...

Organisatorisch brauchen wir demnach ein **Selbstverwaltungsgremium** der Initiativen, ein **Vergabegremium** für die antragsbezogene Förderung und ein **Organ**, das zukunftsweisend planen und auch von sich aus Initiativen ergreifen kann. Legitimierende Basis

Fortsetzung nächste Seite

Einige Thesen

für eine „grün-alternative" Bildungskonzeption

- Grün-alternative Bildungsarbeit muß an der Betroffenheit der Menschen, als Reflexion über die eigene und gesellschaftliche Situation, ansetzen.
- Grün-alternative Bildungsarbeit muß/soll **utopisch** sein. Als Utopie sollen wir die **Verbindung** verstehen zwischen der **Anklage** gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen etc., die unsere Welt entmenschlichen und der **Vorstellung** der Welt die menschlich macht.
- **Erkenntnisprzesse** können nicht unter hirarchischen Bedingungen ablaufen. Es geht uns doch auch nicht darum, daß wir den Menschen „grüne Inhalte" überstülpen. Wer so grün-alternative Bildungsarbeit versteht (ich weiß, was für die Leute richtig ist), legt weiterhin nur „grüne-alternative Einlagen" in die Menschen ein – mit der damit verbundenen Meinung, daß die „Schüler" (Veranstaltungsteilnehmer, Seminarteilnehmer etc.) zur richtigen Erkenntnis zu führen sind.
- **Aktion und Reflexion, Theorie und Praxis** sollen zusammengehören, die Betroffenen sollen in unserer Bildungsarbeit **aktiv** beteiligt sein und nicht „gebildet" werden.
- Grün-alternative Bildungsarbeit muß gegen die Verwendung der Bildung als ideologisches Unterdrückungsinstrument vorgehen, speziell gehört dazu, gegen die **Mythen** vorzugehen, die dazu dienen sollen, die Welt, so wie sie uns vorgestellt wird, als unabänderlich und „richtig" zu akzeptieren, wie: „In unserem Land haben alle die gleichen Rechte und Chancen" oder: „Männer müssen schützen – Frauen müssen beschützt werden", etc. etc. Uns muß es darum gehen, die Welt zu erkennen und zu verändern.
- Viele Lebenssituationen (z.B. Fragen der Rüstung) scheinen ohne Lösungsmöglichkeit zu sein. Das führt bei vielen zum berühmten „Kopf in den Sand stecken" aber auch bei vielen „grün-alternativen" zu einer vereinfachten (naiven) Sicht gesellschaftlicher Probleme – das ist eine weitere Herausforderung an unsere Bildungsarbeit. Wenn wir die Wirklichkeit immer mehr ausschnittsweise sehen, verlieren wir die Möglichkeit echter Einwirkung.
- Grün-alternative Bildungsarbeit steht sicherlich in dem Spannungsfeld der konkreten Utopie (als Ziel), sowie dem „historisch Möglichen" (was nicht „Realpolitik" heißt). Wir müssen die Freiräume in unserer Gesellschaft erkennen und ausnützen – in unserem Sinne.
- Voraussetzung in unserer Bildungsarbeit muß das Bemühen um einen Dialog sein, um den Widerspruch zwischen „Lehrer" und „Schüler" bzw. „Referent" und „Publikum" zu überwinden. Mit der Verunsicherung seitens vieler Gruppen, die einen „Wissenden" angeblich brauchen, müssen wir umgehen lernen, wobei auch nicht vereinfachend gemeint ist: Referat ist verboten. Es geht um eine grundlegende Haltung im Bildungsprozeß.
- Wir alle müssen verstehen, daß wir aufgrund der entfremdeten Arbeits- und Lebensbedingungen, die uns aufgezwängt werden (was „normal" ist), uns nicht leicht tun, die eigene Unterdrükkungssituation wahrzunehmen und Schritte zur Veränderung zu unternehmen. Freire sagt dazu: „Das Gefühl der Machtlosigkeit ist die tiefste Form der Entfremdung, die unsere Kultur herstellt. Wir glauben uns unfähig, etwas zu ändern." Ein wichtiger Schritt also, den Panzer, den wir uns angelegt haben, bzw. anlegen haben lassen, zu „knacken" und unser Leiden, unsere Unterdrückung wahrzunehmen.

Fortsetzung von Seite 10

sind einerseits die Initiativen, andererseits die Gesamtheit der „Nachfrager", also letztendlich alle Interessierten... Beim vorliegenden Modell wird das **Kuratorium** von der „Nachfrageseite", der **Verwaltungsrat** von der „Anbieterseite" her gestellt...

Da wir eine förderale Vergabe der Bundesstiftungsmittel anstreben, muß die „grünnahe Stiftung in Bayern" so angelegt werden, daß sie auch die Bundesmittel „auffangen" kann... (aus dem Diskussionspapier für eine bayerische grün-nahe Stiftung. M.S.).

Bund/Länder-Kooperation, z.B. im „3.-Welt-Bereich"

Auf **Bundesebene** würde „geprüft" (die Soli-Fond -Struktur wird für „nachahmenswert gehalten) ob und wie das beantragte Projekt in der „3. Welt" was „taugt" – natürlich müssen hierfür Kriterien entwickelt werden. Es wird auch davon ausgegangen, daß es eine „zentrale Geschäftsstelle" geben wird, evtl. gibt es dort **Fachreferate**, dazu werden evtl. **Ländervertreter** beigeordnet. Wichtig ist, daß eine „Projektprüfung" **integral** sein muß. Für mich müßten als Projektkriterien mindestens die des Soli-Fonds, die des Kölner-Aufrufes, die des 3.-Welt-Forums Münchener entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, die im Aktionshandbuch 3. Welt abgedruckten Kriterien Anwendung finden.

Der Länderbezug: Alle Anträge für Projekte in der „3. Welt" gehen in unserem Fall an den „Bayerischen 3.-Welt-Trägerverein" in der Stiftung. Hier wird miteinander geschaut, welche Gruppe das ist, ob es z.B. Einzelpersonen sind, ob und wie zu dem Projekt eine bewußtseinsbildende Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. Zentral auch hier: nicht isoliert... „irgendwie ein Projekt" unterstützen, sondern die unabdingbare Notwendigkeit zur Veränderung der ungerechten Strukturen – speziell auch bei uns – nicht aus den Augen verlieren. Das muß bedeuten, daß wir mit beitragen, hier zu Veränderungen zu kommen, wobei die Informationsarbeit ein Teil ist.

Wo es funktionierende **Länderkoordinationen** gibt (wobei die Nicaragua-Arbeit vielleicht kein gutes Beispiel ist – wir haben z.B. an die Peru-Arbeit gedacht) sind diese unbedingt zu beteiligen, damit es hier kein Nebeneinanderarbeiten gibt.

Auf Bundesebene sollen sich natürlich die Vertreter(innen) der Bundesländer zusammensetzen, um z.B. ein Nebeneinander-Arbeiten zu vermeiden helfen (nicht 3 Diaserien oder Broschüren zum gleichen Thema fördern) und um über bundesweite Aktionen abzustimmen. In dieser bundesweiten Koordination sind natürlich Kampagnen wie „Pharma-Kampagne" etc. einzubeziehen.

„Bildungsinhalte"

Bisher haben wir im ZBB noch keinen „Katalog", was „grün-alternative Bildungsarbeit" ist und sein soll.

Befürchtungen: Bei Festschreibung wird so ein „Kriterienkatalog" schnell zu einer Sense, mit der „ungrüne Triebe" umgemäht werden können. Es würde eine „Plattform" in der, wie der Name schon sagt, ziemlich viele „Plattheiten" drinstehen würden. Es besteht aber auch die Angst, daß deutlich wird, daß in vielen Bildungsinitiativen und -werken eine wirkliche Konzeption fehlt, speziell im Hinblick auf die gesellschaftlichen Perspektiven unserer Bildungsarbeit.

Zu den dringenden Aufgaben, die wir in nächster Zeit lösen müssen, wird auch gehören, uns über unsere pädagogische Praxis und das dahinterstehende Theorie/Gesellschaftskonzept klarer zu werden. Was heißt „etwas Neues" entstehen lassen? Wie soll „eine neue Qualität alternativer Kultur und politischer Opposition" aussehen, wie es im Einladungstext zum zweiten bundesweiten Projekte-Treffen am 14./15.2. in Hannover hinsichtlich einer grünnahen Stiftung heißt?

Heinz Schulze

Kriterien für Projektunterstützung

– nicht nur für die „3. Welt"?

Der Zentralbegriff unserer Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit muß **Befreiung** heißen. Die Forderung nach Befreiung muß gestellt werden, weil das Gegenteil, Unterdrückung und Fremdbestimmung vorherrschend ist. Es gibt (in Anlehnung an Paulo Freires Pädagogik) keine neutrale Dritte-Welt-Arbeit. Entweder hilft sie mit, die bestehenden Zustände zu zementieren oder sie hilft mit, zur Befreiung beizutragen.

Allgemeine Schlagwörter wie „Hilfe zur Selbsthilfe" und „Förderung von Selbsthilfegruppen" können, als wohlgemeinte leere Worthülse, nicht als wirkliche Kriterien gelten.[1]

„Gemeinsam wurde **„Entwicklung"** verstanden als unteilbarer, d.h. Nord und Süd einschließender und herausfordernder Prozeß ökonomischer, sozialer und ethischer Initiativen, der zu einer gerechten, überlebensfähigen und partizipatorischen Gesellschaft führt.

Vor diesem Hintergrund wurde entwicklungsbezogene **Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit** als integraler Bestandteil entwicklungspolitischer Bemühungen überhaupt angesehen... Denn eine Veränderung des Bewußtseins in den Industrieländern wie der BRD ist notwendige Voraussetzung für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung in den Ländern der sogenannten 3. Welt. Angesichts einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, dramatischer Verschuldung, friedensgefährdender Militarisierung und globaler Umweltzerstörung müssen die bestehenden Verhältnisse infrage gestellt werden..."[2]

„Die gegenwärtigen Nord-Süd-Beziehungen" sind gekennzeichnet durch:

- eine wachsende Ungleichheit bei der Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse;
- das Fehlen eines sinnvollen Nord-Süd-Dialogs;
- die Unfähigkeit der bestehenden Ordnungen, mit Ausmaß und Dringlichkeit einer Situation fertig zu werden, die zu Hunger, Not und Elend, zu Bevölkerungsproblemen und Umweltzerstörung führt;
- Armut als Folge der bestehenden Weltwirtschaftsordnung,
- den Verlust von Würde und Leben von Millionen von Menschen.[3]

Zielvorstellungen basisbezogener Entwicklungsarbeit:

Die Projektarbeit muß dienen: (aus Peru)

- Zur Verteidigung der Lebensmöglichkeiten der Bevölerung;
- zur Verteidigung der Arbeitsplätze und einer einheimischen Produktion;
- zur Verteidigung der demokratischen Grundfreiheiten, zur Dezentralisierung des Staates und einer Regionalpolitik zur Verbessung der Strukturen auf dem Lande;
- zur Verteidigung der eigenen Ansätze zur Bildung und Kultur;
- zur Verteidigung der nationalen Souveränität, speziell hinsichtlich der Rohstoffe, Bodenschätze, hinsichtlich der Verhandlungen, z.B. mit dem internationalen Währungsfond.

Entwicklungsvorstellungen (am Beispiel von Peru)

1. Unterstützung von Basisgruppen, die Ansätze verfolgen, um die Produktionsprobleme zu lösen, die auf eine bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln für die Bevölkerung ausgerichtet sind, die die Verteidigung der Lebensmöglichkeiten der Mehrheit der Bevölkerung in Stadt und Land zum Ziel haben...
2. Diese Ansätze sind speziell in den Bereichen: basismedizinische Versorgung und Gesundheitsvorsorge, sowie Aktionen zur Verteidigung der Umwelt...
3. Die Produktion im ländlichen Bereich muß verstärkt mit angemessener Technologie (Terrassenanbau, Netze von kleinen Kanälen anstatt Staudämmen etc.) stattfinden, wobei Bodenerhaltungsmaßnahmen, Wiederaufforstung mit einheimischen Bäumen und Sträuchern beispielsweise wichtig sind...
4. Alle Ansätze sollen dazu dienen, die authentische, basisbezogene soziale Organisierung der Bevölkerung zu stärken...
5. Im industriellen Bereich sind wirtschaftliche und technische Alternativen zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der Gesundheit der Arbeiter zu suchen...
6. Unterstützung und Weiterentwicklung einer eigenen Kultur, ausgehend von den vorhandenen kulturellen Ausdrucksformen...
7. Unterstützung der Selbstorganisation und Selbstverwaltung sowie derjenigen Ansätze von Basisbildungsansätzen, auch als Bestandteile einer konkreten eigenen Identität der Bevölkerung...
8. Unterstützung von Dezentralisation, von regionaler Entwicklung, hin zu demokratischen Strukturen, auch zum schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen...
9. Stärkung der Selbstorganisation der Projekte durch die betroffene Bevölkerung, d.h. es darf den Betroffenen kein Projekt „aufgesetzt" werden – und das geht nur, wenn mit existierenden Basisgruppen, vorhandenen Komitees etc. (wobei die innere demokratische Struktur, die Parteilichkeit für die Unterdrückten usw. wichtig ist) zusammengearbeitet wird....[4]

„ . . Vor dem Beginn jeglicher Projektarbeit ist eine Analyse der aktuellen politischen Lage, die soziale und ökonomische Situation der Region und der Betroffenen – mit den Betroffenen und nicht über sie hinweg – zu machen.

Eine Projektarbeit ist nur dann zu beginnen, wenn die anstehende Arbeit Aussicht bietet, die betroffene Bevölkerung mehr zu einigen und nicht weiter aufzusplittern.

Die Projekte sollen sich nicht isoliert voneinander entwickeln, sie müssen sich gegenseitig unterstützen.

Wichtig ist ein **„integraler" Ansatz**, der die Gesamtheit der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes sieht, und zwar hinsichtlich von drei Hauptströmungen: Produktion, Organisationen der Bevölkerung und die Ideologie-politische Grundströmung der Bevölkerung. „Integrale Entwicklungsarbeit" bedeutet natürlich die große Anstrengung, zu strukturellen Veränderungen hin zum Nutzen und Vorteil der Bevölkerung zu kommen, und nicht Einzelaspekte (Wasser für eine kleine privilegierte Gruppe etc.) zu fördern...[5]

Kriterien für eine entwicklungsbezogene Projektarbeit:

vom „3.-Welt-Forum" für die Unterstützung von Projekten aus Geldern der Stadt München:

„Als Entscheidungsgrundlage für jede Projektunterstützung soll eine Analyse des Landes bzw. der Region vorliegen, um dadurch den sozialen und politischen Hintergrund des Projektes besser erfassen zu können. Bei der Projektbeurteilung ist zu berücksichtigen,

- ob ein Eingriff von außen (sprich Projektunterstützung) nicht lähmend auf die Eigeninitiative der Betroffenen wirken könnte, sondern ob vielmehr eine Beteiligung der Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Interessen angestrebt wird,
- ob nicht durch die Projektarbeit die Stellung privilegierter Gruppen gefördert wird,
- oder ob die Projektarbeit die Emanzipation benachteiligter Gruppen fördert.

Unterstützte Projekte sollen eine entwicklungspolitische Perspektive haben, wobei Entwicklung als Befreiung von Not und Armut verstanden wird. Auswirkungen der Projekte auf die Umwelt sind im voraus in Betracht zu ziehen. Die Projekte sollten auf bestehenden oder angepaßten Technologien aufbauen und die kulturellen, traditionellen und religiösen Gewohnheiten der Bevölkerung berücksichtigen, wobei diese nicht als Vorwand dienen dürfen, Unterdrückung festzuschreiben, speziell hinsichtlich der Stellung der Frau.

Anforderungen an den Projektträger

... sind Initiativen zu unterstützen, die von einheimischen Gruppen (die bereits über einschlägige praktische Erfahrungen verfügen) konzipiert und auch verantwortlich getragen werden. Eine aktive Mitarbeit der Betroffenen bei der Planung und Durchführung der Projekte muß gewährleistet sein. Der Projektträger soll zu den sozialen Bewegungen gehören, die auf die Veränderung bestehender Mißstände und auf autonome Entwicklung der jeweiligen Regionen hinzielen; die Zusammenarbeit mit Gruppen, die die Ausweitung sozialer Gerechtigkeit behindern, muß vermieden werden...[6]

Fragen an uns und Projekte:

- Wer sind die Betroffenen? Zu wessen Gunsten wird das Projekt durchgeführt? Sind die Betroffenen mit den Aktiven im Projekt identisch? Projekte, die von einer grün-nahen Stiftung unterstützt werden, dürfen keine „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" für arbeitslose Intellektuelle (dort und nicht hier) werden, wo diese paternalistisch „etwas" mit den Armen machen. (Anm: Ein heikler Punkt auch, wenn wir hier manche Projekte anschauen, die im Rahmen vom „2. Arbeitsmarkt", „Selbsthilfetöpfen" usw. gefördert werden.)
- Wer ist die inländische Organisation, die das Projekt trägt? Ein fortschrittlicher Name ist noch keine Garantie, wie verhindern wir, daß „Geld-Absahner" Phantom-Projekte „unterbringen wollen? (Das ist ja nichts Neues für Leute, die länger in der 3.-Welt-Arbeit engagiert sind: Wo Licht ist, gibt es Motten.)
- Wie wird mit der Projektunterstützungsarbeit daran gearbeitet, die Ursachen für Abhängigkeit und Unterdrückung hier aufzudecken? Wie stellen die Solidaritätsgruppen hier ihre „Partner" dar? Bei herkömmlichen Organisationen – siehe speziell die „Kinderpatenschaftsmultis" müssen die Menschen der sogenannten „3. Welt" immer ihre Hand bettelnd ausgestreckt hinhalten, sie müssen sich so darstellen, als könnten sie ohne die „Hilfe" der „wohlmeinenden Paten" hier nichts machen. Gruppen, die auch so „werbewirksam" arbeiten und ihre Projekte mit den dahinterstehenden Menschen so „vermarkten", sollten aus einer „grün-nahen Stiftung" nicht unterstützt werden.
- Um einen gegenseitigen Lernprozeß zu ermöglichen, (den wir ja als wichtig finden) ist es wichtig, miteinander Kontakt zu machen. Bedingung hierzu ist, daß ein Vertrauensverhältnis herrscht, um miteinander diskutieren zu können. Wir können sicher wichtige Hilfestellungen leisten, um den Mythos „Fortschritt" zu entschleiern, aber auch unsere positiven Erfahrungen mit Basisarbeit, friedenspolitische und ökologische Erfahrungen, Frauenbewegung usw. können ein „Exportartikel" sein...[7]

Es kann natürlich jetzt nicht Sinn und Zweck dieser Vorschläge sein, die „abzuklopfen", sondern es wird weiter daran zu arbeiten sein, wie daraus Projektkriterien werden können.

1 Aktionshandbuch Dritte Welt – BUKO – 1986 – Diskussionspapier – S. 86 ff.
2 Gemeinsame Erklärung der Teilnehmer der ABP-Aktionsgruppen – (epd-Entwicklungspolitik 3/86)
3 Kölner Aufruf – Gemeinsame Aktion von Städten, Gemeinden und nicht-staatlichen Organisationen für eine Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit – 19.9.1985 –
4 Einige Zielsetzungen zu Entwicklungsansätzen – CIED – Mitgliederversammlung 1985 – Peru
5 Notwendige Überlegungen zu einer integralen Projektarbeit – Informe Especial Nr. 31, Sept. 1984 – Asociacion Nacional de Centros – ANC – Lima, Peru
6 Kriterien für Projekte, die aus Mitteln der Stadt München (Städtesolidaritär) gefördert werden, erstellt vom „3.-Welt-Forum münchener entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" mit dem Direktorium der Stadt München. (Anm: obwohl der Antrag im Stadtrat durchging, haben FDP und CSU Beschwerde eingelegt, jetzt liegt alles bei der Regierung von Oberbayern als Rechtsaufsichtsbehörde.)
7 Aktionshandbuch Dritte Welt – a.a.O.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

„GRÜNE" Töpfe für selbstverwaltete Institute

Red. Kassel **Am Samstag vor der Bundestagswahl '87 luden die GRÜNEN zu Bonn verschiedene Wissenschaftsläden, AGÖF-Institute und andere Forschungsprojekte zu einem Workshop ein. Aufgabe des Workshops war, Anforderungen für eine Mittelvergabe zu alternativen Forschungsvorhaben zu entwickeln. Hintergrund der Diskussion bildete die Einrichtung von (einer) grünnahen Stiftung(en).**

Dem Ruf nach Bonn folgten etwa 30 Projekte, die insbesondere aus dem Spektrum der selbstverwalteten Institute oder GmbHs aus der AGÖF (Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute) kamen. Die Institute regten an, daß die Mittelvergabe (etliche Millionen) durch die bestehenden Vernetzungsorgane (AG der Wissenschaftsläden, AGÖF) gebunden sein sollte. Abgelehnt wurde eine zu starke Anlehnung an die grüne Machtpolitik von Bundesvorstand und Bundesfraktion. Eine Zentrierung, zumal eine parlamentarisch-parteiliche, würde dem Anspruch der Selbstverwaltung in eklatanter Weise widersprechen.

Helmfried Meinel von der Bundes-arbeits-gemeinschaft Forschung & Technologie ist jetzt bestrebt, eine Abschätzung des finanziellen Forschungsbedarfes zu erstellen. Deshalb ist es sinnvoll, wenn die selbstverwalteten Institute/Betriebe ein paar Zeilen über ihren Mittelbedarf schreiben und nach Bonn schicken könnten. Denn als Unterstützung neuer Produktionsweisen und Produkte ist diese Förderung für den Selbstverwaltungsbereich eine praktische Ergänzung zu den sehr begrenzten Kapitalien von Ökobank und Direktkreditvermittlung.

Die Kontaktadresse ist: Fraktion DIE GRÜNEN, BAG Forschung & Technologie, z.Hd. Helmfried Meinel, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Die Kellerkinder bei der Talkshow: Ratlos

oder: Grüne und Selbstverwaltungswirtschaft – ein Dauerdesaster?

Red. Heidelberg *In der Januarausgabe von CONTRASTE berichtete Kurt Regenauer unter dem Titel „Talkshow für die Kellerkinder" über den in's Wasser gefallenen Dialog der Selbstverwaltungsszene mit grünen Bundes- und Landtagspolitikern. Nachfolgend ein Beitrag von Michael Raetsch aus Bonn, der als grünes Parteimitglied dieses Treffen inszenierte:*

Der Dialog fand mal wieder nicht statt. (Fast) alle wurden enttäuscht.

Geplant war eine Doppelveranstaltung: am Abend im Grünen Tagungshaus Wittgenstein Bestandsaufnahme über die Selbstverwaltungszene und Perspektivdiskussion, auch im Hinblick auf die GRÜNEN. Am nächsten Tag – im offiziellen Rahmen der Grünen Bundestagsfraktion – Anhörung von selbstverwalteten Betrieben und „normalen", mittelständischen Betrieben über ökologische Produktion und Demokratisierung im Betrieb.

Zumindest der erste Teil, der Dialog zwischen Grünen und Selbstverwaltungsszene, ging in die Hose. Zunächst schickte eine Nierenkolik den alleinigen Organisator (mich) exakt für die Zeit der Veranstaltung ins Krankenhaus. Dann kamen zu wenig Grüne nach Wittgenstein, diese waren – in den Augen der Szenevertreter/innen – zu wenig kompetent: die Grünen insgesamt zu wenig interessiert, zu wenig aktiv am Thema Selbstverwaltung, lauteten die Vorwürfe.

Ein Blick auf die Grünen und ein Blick auf die Szene tut not: Das Thema Selbstverwaltungswirtschaft ist bei den Grünen **personell und inhaltlich unterrepräsentiert.** Die Grünen sind auf dem Weg zur „normalen Volkspartei" (gar zur neuen, zur eigentlichen „Partei der Mitte"). Das bedeutet: eine Fülle der unterschiedlichen Lebens- und Wirtschaftsinteressen, der verschiedensten Strömungen sind unter ihrem Dach und ihren Programmen zu vereinen. Die Mitarbeit in den Parlamenten, insbesondere im Bundestag, zwingt zur Beschäftigung mit hunderten von Themen, die zum großen Teil von außen, vom Parlamentsbetrieb, von der Presse usw. her aufgezwungen werden, die (zunächst) alle gleichrangig sind; zwingt dazu, schon aus Gründen der eigenen Arbeitskapazität und der finanziellen Möglichkeiten – Prioritäten zu setzen.

Die Prioritätensetzung der Abgeordneten und der Parteien-Aktiven erfolgt natürlich zunächst nach deren eigenen Interessen, Bedürfnissen, nach der eigenen lebensgeschichtlichen Erfahrung und Anbindung und nicht zuletzt: nach Opportunitätsgesichtspunkten.

Nun kommen die Grünen Politiker/innen aus allen möglichen Bewegungen: der Friedens-, der Ökologie-, der Frauen- und sonstigen Bewegung oder aus Einzelinitiativen. Zunehmend kommen sie – parallel zu der Veränderung der Grünen Wählerschaft – auch (wieder) aus eher bürgerlichen, liberalen und auch konservativen Kreisen. Es gibt nur wenige, die lebensgeschichtlich in irgendeiner Weise mit Selbstverwaltung verknüpft sind. Vertreter/innen aus selbstverwalteten Betrieben, aus Projekten, Netzwerken, Kulturinitiativen sind mehr als rar. Die Inhalte werden aber – wie überall – über Personen transportiert. Dazu kommen: die formalisierten Parteistrukturen und der Sog zu einem sogenannten realpolitischen Kurs als neue Kraft der Mitte produzieren bzw. begünstigen einen Typus von Politiker/in, der immer mehr das gerade noch Machbare und Mehrheitsfähige in den Vordergrund stellt und die (radikalen) Langzeitforderungen, die gesellschaftlichen Utopien als „nicht vermittelbar", als „nicht populär" davon abtrennt.

Daß z.B. ökologischer Umbau und Demokratisierung der Wirtschaft notwendigerweise zusammengehören, ist längst (noch) nicht Allgemeingut bei den Grünen. „Autonomie" als Leitziel gesellschaftlicher Reformen auf allen Gebieten ist keine Grüne Selbstverständlichkeit. Die Diskussion neuer Eigentumsformen in der Wirtschaft wird von vielen für zur Zeit inopportun gehalten.

Das Thema Selbstverwaltungswirtschaft wird **von aussen nicht stark genug in die Grünen hineingetragen.** Wieweit nämlich ein Thema von den Grünen Gremien aufgenommen und in politische Programme übernommen und in politische Schritte umgesetzt wird, hängt von mehreren, sich z.T. ausschließenden Prämissen ab: wieweit sich die Vorstellungen mit Grüner Programmatik decken, wie stark die Bewegung draußen ist und – immer mehr –: wieweit sich dies alles kurzfristig auf Wählerstimmen auswirkt. In dieser Situation nützt es überhaupt nichts, die Untätigkeit der Grünen und das Nichteinlösen von Wahlprogrammen zu beklagen und sich ansonsten wie ein enttäuschter Liebhaber in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Den Grünen muß – wie allen anderen Parteien – etwas vorgesetzt und entgegengesetzt werden. Inhaltliche Forderungen müssen an die Grünen gestellt werden, die in deren Programme einfließen und in der parlamentarischen Ebene umgesetzt werden können.

Das Motto muß sein:

Nicht hocken und motzen sondern Rödeln und klotzen!

Und zwar auf zwei Ebenen: noch sind viele **inhaltliche** Fragen ungeklärt – z.B. die derzeitige Dominanz der betriebswirtschaftlichen über die volkswirtschaftliche und die politische Diskussion; was sind die politischen Implikationen der Selbstverwaltung; neue Technologien; Ökologie und Selbstverwaltung; das Verhältnis zu den Gewerkschaften; u.v.a.m.

Noch artikulieren sich die selbstverwalteten Betriebe und all die alternativen Projekte kaum als **politische Kraft**, etwa in Form von Berufs- oder anderen Interessensverbänden o.ä. . Die Organisationsfeindlichkeit, das Mißtrauen gegen jedes Delegieren von Macht, gegen Berufspolitikertum, gegen Parteien- und sonstige Hierarchien führt konsequenterweise zu einer Abseitsstellung im parlamentarisch-korporatistischen Kräftespiel.

Trotzdem: solange sich die Szene nicht aus der alternativen Nische herausbewegt und – statt eigene politische Ansprüche zu formulieren und zu organisieren – nur auf die Grünen starrt und von dort Lösungen erwartet, – solange werden die Treffen zwischen Grünen und Selbstverwaltungsszene so enden wie die im Haus Wittgenstein: mit Enttäuschung und Wut auf beiden Seiten, weil vom Gegenüber nichts kommt.

Ein Versuch auf Seiten der Szene ist die für den Sommer geplante Gründung eines Dachverbandes (Bundesarbeitsgemeinschaft) der Netzwerke.

Es ist zu hoffen, daß in der neuen Bundestagsfraktion der Grünen wieder eine Arbeitsgruppe Selbstverwaltungswirtschaft zusammen kommt – mit besseren Arbeitsbedingungen als in den vergangenen vier Jahren –, die als Ansprech- und Kooperationspartner dienen kann. Der Wille hierfür ist bei einigen Abgeordneten da. Aber es ist noch nicht entschieden, ob – auf dem oben geschilderten Hintergrund – am Ende des Verteilungskampfes um die Fraktions- und Arbeitskreisgelder und um die optimale Ausstattung der individuellen Abgeordnetenbüros überhaupt noch Geld für „Randbereiche" wie die Alternativökonomie da sein wird. Wir werden berichten.

Michael Raetsch, Bonn

Farbe bekennen

INTERVIEW

Wir trafen den Bundesgeschäftsführer der Grünen, Eberhard Walde, beim Buko der AKW-Gegner in Nürnberg und stellten ihm folgende Fragen:

CONTRASTE: Sag doch mal bitte, wie du das mit der „Partei neuen Typs" wirklich siehst; nicht nur von den Personen her, die Ämter und Mandate wahrnehmen, sondern auch von den ganzen Sachzwängen parlamentarischen Wirkens her. Siehst du die Grünen als Selbstverwaltetes Projekt, Eberhard?

Eberhard: Das ist eine schwierige Frage. Eine „Partei neuen Typs" wollen wir sicher sein und in einigen Punkten haben wir ja auch schon erste Erfolge. Wenn ich andie Rolle der Frauen in unserer Partei denke oder an die Möglichkeiten von woanders diffamierten Minderheiten – es ist schon ein breiter Konsens in der Grünen Partei, hier neue Wege zu gehen, und hier bestehen auch schon gewaltige Unterschiede zu den anderen Parteien. Aber ein selbstverwaltetes Projekt ist die Grüne Partei nun mal gerade nicht und ich frage mich auch, ob eine Partei, die nach dem Selbstverständnis eines Großteils ihrer Mitglieder für Bewegungen wie z.B. dieser äußerst selbstbestimmten außerparlamentarischen AKW-Bewegung im Parlament sein will, überhaupt selbstverwaltet sein soll. Zumindest autonome Entfaltung eigener Bedürfnisse – ein klassisches Motiv für Selbstverwaltung – käme nach diesem Selbstverständnis dann ja gar nicht in Frage.

Du führst die Geschäfte einer parlamentarischen Partei – auch der Selbstverwaltungsbereich professionalisiert sich um Entwicklungsaufgaben für Modelle, „anders", d.h. in einem ökologischen, basisdemokratischen und sozialen Sinn, zu arbeiten und zu leben. Ist eine solche Professionalisierung für eine parlamentarische Partei nicht notgedrungen der Weg, sich vom Staat alimentieren zu lassen, um ihm – vielleicht auch als Minister (in) – zu dienen? Ist die Professionalisierung der Grünen nicht die Entwicklung zum grünen Beamten?

Na ja, wenn ich mit diesem Job hier in der Bundesgeschäftsstelle fertig bin, habe ich mir nicht gerade eine Pension verdient, leider. Aber Spaß beiseite: Du solltest nicht übersehen, daß der größte Teil dessen, was diese Grüne Partei ausmacht, ehrenamtlich, d.h. ohne Bezahlung, abläuft. Natürlich haben wir auch eine ganze Menge Leute in Amt und Würde mit Bezahlung und das sind dann oft gerade die, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. Da ist dann bestimmt auch immer ein mehr oder weniger offener „Drang zum Berufspolitikertum" angelegt, aber die grüne Basis hat dem bisher immer noch Grenzen setzen können. Immerhin sind die meisten unserer letzten Bundestagsfraktion entsprechenden Beschlüssen gefolgt und wegrotiert, und ich denke schon, daß unsere Mitglieder auch künftig in der Lage sein werden, die „Platzhirsche" zu erkennen und in die Schranken zu weisen. Außerdem lohnt es sich, die Dinge auch von der anderen Seite aus, vom Mandadierten her zu betrachten. Politik als reines Ehrenamt wäre ja wieder nur was für Privilegierte, die Zeit und Geld haben, sich um Politik zu kümmern. Daher bin ich eigentlich auch froh, daß bei den Grünen z.B. eine alleinerziehende Mutti, die ansonsten zwischen Job und Haushalt ausflippen würde, Politik machen kann, wenn wir oder ein Parlament ausreichende Bezahlung für sie und ihr Kind leisten.

Wenn wie neulich in Nürnberg Großveranstaltungen wie Euer Parteitag zur Zukunft der Grünen entscheidet, tut ihr das immer deutlicher, um Stimmungen und Stimmen zu produzieren. Seht ihr euch dann so, als ob ihr – wie etwa ein selbstverwalteter Betrieb seine Produkte oder Dienstleistungen – Politik vermarktet? Sind das dann wirklich noch Gegenmodelle, Gesellschaftsentwürfe und Umbauvisionen – wer verhindert dann leere Versprechungen und den Weg des geringsten Widerstandes in den Schoß der „Wählerinnen und Wähler"? Wo bleibt „die Alternative", die die Grünen noch im letzten Wahlkampf sein wollten, Eberhard?

Welche denn? Da gab's mal die von Bahro oder die von der Alternativbewegung, aber DIE Alternative schlechthin, die kenne ich nicht und du wohl auch nicht, oder? Es geht doch eher darum, daß die RADIKALITÄT, mit der Fragen nach Alternativen aufgeworfen werden, nicht abstumpft. Das liegt aber nicht allein im Ermessen der Grünen Partei, sondern auch daran, wie Scheinlösungen in ökologischen und sozialen Belangen von den Betroffenen akzeptiert oder verworfen werden und auch

So kennen wir ihn, wenn er als Bundesgeschäftsführer die Parteitage der Grünen eröffnet: Eberhard Walde, 37 Jahre, von Beruf KFZ-Handwerker

daran, was sich im Laufe der Zeit als richtig oder falsch herausstellt. Ich weiß nicht, wie ich in fünf Jahren unsere jetzigen Umbauentwürfe, die wir in Nürnberg verabschiedet haben, beurteile. Ich hoffe nur, daß die Diskussion bis dahin weitergeht, auch außerhalb der Grünen Partei, und daß die Dinge in fünf Jahren vielleicht klarer liegen, als jetzt. Was ganz anderes ist dann wieder der Wahlkampf, der natürlich betrieben wird, um Stimmen zu produzieren. Da geht es dann auch um sowas wie die „politische Großwetterlage", deren Klima stark von Stimmungen abhängt. Wir haben diesmal das erste Mal auch die Hilfe einer Werbeagentur in Anspruch genommen, aber nur, um politische Inhalte verständlicher zu machen, nicht um sie zu verwischen. Ich glaube, das ist uns auch zu weiten Teilen gelungen.

Lieber Eberhard, ich danke dir für das Gespräch

Das Gespräch führte Kurt Regenauer

Der Böll-Fan-Club geht stiften

Zum dritten Arbeitstreffen der Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll Stiftung am 22.2.87 in Köln

Red. Nürnberg „Für diejenigen, die bisher noch nicht unterschrieben haben" war auf der Einladung auch gleich eine Unterstützungserklärung formuliert, so daß sicher viele Gruppen befürchten mußten, für die „Böll-Stiftungsini" vereinnahmt zu werden, wenn sie an der Diskussion teilnahmen. Es kamen trotzdem einige hundert Interessierte, die – wenn auch nicht alle, zu den tags vorher durch die Presse gegeisterten 'Unterstützungsruppen' gehörend – die Auseinandersetzung mit führten.

Tagungsthema: Struktur der geplanten Stiftung.

Vorweg: sicher ist jedem klar, daß es nicht darum geht, seitens der Nachlaßverwalter Bölls ein Denkmal in Form einer Stiftung zu errichten – was dem Herrn Böll durchaus zu gönnen wäre... Nein! Es geht um eine als 'grünnah' anzuerkennende Einrichtung, die die entsprechenden Mittel für den grundgesetzlichen Auftrag der Parteien zur 'Meinungsbildung' staatlicherseits bekommen soll. Der erste Anlauf dazu, vor zwei Jahren, die DEZENTRALE als Vereinigung aller erdenklichen Initiativgruppen, wurde ausgebremst, weil die Grünen erst die Klage gegen die globale Stiftungsfinanzierung abwarten wollten. Nachdem dies letzten Sommer gelaufen ist, wurde der staunenden Öffentlichkeit die Böll-Ini aus prominenten Kreisen vorgestellt. Die Auseinandersetzung geht nun darum, inwieweit vielfältige und dezentral agierende Gruppen in die Verteilung und Entscheidung bezüglich der Stiftungsgelder einbezogen werden.

Ansichten eines Clowns

Gemeint ist hier nicht die Liebesgeschichte mit dem Konfessionsproblem, sondern unser lieber Rainer Langhans, der selbst auf Vorhalt nicht mehr zwischen sozialen Bewegungen und Gruppendynamik differenzieren und deshalb „nur Personen und keine Gruppen" gefördert haben will; am besten mit Leibrente auf Lebzeit, womit Grüne endlich mal ein Stück freien Raum – wenn auch nur für wenige Esoteriker – schaffen könnten. Dr. Murkes gesammeltes Schweigen wäre da eindeutig überlegen gewesen!

Als Alternative kam in der Arbeitsgruppe zur Struktur der Vorschlag, dort wo Gruppen in Bundesverbänden organisiert sind, anknüpfend an diese Voraussetzung, die Entscheidungsgremien zu besetzen seien und in Bezug auf andere Gruppen und Initiativen auf Landeszusammenschlüsse abzustellen sei. Lediglich übergreifende Dinge, wie 3.Welt-Arbeit und z.T. Wissenschaftsförderung, sollten bundesweit entschieden werden.

Das Brot der frühen Jahre... (Dezentrale)

...ist längst gegessen! Michael Vesper, Lucas Beckmann, Otto Schily und wie sie alle heißen, haben sich längst gegen Delegierte aus Initiativen als Entscheidungsträger entschieden und favorisieren das

Persönlichkeitsmodell

Anerkannte integre Persönlichkeiten – wohl auch aus dem Böll-Freundeskreis – sollen Stiftungsgelder, für die die Grünen auf jeden Fall die politische Verantwortung tragen, **verschenken**. Letzterer Begriff kehrte auch bei der Nachmittagsdiskussion immer wieder. In meinen Augen ist die adäquate Reaktion auf Geschenke **Dankbarkeit**. Eine Grüne hingegen brachte die Strukturdebatte auf den Punkt, der dieses Honoratiorenmodell ganz schön in Frage stellt: Was soll eine grünnahe Stiftung denn anderes, als Widerstand organisieren!? Doch Widerstand läßt sich nicht verschenken!

Berichte zur Gesinnungslage ...

Mal ganz ehrlich: Die Verwandten und Freunde von Böll haben einen guten Startschuß geliefert; neben den bereits vorhandenen Möglichkeiten wurde viel Vorarbeit in der öffentlichen Meinung geleistet. Aber noch so viel guter Wille kann keine politische Diskussion ersetzen, oder wie Böll sagte „ersetzbar ist politisches Handeln durch nichts". Es wäre sicher falsch, auf die bestimmt ätzende Auseinandersetzung konkurrierender Gruppen verzichten zu wollen und den schwarzen Peter irgendwelchen „integren Persönlichkeiten" zuzuschieben. Was wir brauchen, ist eine offene und solidarische Vorgehensweise bei der Geldvergabe, die möglichst nicht ausgrenzt – und zwar auch bei der Entscheidungsbefugnis. Das heißt nicht, daß es keine politisch begründeten Schwerpunkte geben soll und nach dem „Gießkannenprinzip" zu verfahren ist. Der Organisationsprozeß muß aufbauen auf gewachsene Strukturen (s. z.B. Bildungswerke in Bayern in dieser Ausgabe) und nicht wie die Gründung einer Kampfkommandatur (s. Böll, Stichworte 1964). Oder: „sagen wir, wenn da ein Gremium der Kontrolle öffentlicher Moral entstände, dann wäre das besser, als wenn das andauernd auf einzelne verlegt wird". (Drei Tage im März, Köln 1975, S. 109).

Arno Huber

Rainer Langhans

vorher, nachher .... und jetzt?

Die Hürden des »anderen Fortschritts«

Verhandlungs-Notizen aus der Provinz

Red. Heidelberg Jahresanfang 1986. Da standen sie nun, die 300.000 DM, von der SPD-Landtagsfraktion in den Haushalt des Wirtschaftsministers hineingestellt, und es ging scheinbar nur noch um ein adäquates Abwicklungsverfahren. Die Anträge der SV-Betriebe und Projekte lagen seit Ende Januar vor, zunächst einzeln aufgeschlüsselt und detailliert belegt, dann wieder gebündelt zu einem kollektiven Antrag, jeweils mit Verweis auf die vergleichbaren Fördermittel für konventionelle Betriebe.

Gerade die späten Erfahrungen mit der saarländischen Ministerialbürokratie lieferte im nachhinein eine zusätzliche Rechtfertigung für den ursprünglich gewählten Ansatz: Entweder ein Förderverfahren, das ein größtmögliches Maß an Unabhängigkeit gewährleistet oder gar keines.

Trotzdem waren für die saarländische Selbstverwaltungsbewegung die Gründung einer Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft (analog dem Kruse-Modell) zu konzipieren und als mittelabwickelnde Förderinstitution vorzuschlagen, primär in der Logik der Sache: die Verbindung von Beratung und Finanzierung, bei letzterem die Koppelung von Eigenkapital und Fremdkapitalbeschaffung, das integrierende Förderverfahren durch inhaltlich verschiedene Fonds, die Entwicklungsperspektiven einer Institution, die in zunehmendem Maße über eigene Finanzierungsquellen verfügt – all das unter einem einheitlichen Dach. Von daher kann eine Dynamik erwartet werden für die Qualifizierung der SV-Betriebe, unter Umständen auch für die Aufdeckung unerschlossener Potentialien in der Region überhaupt.

Aber ach, der Wirtschaftsminister – so erklärt ein mehr oder weniger berufener Vertreter – „will keine Beteiligungsgesellschaft gründen", außerdem sei ja der Haushaltstitel ein Zuschuß- und kein Beteiligungstitel.

Im Herbst schließlich treten die Verhandlungen in ein entscheidendes Stadium. Die Vertreter der saarländischen selbstverwalteten Betriebe legen den GmbH-Vertrag für die Beteiligungsgesellschaft vor, die gesellschafts- und haushaltsrechtlichen Einwände sind nicht durchschlagskräftig genug, daß sie diesen Weg als undurchführbar erweisen könnten, es bleiben allerdings noch eine Reihe offener Fragen, vor allem im Detail.

Die Landesregierung legt ihrerseits den lange angekündigten Entwurf für Förderrichtlinien vor, er hat zahlreiche Schwächen, aber jetzt kann wenigstens konkret diskutiert werden. Nachdem in den vorausgegangenen Runden ziellos und unbefriedigend ordnungspolitische Debatten geführt wurden, war das durchaus ein Fortschritt. Bei den Kriterien, Formalien und Abwicklungsverfahren, nahezu wörtliche Übernahme der Hessenrichtlinien, Modifikationen bei den Einzelbestimmungen der Förderinstrumente:

- Zuschüsse zu Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (prinzipiell richtig, aber unpraktikablere Ausführungsbestimmungen als in Hessen)
- Beratungskostenzuschüsse (angelehnt an die Bundesregelungen, soweit in Ordnung)
- Zinszuschüsse für Investitionskredite sowie Zuschüsse für Forschung und Entwicklung sowie zur ‚Verbesserung der Umweltbedingungen'.

Das ist gut gedacht, zielt aber eine Stufe zu hoch, solange grundlegendere Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Ein über Zinsen begünstigtes Investitionsvorhaben oder ein zuschußfähiges FuE-Projekt sind an personelle, finanzielle, hier insbesondere kapitalmäßige Grundlagen gebunden, die auszubauen der vorrangige Sinn der Förderrichtlinien sein muß. Der Alternativentwurf hatte dementsprechend die konkrete Situation in den Betrieben aufgearbeitet, er ging der Landesregierung Anfang November zu. Die wesentlichen Verbesserungsvorschläge bezogen sich auf

- die Erweiterung der Richtlinien für soziale und kulturelle Projekte („integrativer Modellversuch")
- ein praxisnäheres Verfahren für Qualifizierung und Weiterbildung
- die Verbreiterung der Eigenkapitalbasis durch eine (analog den konventionellen Betrieben) gewährte Existenzgründungsprämie.

Zu dem ebenfalls möglichen Eigenkapital – Hilfeprogramm des Bundes eine landesseitige Entsprechung zu konzipieren, davon wurde aus zeitlichen und abwicklungspolitischen Gründen in diesem Jahr Abstand genommen.

November war es geworden, die Zeit begann knapp zu werden, denn Mittel, die bis Jahresende dem Empfänger nicht bewilligt waren, würden verfallen. Jetzt kam es darauf an, sich rasch auf einen akzeptablen und praktikablen Entwurf zu einigen, erwartet wurde allgemein eine Synthese der beiderseits vorgelegten Entwürfe.

Diese leicht optimistische Grundhaltung war von der vorangegangenen, als entscheidend betrachteten Verhandlungsrunde gefördert worden. Am 23. Oktober war im Sitzungssaal des Wirtschaftsministeriums eine Verhandlungsrunde eröffnet worden, wieder einmal erweitert um höherrangige Beamte, es herrschte eine vergleichsweise entspannte Atmosphäre. „Können Sie uns das erklären?", anstelle des früheren Konfrontationskurses. Nebenbei vorgelegt wurde auch ein als machbar erklärter Alternativentwurf zur alternativen Beteiligungs-GmbH.

Anfang Oktober war H. U. Klose ins Saarland gekommen und hatte bei seinem Genossen Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann einige Einsichten ausgelöst, deren Signalisierung gegenüber der Ministerialbürokratie wiederum für deren beinahe kooperative Einstellung ursächlich zu sein schien. In der Mitte der Sitzung trat dann auch der Minister selber auf den Plan: „Ich will, daß die Gelder ausgegeben werden können, ja das will ich."

Der jetzt ausgehandelte Kompromiß wurde von ihm zugleich fürs Protokoll diktiert

- kurzfristige Änderungen in den vorgelegten Richtlinien,
- im nächsten Jahr solle aufgrund der vorliegenden ersten Erfahrungen über weitere Möglichkeiten der Förderung, ‚ähnlich einer Beteiligungsgesellschaft' die Diskussion fortgesetzt werden.
- Die Realisierbarkeit einer Kreditgarantiegemeinschaft mit Anschluß an die Haftungsassoziation wird umgehend untersucht.

In den auf die Sitzung folgenden Wochen machte sich die Bürokratie ans Werk, die Richtlinien wurden überarbeitet, Anfang Dezember liegt eine entscheidungsreife Kabinettsvorlage vor, sie wird sogleich zur Geheimsache erklärt, mit den Betroffenen also nicht mehr abgestimmt. Die vorher gelaufenen Verhandlungsrunden werden dadurch zum bloßen Meinungsaustausch degradiert. In zwei Minuten läuft die Angelegenheit durchs Kabinett, Krisenmanagement war gerade wieder angesagt.

Was da verabschiedet wurde, löst bei einigen Betroffenen Entsetzen aus, andere hatten nie mit etwas anderem gerechnet. Die verabschiedeten Richtlinien bleiben noch hinter dem eigenen, vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Entwurf zurück. Sie benachteiligen die selbstverwalteten Betriebe, weil Zuschußmittel, die konventionelle Betriebe bekommen, hier ausgeklammert werden (also keine Gleichstellung). Den besonderen Bedingungen und Zielsetzungen der Alternativökonomie wird allenfalls in Nebensätzen Rechnung getragen (also keine Modellförderung). Ebensowenig modellhaft ist das Vergabeverfahren, es verbleibt in den bekannt bürokratischen Bahnen. Der Clou des Ganzen aber, deutlicher konnte die Schizophrenie nicht zutage treten: selbst noch **innerhalb** der Richtlinien müssen die SV-Betriebe sich als benachteiligt empfinden. Darin taucht jetzt ein „Ökozentrum" mit alternativen Landbau auf, für das ein relativ

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

unspezifischer Investitionszuschuß ausgewiesen wird.

Den übrigen Betrieben werden allenfalls Investitionszinszuschüsse angeboten. Was es mit diesem Ökozentrum auf sich hat, insbesondere, was es mit Selbstverwaltung zu tun hat, darüber weiß von den Betrieben niemand näheres. Es wurde ja auch maßgeblich im Ministerium konzipiert und von dieser Seite in die Richtlinien hineingeschrieben.

Mitte Dezember dann die letzten beiden Akte: am 12. Dezember lehnen die Vertreter der SV-Betriebe, nach vorangegangener ausführlicher Diskussion in den Projekten, die Richtlinien ab und erklären, daß sie unter diesen Bedingungen lieber auf die Mittel verzichten.

Der letzte Akt findet dann ohne sie statt. Eine Woche später vergibt der Vergabeausschuß tatsächlich 4/5 der Mittel: an das bewußte Ökozentrum, wenigstens der Wirtschaftsminister hatte sein Ziel erreicht, die Mittel waren raus, in letzter Minute sozusagen.

Der Wirtschaftsminister, man konnte es ihm ansehen, war dennoch enttäuscht. Was aber sein Pressesprecher unterstellt hatte, die saarl. Selbstverwalter säßen „im Schmollwinkel", war Unsinn. Eher war jetzt ein Gefühl der Erleichterung festzustellen und ein Bedürfnis, sich im Sessel zurückzulehnen und das Erreichte und Erlebte revue-passieren zu lassen: die erkämpfte Öffentlichkeit der Verhandlungen, das ressortübergreifende Element des Modellversuchs, die dokumentierten Förderabsichten und die Lernerfahrung über Bürokratie und Politik, besonders über deren interne Zusammenhänge.

Gewiß, die Ziele waren für dieses Jahr hochgesteckt gewesen angesichts derart manifester Widerstände. Zu präzisieren und zu verdeutlichen wären auch noch die Unterschiede **und** der spezifische Zusammenhang zwischen Modellförderung einerseits und der Forderung nach Gleichstellung andererseits. Doch das ist es nicht allein.

Vielleicht erklärt es einen Teil der saarländischen Strukturprobleme, daß man hier stärker als anderswo fixiert ist auf das Verwalten des Bestehenden und allem, was unkonventionell daherkommt mit äußerster Reserviertheit gegenübertritt. Innovationen, kooperatives Management, Verfahrensreformen, ja das sind hier Fremd-Worte. Halt findet sich da eher bei der bewährten Regel: erstens haben wir das immer so gemacht, zweitens, wo kämen wir denn da hin, drittens, und überhaupt!!

Ständig, auch noch in diesen Tagen, vertritt der Ministerpräsident auf Versammlungen und in Fernsehdiskussionen den ‚Standpunkt der Freiheit' gerade im Wirtschaftsleben: die ‚Selbstbestimmung des Arbeitenden im Arbeitsprozeß', das daraus zu beziehende ‚gesellschaftliche und ökologische' Verantwortungsbewußtsein und nennt die ‚extreme Arbeitsteilung' und ‚Privatbesitz an Natur und Arbeitsmitteln', die genau das verhindern.

Das sind Einsichten, die eigentlich politisch praktische Konsequenzen zeigen müßten.

Sicher, die Arbeitslosigkeit im Saarland liegt weit über dem Bundesdurchschnitt und hat, bedingt durch die Krise der Montanindustrie, steigende Tendez. Trotzdem, der ‚Andere Fortschritt' besteht nicht in der Schaffung und der Erhaltung von Arbeitsplätzen als solchen. Die guten Worte zu transformieren in die rauhe Wirklichkeit erforderte mühsame Arbeit im Detail, Auseinandersetzungen mit der eigenen Bürokratie und ihre ständige Kontrolle.

Vom „Spiegel" gerne als der ‚Hoffnungsträger' der linksfortschrittlichen Kräfte bezeichnet, hat Lafontaine als Regierungschef seiner-Verwaltung-die-Richtung-weisende Entscheidungen, gesellschaftspolitisch fortschrittliche Ansätze wenigstens nicht zu verhindern, bisher missen lassen. Konkrete Modelle und Experimente, die die hierzu notwendigen Erfahrungen liefern könnten – und die ganz ohne Konflikte mit den herrschenden Interessen nicht zu haben sind – : besonders an diesem Punkt wird die Frage der Reformwilligkeit und -fähigkeit in den verbleibenden drei Jahren bis zur Wahl beantwortet werden.

Diskutieren läßt sich natürlich immer, verhandeln kann nur dann sinnvoll sein, wenn von politischer Seite der Rahmen für qualitative Veränderungen gesteckt wird.

Ein weiterhin waches und kritisches Bewußtsein gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen und ernsthafte Absichten, diese politisch zu reformieren, soll den ‚Verantwortlichen' unter den hiesigen Politikern zugute gehalten werden. Erfahrungsgemäß hat in der Geschichte der Andere Fortschritt sein Flußbett verändert, wenn die vorgefundenen Verhältnisse sich allzu träge herausgestellt hatten.

Werner
Zukunftswerkstatt Saarbrücken

Staatsknete auch in Schleswig-Holstein?

Red. Berlin Vor der Landtagswahl am 13. September laufen die Bemühungen der Parteien auf Hochtouren, Wählergruppen einzufangen. Dabei wird auch die alternative Szene in Betracht gezogen. Das Lockmittel heißt „Staatsknete".

Die Netzwerk-Position

Trotz aller schlechten Erfahrungen aus den anderen Bundesländern wollen Netzwerk und Projekte den Versuch machen, eine bessere Lösung in Schleswig-Holstein durchzusetzen. In Hamburg und im Saarland wurden trotz langer Verhandlungen im Endeffekt einsame Beschlüsse der Regierungen gefaßt, die Abwicklung aller bestehenden Programme findet ohne maßgeblichen Einfluß von Projekten und Netzwerken statt. In Schleswig-Holstein sollen die Parteien ihre Haltung vor der Wahl festlegen; es wird sich zeigen, was dann davon zu halten ist.

Grundsätzlich bestehen keine Bedenken, Staatsknete zu fordern. Der Selbstverwaltungssektor ist schon allein aufgrund seiner Strukturen von Anfang an benachteiligt worden. Von daher ist eine Gleichberechtigung und Gleichstellung eine Notwendigkeit. Um dem besonderen Charakter der Selbstverwaltung gerecht zu werden, bedeutet das aber ein eigenständiges Förderprogramm, nicht nur das Reden über gleichberechtigte Aufnahme in bestehende Wirtschaftsförderungsprogramme. Allerdings muß man sich der eventuell entstehenden Probleme bewußt sein, vom „Einkauf der Bewegung" bis zur Spaltung durch Konkurrenz um knappe Töpfe.

Grundlagen

Netzwerk hat die Grundlagen für seine Forderungen in mehreren Jahren erarbeitet. Da die Zusammenarbeit und auch das Wissen voneinander in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein wesentlich geringer ist als in den Großstädten, wurde nach der Netzwerk-Gründung erst einmal mit einer landesweiten Bestandsaufnahme von Projekten und Betrieben begonnen, die in die Herausgabe eines alternativen Adreßbuchs (Statt- und Landbuch Schleswig-Holstein) mündete. Als nächster Schritt wurde eine Untersuchung durchgeführt, die die spezielle Lage und die Probleme der Projekte in Schleswig-Holstein herausarbeitete. So gibt es hier z.B. einen großen Anteil von biologisch arbeitenden Bauernhöfen, aber nur sehr wenige Betriebe im Handwerks- und Produktionsbereich. Als Probleme stellten sich heraus: Unterkapitalisierung aufgrund geringer Eigenmittel und kaum möglichem Zugang zu konventioneller Kapitalbeschaffung über Banken oder öffentliche Förderprogramme; mangelnde Qualifikation, die zu lasten des Projekts im laufenden Betrieb verbessert werden muß; kaum vorhandene kompetente Beratung mit Verständnis für spezielle Probleme der selbstverwalteten Betriebe; Rechtsformprobleme und natürlich die generellen Vorurteile von Behörden und Institutionen gegenüber neuen Formen von Leben und Arbeiten.

Forderungen des Netzwerks

Nach den halbherzigen Ansätzen in den anderen Bundesländern fordert das Netzwerk für Schleswig-Holstein ein umfassendes und autonom abzuwickelndes Programm. Aus dem Kapitalbedarf der bestehenden Projekte und den zunehmenden Neugründungen ergibt sich ein Programmumfang von 15 Millionen jährlich. Gefördert werden sollen damit sowohl Ansätze im gewerblichen wie sozialen und kulturellen Bereich. Die Förderformen sollen reichen von Bürgschaften und Beteiligungen über Zuschüsse bis zu Fort- und Ausbildungsfinanzierung. Abgewickelt werden soll das Programm über eine von Projekten und Netzwerken getragene Gesellschaft, um die Hemminisse von inkompetenten Ministerialbürokraten auszuschalten. Um der Struktur des Flächenlandes gerecht zu werden, soll die Gesellschaft unterstützt werden von regionalen Kontaktstellen, die sowohl die Projekte beraten wie auch ihre Interessen gegenüber Behörden und Institutionen vertreten, die Fortbildung organisieren oder durchführen, die Öffentlichkeitsarbeit machen und Stellungnahmen zu Anträgen abgeben.

Einschätzung

Nach der derzeitigen Lage wird die Wahl in Schleswig-Holstein sehr knapp ausgehen; von den Gewinnern wird auch die Ausgestaltung eines Förderprogramms für den Alternativbereich abhängen. Sollte es dann eine CDU/FDP-Regierung geben, wird wohl eine Art Fink-Topf nach Berliner Muster herauskommen. Sollte es eine rot-grüne Mehrheit geben, bestehen gute Chancen auf ein Förderprogramm, das mehr Qualität hat als die bisher laufenden. Voraussetzung ist allerdings, daß die Differenzen in anderen Fragen wie z.B. der Kernenergie nicht unüberbrückbar werden und Hamburger Verhältnisse einkehren.

Zur Zeit befinden sich die Parteien noch in der Anhörungsphase, bald sollen jedoch die Wahlprogramme erstellt werden. Dann müssen klare Positionen bezogen werden und die Absichten werden erkennbar sein.

Auf die Fortsetzung darf man gespannt sein...

Lothar Deseke – Netzwerk Holstein und Schleswig e.V.

Gemeinsam einsam?

Netzwerk beteiligt sich am Vergabeausschuß der Lawaetz-Stiftung

Red. Heidelberg **Mitte Februar trafen sich Szene-Aktivisten zu einer mit Spannung erwarteten und gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung im Hamburger Netzwerk. Einziger Tagesordnungspunkt war die Frage, ob Netzwerk in den Arbeitsausschuß der Lawaetz-Stiftung Vertreter entsenden und so an der Umsetzung des Förderprogramms für selbstverwaltete Betriebe mit wirken soll. Mit 2/3 Mehrheit wurde dies befürwortet.**

CONTRASTE - Leser(innen) werden sich verwundert die Augen reiben: Netzwerk und der AK Senatsknete haben die Lawaetz-Stiftung bislang erbittert bekämpft und wirken nun bei der Staatsknete-Vergabe mit? Sinneswandel? Positionsverfall? Netzwerk als Akzeptanzbeschaffer staatlicher Einflußnahme? Ist der „größte sozialdemokratische Witz der gesamten Staatsknetegeschichte" inzwischen szenefähig geworden?

Wie es zu dieser Entwicklung kam

Nach der Podiumsdiskussion im Oktober 1986, auf der die Positionen zwischen Netzwerk und Senator unvereinbar aufeinandergeprallt waren, hatte sich erstmal nichts bewegt. Beide Seiten warteten ab. Projekten, die nach der beantragten Staatsknete fragten, wurde beschieden, Netzwerk blockiere die Vergabe. (Wenn das möglich gewesen wäre, wäre die Zahl der Streitpunkte geringer gewesen.)

Drei Forderungen hatte Netzwerk auf der Podiumsdiskussion an den Senator gestellt (vgl. CONTRASTE Dez. 1986):

1. Substantielles Entscheidungsrecht bei der Vergabe (der Arbeitsausschuß ist zwar paritätisch besetzt, kann aber nur Empfehlungen geben).
2. Keine Konkurrenz zu Stattbau Hamburg
3. Die Projekte müssen das Recht auf freie Beraterwahl haben.

Im Januar 1987 begannen erneut Gespräche zwischen Netzwerk und der Lawaetz-Stiftung über eine Einigungslinie. Grundlage der Gespräche waren wieder die drei Forderungen. Schließlich einigte man sich auf eine politische Grundsatzerklärung, in der die Stiftung erklärt:

1. Die Entscheidung der Wohngruppen bei der Wahl eines Baubetreuers/Sanierungsträgers wird akzeptiert und unterstützt.
2. Allen Antragsstellern wird ein Recht auf Behandlung ihres Antrages im paritätisch besetzten Arbeitsausschuß zugestanden (damit Anträge nicht im Vorwege abgeschmettert werden).
3. Berater mit fachlicher Professionalität oder/und praktisch ausgewiesener Qualifikation sind frei wählbar.

Da das Letztentscheidungsrecht aus rechtlichen Gründen noch immer bei der Arbeits- und Sozialbehörde liegt, wurde ein Gespräch mit dem Senator geführt, dessen Ergebnis in einem Brief an Netzwerk niedergelegt ist. Darin formuliert Ehlers als gemeinsames Ziel beider Seiten bei der Vergabe, die Sinnhaftigkeit und Legitimation des Förderansatzes durch schnelles Handeln zu belegen und den vorhandenen Sachverstand zur Grundlage der Entscheidungen zu machen. Er betont, „daß die Mitarbeit von 'Netzwerk' nicht nur ausdrücklich erwünscht ist, sondern geradezu eine Erfolgsvoraussetzung des Konzepts darstellt... Ich gehe davon aus, daß für den Fall, daß die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales sich nicht an das Votum des Arbeitsausschusses hält, diese Geschäftsgrundlage verletzt wäre." Eine vorsorgliche Konfliktregelung lehnt er allerdings ausdrücklich ab mit dem Argument, dies würde Konflikte wahrscheinlicher machen und sei ohnehin ohne Bindungswirkung.

Mit diesem Ergebnis (Grundsatzerklärung und Ehlers-Brief) schien nun den Verhandlungspartnern auf Netzwerk-Seite alles menschenmögliche getan, so daß nun die Mitgliederversammlung entscheiden sollte.

Pro und Contra

Die Diskussion auf der MV war kontrovers. Zu Beginn legten Vertreter des „Verbands sozialpolitischer Erwerbsbetriebe" (ein Zusammenschluß von Ausbildungsinitiativen) nochmals ihre Gründe dar, weshalb sie selbst eine Mitwirkung im Arbeitsausschuß abgelehnt hatten:

- Die Summe ist zu gering. Der Verband will sich daher nicht an der Mängelverwaltung beteiligen.
- Die Lawaetz-Stiftung ist ein staatsnaher Träger. Eine Beteiligung diene der Akzeptanzbeschaffung für die Stiftung.
- Die Verbandsprojekte fordern als Grundfinanzierung Zuschüsse und nicht Darlehen zur Eigentragsfähigkeit.
- Die Fördermittel seien nach Meinung des Verbands ursprünglich ausschließlich für auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen vorgesehen gewesen und nicht für ökonomische Projekte.

Darüber hinaus warnte der Verband, er würde eine positive Entscheidung von Netzwerk als Aufkündigung der bisherigen politischen Solidarität werten. Solidarisches Verhalten hieße, sich **nicht** zu beteiligen.

Stattbau meinte, sie fürchteten eine Konkurrenz der Lawaetz-Stiftung nicht, solange sie fair sei und nicht unter der Gürtellinie. Stattbau habe keinen Alleinvertretungsanspruch für alle Wohnprojekte. Ein Mitglied von **BiS** (Betriebe in Selbstverwaltung) erklärte, viele BiS-Betriebe würwürden ihr Verhalten von der Netzwerk-Entscheidung abhängig machen. Wenn Netzwerk in den Arbeitsausschuß geht, wäre das aus seiner Sicht eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Lawaetz-Stiftung.

Die Gegner der Mitwirkung forderten in der Diskussion, Netzwerk solle sich nicht so billig verkaufen. Die ursprüngliche Forderung sei schließlich eine integrierte Förderung gewesen, während das jetzige Förderprogramm zu sehr auf ökonomische Projekte zugeschnitten sei. Netzwerk werde benötigt als Akzeptanz-Beschaffer und habe im Arbeitsausschuß lediglich Alibi-Funktion. Der Schaden durch ein Zerwürfnis mit dem Verband sei zu groß.

Die Pro-Position vertrat die Auffassung, die Tatsache, daß es sich den Förderrichtlinien zufolge explizit um ein Programm zur Förderung von selbstverwalteten Betrieben und nicht von ominösen örtlichen Beschäftigungsinitiativen handele, sei eine positive Voraussetzung, um Einfluß zu nehmen. Netzwerk habe ein Förderprogramm für selbstverwaltete Betriebe gefordert und bekommen. Keiner habe ernsthaft geglaubt, alle Forderungen würden erfüllt werden. Entscheidend sei es, zu einer positiven Förder**praxis** zu gelangen. Die Antwort auf die Frage nach der Realisierbarkeit dieses Ziels unter den gegebenen Bedindungen blieb leider Glaubenssache – auf beiden Seiten.

Die drei Forderungen wurden anhand von für akzeptabel gehaltenen Minimal- und Maximalergebnissen überprüft, die Netzwerk **vor** den Verhandlungen auf einem Arbeitswochenende erarbeitet hatte; sie wurden mit großer Mehrheit als erfüllt angesehen. Lediglich an dem Brief des Senators entzündete sich wieder eine längere Debatte, die zeigte, daß das Unbehagen geblieben war. Ehlers verspricht darin nichts, er beschreibt nur, was auch vorher schon klar war.

Die Praxis muß nun zeigen, ob Netzwerk sich mißbrauchen läßt oder ob es wirklich zu einer positiven Gestaltung der vorhandenen Spielräume beitragen kann. Eine Liebesheirat ist diese Kooperation nicht. Die Lawaetz-Stiftung wird immer noch als Fremdkörper empfunden.

Michael Wörle

Stellensuche

Studiere VWL und möchte trotzdem was lernen. Welcher Betrieb, Steuerberater etc. hat im Raum von Heilbronn über Heidelberg bis Mannheim Verwendung? (Praktikum, Aushilfe, Teilzeitjob usw.). Rolf Schmidt, Rathausstr. 12, 6927 Grombach.
Tel. (07266) 24 66

Suche tätige und finanzielle Beteiligung an Kultur-, Kneipen-, Tagungsprojekt mit längerfristiger Perspektive. Bin ortsungebunden, 29 Jahre alt und habe Erfahrung in offener Jugendarbeit.
Wolf Berger, Hauptstr. 45
7141 Steinheim
Tel. (07144) 2 39 56

Gibt's denn nirgendwo in der BRD eine selbstverwaltete Schreinerei, die zum Herbst '87 einen Lehrling ausbilden will? K. Danzer, Hufelandstr. 33, 8500 Nürnberg 90

Afrikanischer Bauingenieur sucht Einstieg in Außenhandel oder Buchhandlung oder Ingenieurbetrieb. Stelle wird vom Arbeitsamt gefördert.
Tel. (040) 47 57 62 (Smith)

Schriftsetzer (Fotosatz) sucht Stelle, gerne Betrieb in Selbstverwaltung.
Kurt Heilmann, Burckhardtstr. 5, 7000 Stuttgart 50
Tel. (0711) 55 84 91

Welche/s **Filmwerkstatt/Videoprojekt** s. noch engagierte streßgeprobte Verstärkung? Verknüpfung v. kollektiven Arbeitsstrukturen m. e. guten Schuß Professionalität sind wünschenswert. 1,5 Jahre Erfahrung an U-matic-Schnittplatz vorhanden. Michael Buckert, Kölnische Str. 76, 3500 Kassel, Tel. (0561) 1 31 81 (ab 18 Uhr). Rufe zurück.

Stellenmarkt

Jobs

ArGe-Bethanien sucht Tischlerin mit Berufserfahrung ab Sommer oder später.
ArGe Bethanien, Oranienstr. 25, 1000 Berlin 36, Tel. (030) 651012

Kollektivdruckerei (15 Leute) sucht für baldmöglichst qualifizierte/n Offsetdrucker/in mit längerer Perspektive. Erfahrung an umsteuerbaren Zweifarbenmaschinen wäre von Vorteil.
Bundschuh Druckerei & Verlag GmbH, Habsburger Str. 9, 7800 Freiburg.
Tel. (0761) 5 35 56; Stefan oder Patrik verlangen.

Steuerfachfrau/-mann als Einsteiger/in von selbstverwalteten Büro (StBv) in Wuppertal gesucht;
Tel. (0202) 493 60 03

Wir suchen dringend für ein größeres Projekt noch Handwerker/innen in Holz/Metallbau
Tagungshaus Villa Kunterbunt
Bahnhofstr. 2
5431 Bilkheim
Tel. (06435) 65 76

Wir suchen eine Schlosserin (am liebsten) oder eine Frau mit handwerklicher Erfahrung und Interesse am selbstverwalteten Betrieb, die längerfristig bei uns einsteigen will.
Karamba, Schlosserinnenkollektiv
Fichtestr. 32, 1000 Berlin 61
Tel. (030) 693 07 32

Biotopia e.V.
Freier Lehrgangsträger mit außerbetrieblichen Ausbildungsprojekten im ökologischen Anbau sucht erfahrene/n
Gärtnermeister/in
als Leiter/in eines Ausbildungsprojektes im biologischen Gartenbau.
Wir bieten eine selbstbestimmte und selbstverantwortliche Tätigkeit in einem sozialinnovatorischen Projekt. Teamgeist und Vergütung nach Tarif.
Bewerbungen bitte an:
Peter Kurz, Richard-Wagner-Str. 28, 6800 Mannheim 1.

Jurist/in mit Kenntnis in Arbeits-, Sozial- und Tarifrecht und Betriebswirt/in mit Kenntnis im Personalwesen und Arbeitsorganisation gesucht. Projektziel: Beratungsteam für Arbeitszeitorganisation und Personalplanung. Kontakt: Tom Kionka, Schulstr. 6, 8714 Wiesentheid.

Selbstverwalteter Betrieb sucht Maurermeister/in u. Maurer/in. Wir bieten nicht die dicke Kohle, dafür selbstbestimmtes Arbeiten bei gutem Arbeitsklima.
ELA-Bau GmbH, Postfach 12 02
6702 Bad Dürkheim
Tel. (06322) 28 25

Leserbrief

Betr.: CONTRASTE-Schwerpunkt Februar '87

Ich lebe als Asylant schon einige Jahre in der BRD und seitdem ich deutsch gelernt habe, lese ich mit größtem Interesse kritische Artikel über die BRD. Mein eigenes Herkunftland möchte ich nicht verraten, weil dann würde dieser Brief sofort im Papierkorb landen.

Gegen den Artikel „Sozialtechnologie" (Feb. '87) ist, wenn man (warum eigentlich schreibt der Autor an dieser Stelle Sprachkunsstücke wie „man/frau" — macht es ihm keinen Spaß mehr, sich mit einem Mann zu identifizieren?) ihn liest, eigentlich nichts einzuwenden. Erst später, wenn man nachdenkt.

Ihr habt eine zutreffende Analyse aller, zumindest vieler, Negativseiten des Lebens in der BRD beschrieben. So viel Traurigkeit würde man weder in Kamputchea noch in Äthiopien finden. Arbeitslosigkeit, Knast, Psychiatrie, Altersheime und sogar Wohnungen — Särge für Lebende — wurden verdammt. Der Leser kann eigentlich nichts verneinen und müßte aus der BRD sofort flüchten — wenn er keine eigenen, andere, als die des Autors, Werte und Beurteilungsvermögen hätte.

Die dunklen Seiten, die Sie, Gerhard Kern, so gerne beschreiben, sind alle nichts anderes als der Preis für deutsche Erfolge: deutsche Medizin, die ihnen die Zähne plombiert, deutsche Universitäten, wo sie (ich schätze nach ihrem Artikel) studiert haben, deutsche Lebensmittel, die hier für niemanden knapp sind, deutsche Bibliotheken, wo jeder Fachzeitschriften aus aller Welt lesen kann, deutsche Telefone, die jeder billig oder gar umsonst haben kann. Für Sie — sind das alles Selbstverständlichkeiten — für mich nicht!

Jetzt werden Sie wahrscheinlich sagen, daß der Preis — die Arbeitslosen, die Geisteskranken, die Inhaftierten, die Alten — und ihr Schicksal vielleicht doch zu hoch war?

Dies kann natürlich jeder für sich selbst beantworten — und entsprechend seiner Antwort auch handeln! Jeder hat hier die Freiheit, auf Teile des Wohlstandes zu verzichten und mit der gewonnenen Zeit sein Leben anders, als die Mehrheit, zu gestalten. Sie können hier Banken, Radios, Zeitungen, Farmen, Buchläden gründen — das garantiert Ihnen das Grundgesetz. In CONTRASTE können Sie hier genug Beispiele finden.

Was Ihnen und ähnlich denkenden hier in Deutschland fehlt, sind nicht die Leistungen seitens des Staates, sondern die Ideale, die dem Leben den Geschmack geben.

Darf ich Ihnen hier einige Vorschläge machen? Bitte sehr: japanische Herausforderung, Wiedervereinigung Deutschlands, Krebsforschung, Charter-Flüge innerhalb Deutschlands oder nicht zuletzt die Reform von Knast und Psychiatrie.

Sie werden wahrscheinlich meine Vorschläge ablehnen und ihre Negativbilder weiter kultivieren. Das macht jeder, für den die Veränderungen der letzten Jahrzehnte zu schnell waren. Und sie waren, sie sind verdammt schnell. Und wenn Sie nichts nachholen wollen, werden wir, die dummen Knechte des Systems, vieles von Ihrer gesellschaftlichen Kritik akzeptieren und zur Verbesserung dieses Systems übernehmen. Man braucht wirklich keine Isolation in den Gefängissen.

In diesem Sinne — für Ihren Artikel vielen Dank
Joe Wisniewski

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald e.G.
Niederurseler Str. 7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Kleinanzeigen

Osterworkcamps im In- und Ausland bietet der Service Civil International (SCI) an: Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, 3.-Welt-Projekten. Mindestalter 16 (Inland) bzw. 18 (Ausland). Sinnvoller Urlaub mit internationalen Kontakten! Informationen beim SCI, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 21 20 86.

Kombinierte Dickte und Abricht Hobelmaschine zu verkaufen. 600 mm Hobelbreite, Fabr. Kölle.
Tel. (06722) 82 94 ab 18 bis 22 Uhr.

Wir ziehen um!
Ab 10. März in Düsseldorf, Vennhauser Allee 245. Neue Telefon-Nr. (0211) 22 70 11
Mit ganz lieben Grüßen — Gisela, Alfred, Klaus und Andreas.
Kollektive Versicherungsagentur

Achtung, Leute! Alle mal herlesen!!!

Wir haben Bahnbrechendes vor! Dies ist **kein** Seminarprogramm! Hier wird keine Bildung verkauft. Hier gibt's nix zu gewinnen — höchstens zu verlieren! Alles was wir brauchen: Euer Engagement, alles was Ihr braucht: Euern persönlichen Einsatz.
In unserm Tagungshaus im Westerwald sollen ab sofort „Arbeitswochenenden" stattfinden, die von den Teilnehmern — also Euch — selbst nach Lust und Laune wiederholt/fortgesetzt/verlängert werden können. Wir wollen dabei Abschied nehmen von den altbekannten Volshochschulthemen (Beschäftigungstherapie / Ablenkungsstrategien) und: auch den altbekannten Frontalunterricht (Referenten / Lauscher) wollen wir auf den (Abfall-) Haufen der Geschichte werfen!

Die ganzen pädagogischen, therapeutischen und sozialintegrativen Konfliktvermeidungsstrategien, die in diesem 'unserem' Lande Bildung ausmachen, sollen hier bewußt draußen bleiben. Wir wollen uns unsere Inhalte selbständig (autonom) und kollektiv erarbeiten und sie anschliessend auch direkt und — für alle überprüfbar — umsetzen.

Wir haben eine Auswahl von möglichen Seminarthemen zusammengestellt, die über die untenstehende Anschrift zu beziehen ist. Wir haben die Vorstellung, daß Ihr uns dann Euer Interesse/ Abwandlung zu den entsprechenden AG's mitteilt. Erst wenn genug Resonanz vorhanden, setzen wir Termine an und schicken Euch die Anmeldezettel!
Tagungshaus Villa Kunterbunt
Bahnhofstr. 2
5431 Bilkheim

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name . . . . . .

Straße/PLZ/Ort . . . . . .

Telefon. . . . . .Unterschrift . . . . . .

Bitte einsenden an: Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

Die naturheilkundlich-feministische Beratung PULSATRULLA in Berlin sucht zur medizinischen und räumlichen Erstausstattung ihrer Frauennaturheilpraxis (ab April '87) dringend verbilligte oder geschenkte Einrichtungen aus ärztlichen und/oder naturheilkundlichen Praxen
Kontakt: Tel. (030) 686 68 05 (Anne)

Der neue Rundbrief Nr.37 des Theoriearbeitkreises Alternative Ökonomie der AG SPAK ist erschienen und zu beziehen gegen Vorauszahlung bei:
Ingrid Wolschnin
c/o Läufertsmühle
6934 Neckargerach
Postgiroamt Klrh 1529 11 – 751
Einzelpreis DM 8,–
Abopreis DM 28.– (vier Ausg.)

LAGERHALLE
Das Buch

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Kommunikationszentrums LAGERHALLE ist jetzt ein Buch erschienen, das in Form von Erfahrungsberichten, Selbstdarstellungen, theoretischen Abhandlungen, Interviews, Gedichten, Dokumenten etc. ein Jahrzehnt Soziokulturarbeit Revue passieren läßt.

Das Buch hat 168 Seiten, ca. 200 Abbildungen und kostet 18,– DM. Direkt zu kaufen ist es im Osnabrücker Buchhandel und in der Lagerhalle selber.

Auswärtige Interessenten können „LAGERHALLE – DAS BUCH" gegen Einsendung eines Verrechnungsschecks (plus 3,– DM Porto- und Verpackungskostenpauschale) an die Adresse ‚Lagerhalle e.V., Rolandsmauer 26, 4500 Osnabrück' erhalten – oder durch vorherige Überweisung des Betrags (plus 3,– DM) auf das Konto der Lagerhalle e.V. bei der Stadtsparkasse Osnabrück (BLZ 265 500 01) Konto-Nr. 546 192.

Wandzeitung für Jugendzentren

Die neue Wandzeitung für Jugendzentren ist erschienen. Neben Tips, Terminen und Seminarberichten wird in dieser Wandzeitung über folgende Themen berichtet: Hamburger Kessel in Göttingen, Jugendzentren und Kommunale Jugendpolitik, Budenzauber – die neu entstandenen selbstorganisierten Buden der Jugendlichen im Kreis Bodensee/Oberschwaben etc.
Die Wandzeitung kann über folgende Anschrift bezogen werden:
Tiedeke Heilmann
AG SPAK
Uelzener Str. 10
3111 Suhlendorf
(Bitte 5 DM in Briefmarken beilegen!)

Gegen Pädagogik Aber für ABI!

Was zunächst wie ein Widerspruch erscheint, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als durchaus logische Forderung.
Wir (Anarchisten/innen und Autonome) setzen der Pädagogik dieser hinterhältigsten aller Verführerinnen, eine anarchistische Bildung (ABI) entgegen und wir fordern Interessierte zur phantasievollen Mitarbeit auf.

Da wir davon ausgehen, daß Menschen sozusagen von „Natur" aus lernwillig, ja lernbegierig sind und nur die Schule und deren Betreiber diese Anlage zerstören, wollen wir der Erziehungsmaschinerie ein Netz von Lernangeboten entgegensetzen. Dies soll reichen vom einfachen Lesen- und Schreibenlernen bis hin zu hochqualifizierten universitären Lehrangeboten.

Da das Leben viel interessanter und vielfältiger ist, als Pädagogen uns das weismachen wollen und nicht nur die in der Schule angepriesenen Fähigkeiten was wert sind, werden bei unserem ABI auch Dinge angeboten, die von den Normierungsanstalten schlicht vernachlässigt werden:
z.B. Kochen, Stricken, Jonglieren, Malen, Lieben, Schach, Melken, autonomes Denken, usw., usw.

Besonders sprechen wir Leute aus dem Spektrum von Libertären und Autonomen an, da wir glauben, daß hier das größtmögliche Verständnis für eine Alternative zum traditionellen Unterdrückungsstil der Päda- und Demagogen vorhanden ist.

Ideologisch bewegen wir uns in dem Spannungsfeld der Theorien vonKupffer, Hinte, Braunmühl, Borgius und Holt bis hin zu Freud, Reich, Lacan, Piaget, Mannoni, Winkler und Schwendter, um nur einige Namen zu nennen. In diesem Rahmen suchen wir Auseinandersetzung und Ergänzung.
Kontakt: AG Anti-Pädagogik im FLI, Dörrwiese 4 in 5552 Morbach, Tel. (06533) 35 34

Aufforderung zur Mitarbeit!

Betrifft:
Anarchistische Bildung = Anti-Pädagogik!

Im Oktober 1987 will das Autorenkollektiv aus Mitarbeitern des FLI (Forum für Libertäre Informationen) u.a. den Diskussionsstand und dessen Umsetzung in die Praxis von anarchistischer Bildung in Buchform veröffentlichen.
Wir fordern Euch zur heftigen Mitarbeit auf. Kontaktadresse ist:
AG Anti-Pädagogik im FLI
Dörrwiese 4, 5552 Morbach
Tel. (06533) 35 34
Bisher vorliegende Beiträge:
Gottfried Mergener: „Die deutsche Berufung zur Besserung der Welt" — Rudi: „Dunkle Zukunft" — Gerhard Kern: „Entwicklung einer Anti-Pädagogik" (überarbeitet) — Sabine Kleintges, Waltraud Kern: „Feministische Institutionskritik; z.B. Schule" — Eddi Taubert: „Aktuelles zu den freien Schulen" — Ursula Wagner: Graphische Gestaltung.

mit den neuen Tarifen ab 1.1.1987

Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für ‚Veranstaltungen der Jugendhilfe' festgeschrieben sind.
Bestellungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- und Versandkosten (bitte der Bestellung in Briefmarken beilegen).

Tagungen...Seminare...Treffen

21. Bundeskongreß sozio-kultureller Zentren
vom 12. bis 14. Juni 1987 im Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillon in Hannover.
Ab April 1987 stehen Programme (incl. Kulturellem Rahmenprogramm) mit Teilnehmerhinweisen etc. zur Verfügung und sind erhältlich bei:
BI Raschplatz e.V.
Lister Meile 4
3000 Hannover 1
Tel. (0511) 34 45 58

Hof Barkelsby e.V.

Naturgärten und Ökologie
Neben Theorie auch praktisch tätig werden: Exkursionen und Bepflanzung einer Trockenmauer.
vom 24. bis 26. April 1987
Prospekt anfordern bei:
Hof Barkelsby e.V.
Selbstverwaltetes Tagungshaus an der Ostsee
Ringstr. 9-11
2331 Barkelsby

Kampagne gegen sexuelle Gewalt
vom 13. bis 15. März 1987 in der Stadthalle Köln-Mülheim
Veranstaltet vom Komitee für Grundrechte und Demokratie
Information und Anmeldung:
Vorbereitungsbüro Kampagne gegen sexuelle Gewalt
c/o Meggi Mandelartz
Goltzstr. 40
1000 Berlin 30

Liebe Leser (innen),
zwar sind wir mittlerweile in der einen oder anderen Bibliothek vertreten, aber es sollen mehr werden, Ihr könnt uns dabei helfen, indem Ihr untenstehenden Coupon ausschneidet, auf eine Postkarte klebt und an Eure Universitäts- oder Stadtbibliothek schickt. Dankeschön!

Betr.: Anschaffungswunsch (Zeitung)

Liebe Bibliothekarin, lieber Bibliothekar,

hiermit möchte ich Sie auf CONTRASTE – Zeitung für Selbstverwaltung – aufmerksam machen und die regelmäßige Beschaffung durch Ihre Bibliothek vorschlagen. CONTRASTE berichtet monatlich aus folgenden Bereichen: Selbstverwaltete Betriebe – Belegschaftsbetriebe – Genossenschaften – Alternative Ökonomie – Projekte in der Dritten Welt – Parteien und Selbstverwaltung – Finanzierung – Sozio-kulturelle Zentren – aus der sozialpolitischen Arbeit u.v.a.m. ...

CONTRASTE erscheint im 4. Jahrgang und hat zur Zeit eine Auflage von 7.000 Exemplaren. CONTRASTE ist im gesamten deutschsprachigen Raum (incl. Schweiz und Österreich) verbreitet.

Ein kostenloses Probeexemplar erhalten Sie bei:
CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung
Gaisbergstr. 97 (HH)
6900 Heidelberg 1

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:

Name, Vorname .....

Straße, Hausnummer .....

Ort .....

Spender/in:

Name, Vorname .....

Straße, Hausnummer .....

Ort .....

Datum, Unterschrift .....

0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift .....

Ausschneiden und Absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

AG SPAK

Psychiatrie & Gesellschaft

Kunst in der Psychiatrie
13. bis 15. März 1987 in Kassel
Anmeldung und Information:
Gertrud Salm
Hunsrückstr. 19c
3500 Kassel

Stadtteilarbeit

Treffen der alternativen Mietervereine
27. bis 29. März 1987 in Berlin
Anmeldung und Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Selbstverw. Jugendzentren

Regionaltagung Grafik-Seminar
13. bis 15. März 1987
im Jugendhof Bessunger Forst
Anmeldung und Information:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

19. Landestreffen der selbstverwalteten Jugendzentren in Baden-Württemberg
27. bis 29. März 1987 im selbstverwalteten Tagungshaus auf der schwäbischen Alb „Alb-garten"
Anmeldung und Information:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Der Arbeitskreis „Leben und Arbeiten mit geistig behinderten Menschen" in der AG SPAK führt in der Zeit vom 27. bis 29. März 1987 ein Seminar im Alten Amtsgericht in Fronhausen/Lahn durch. Programmpunkte sind:
1. Referate zum Thema Finanzierung von Wohn- und Arbeitsprojekten.
2. Vergleich der unterschiedlichen Konzeptionen.
3. Vorbereitung des Gesundheitstages in Kassel 1987.
4. Weitere Planung des Arbeitskreises.

Beginn Freitag 18 Uhr
Kosten ca. 50 DM (ohne Fahrt, Fahrtkosten können erstattet werden).
Anmeldung und Information:
Ulla Ziegenbein, Mühlenfeldstrasse 67, 2800 Bremen 33
LiD, Dörrwiese 4, 5552 Morbach, Tel. (06533) 35 34 (Gerhard)
Kirsten Alers, Südstr. 46, 5650 Solingen, Tel. (0212) 7 43 80
Hier können auch Mitfahrgelegenheiten abgeklärt werden.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaub

Ökologisches Bauen und Heizen
9. bis 13. März 1987

Wochenendseminare

Ökologie für Kinder
6. bis 8. März 1987

....und dann wird alles anders!
13. bis 15. März 1987

Sonnenkollektorselbstbau
20. bis 22. März 1987

Alternative Energie in Skandinavien
27. bis 29. März 1987

ABC

Autonomes Bildungs-Centrum e.V.

Moderne Zeiten.
Heutige Technik und ihre Ursprünge in der Renaissance
Die Pershing-Raketen oder Atomkraftwerke sind nicht voraussetzungslos. Am Beispiel Galileo Galileis und Leonardo da Vincis soll unser neuzeitliches Verhältnis zur Umwelt und Natur dargestellt werden. Wie könnte eine andere Technik heute aussehen (z.B. Blochs Technik einer Allianz zwischen Technik und Natur)?
Anmeldung und Information
ABC
Bauernreihe 1
2168 Drochtersen (Hüll)

HEIMVOLKS-HOCHSCHULE
ALTE MOLKEREI FRILLE

Gemeinsam Leben und Arbeiten – Konkrete Utopien und ihre gesellschaftliche Bedeutung

Am Beispiel von Werkschulen, selbstverwalteten Betrieben und alternativen Projekten soll über konkrete Formen dieser Utopieansätze für ein anderes Leben und Arbeiten informiert werden sowie die Konsequenzen für die Betroffenen in Bezug auf ihren gesellschaftlichen Standort, ihre kollektive wie individuelle Integration hinterfragt werden.
22. bis 27. März 1987

Anmeldung und Information
Heimvolkshochschule
Alte Molkerei Frille
Freithof 16
4953 Petershagen
Tel. (05702) 97 71

Projekte- und Betriebetreffen

Projektetreffen Rems-Murr
c/o BIIRABOOM, Holzwerkstatt in Selbstverwaltung
Stetten/R. Tel. (07151) 4 55 25

Betriebsstättenzählung
Das Projektetreffen der selbstverwalteten Betriebe im Rems-Murr-Kreis veranstaltet **am Mittwoch, den 11. März 1987 in der Fabrik, Mörikestrasse, Stuttgart um 20 Uhr, einen Informationsabend zur Betriebsstättenzählung.**
Vorgesehen ist ein einleitendes Referat zum Thema, die Möglichkeit von Fragen an Rechtskundige und vor allem die Diskussion und Planung einer eventuellen gemeinsamen Vorgehensweise kollektiver Projekte in der Region.
Da zur Volkszählung im allgemeinen schon diverse Initiativen existieren, soll die Thematik sich **ausdrücklich nur auf die Betriebsstättenzählung begrenzen.**
Kommet zu Hauff!

Selbstverwaltung in alternativen Betrieben und Projekten – Gratwanderung zwischen Kultur und Knete?
Projektetreffen Nordbaden
am Samstag, den 21. März 1987, um 14 Uhr, bei der Handwerker Genossenschaft in Mannheim, Linkes Ufer 20 - 24 (Handelshafen), Tel. (0621) 10 33 25.

KOBI

Im Rahmen des KOBI-Sonderprogramms:
Weiterbildung für selbstgeschaffene Arbeitsplätze und für selbstorganisierte Betriebe und Projekte beginnen im März folgende Kurse:

Buchung
Nicht alle Betriebe und Projekte sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet. Dennoch ist es sinnvoll, ein Journal einzurichten und zu führen – wie das geht, soll in diesem Kurs gezeigt werden.
ab Dienstag, 3.3.87, wöchentlich 6 mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Wirtschaftliche Tätigkeit und Gemeinnützigkeit
In diesem Kurs sollen die rechtlichen und steuerlichen Aspekte von Gemeinnützigkeit geklärt werden.
ab Dienstag, 17.3.87, wöchentlich 4 mal von 19.30 Uhr bis 22 Uhr.

Ein ausführliches Programm ist gegen Rückporto (50 Pfg.) erhältlich beim
Kommunikativen Bildungswerk
Lange Str. 79a
4600 Dortmund 1
Tel. (0231) 14 31 23
Wichtig: Alle Kurse finden in Dortmund statt und sind ohne Übernachtung und Verpflegung.

3. Treffen der selbstverwalteten Betriebe und Projekte in Württemberg am 4. April 1987 um 10 Uhr in Göppingen, Forum Teestube.
Anmeldungen:
Forum Teestube
Christophstr. 17
7320 Göppingen
Tel. (07161) 7 36 74

Branchentreffen Graphischer Betriebe
Berliner Frühlingstage, vom 30.4. bis 3.5.1987, Branchentreffen selbstverwalteter Graphischer Betriebe.
Information:
Constantin Bartning
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 68 03

AUSWEGE HOLZWEGE

Ausstellung veranstaltet vom Arbeitskreis selbstverwalteter Tischlereien vom 27. Februar bis 29. März 1987. Geöffnet Mo-Fr 12-19 Uhr, Sa/So 12-18 Uhr in den Ausstellungsräumen des U-Bahnhofs Schlesisches Tor.
Rahmenprogramm in den Ausstellungsräumen:
3.3.87, 19 Uhr
Vorsichtig, bunt und giftig
Farben, Lacke, Lösemittel als Ursache von Umweltschäden
6.3.87, 19 Uhr
Zur Ausbeutung der Waldbestände in der Dritten Welt
Video über den Holzraubbau in Papua Neuginea und ein Diavortrag über die Wiederaufforstung in der Dominikanischen Republik
13.3.87, 19 Uhr
Die Katastrophe unserer Wälder – in Zukunft Plastik statt Holz?
Das Waldsterben – seine Ursachen und die Folgen
15.3.87, 18 Uhr
Naturfarben – eine sinnvolle Alternative?
Diavortrag über die Grenzen und Möglichkeiten von Oberflächenbehandlungen auf natürlicher Basis
20.3.87, 19 Uhr
Kein Platz für hohe Mieten
Mietpreisbindung für Altbauwohnungen in Berlin
22.3.87, 18 Uhr
Die Synthetisierung der Stoffe
Versuche zu einer Kulturgesschichte der Materialien
27.3.87, 19 Uhr
Neues Wohnen, Neues Bauen – Die Frankfurter Küche
Aus der Reihe „Das neue Frankfurt". Wohnungsbauansätze in den zwanziger Jahren
29.3.87, 17 Uhr
Podiumsdiskussion:
Selbstverwaltung – die Mitte vom Anfang?
Netzwerk Selbsthilfe e.V. lädt ein
Diskussionsleitung: Elisabeth Bold (Netzwerk). Mit Vertreter/innen aus AKST-Betrieben, anderen selbstverwalteten Betrieben und Matthias Horx (angefragt), Szene-Kritiker

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: .....

Adresse: .....

Gruppe/Betrieb/Beruf: .....
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
sonst DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose und Schüler
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: ..... Geldinst.: .....

Konto-Nr.: ..... BLZ.: .....
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: .....
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen .....
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, eins

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift ..... Datum .....

Vorname, Name .....

Straße und Wohnort .....

Bitte ausfüllen und einsenden an: CONTRASTE, c/o STATTwerke e.V., Mehringdamm 50, 1000 Berlin 61